NZZ
Nr. 47
JULI 2023

NZZ GESCHICHTE

Journalismus

Die Macht der vierten Gewalt



Liebe Leserin, lieber Leser

Laut Umfragen des Reuters Institute for the Study of Journalism, einer britischen Forschungseinrichtung, die weltweit Nachrichtenmedien untersucht, vertraut in der Schweiz nur knapp die Hälfte der Bevölkerung den Medien. Gleichzeitig bezeichnet das Forschungszentrum Öffentlichkeit und Gesellschaft der Universität Zürich (Fög) die Qualität der Berichterstattung in der Schweiz als «insgesamt mehrheitlich hoch». Die Erklärung für die Diskrepanz liegt vermutlich in der Abstinenz: Rund dreissig Prozent der Bevölkerung konsumieren gar keine Nachrichtenmedien, Tendenz steigend.

Das ist beunruhigend, denn Medien haben eine wichtige Vermittlerrolle für die Meinungsbildung. Nicht von ungefähr werden sie als «vierte Gewalt» im Staat bezeichnet. Und doch sollte man sich hüten, die Geschichte des Journalismus als heroische Geschichte zu erzählen: als Geschichte vom Aufstieg und Zerfall einer staatstragenden Institution. Im Journalismus gibt es keine Garantie, für nichts. Er hat keinen höheren Auftrag und ist keine behördliche Autorität – sondern in erster Linie ein Geschäft.

In diesem Geschäft haben sich Angebot und Nachfrage immer wieder verändert. Was ist relevant, was wollen wir wissen, was scheint uns wahr, und was darf überhaupt gesagt werden? Nicht einzelne Medien, sondern wir alle handeln aus, was legitime und kaufwürdige Information ist.

Lea Haller, Redaktionsleiterin

Cover-Illustration: Jörn Kaspuhl

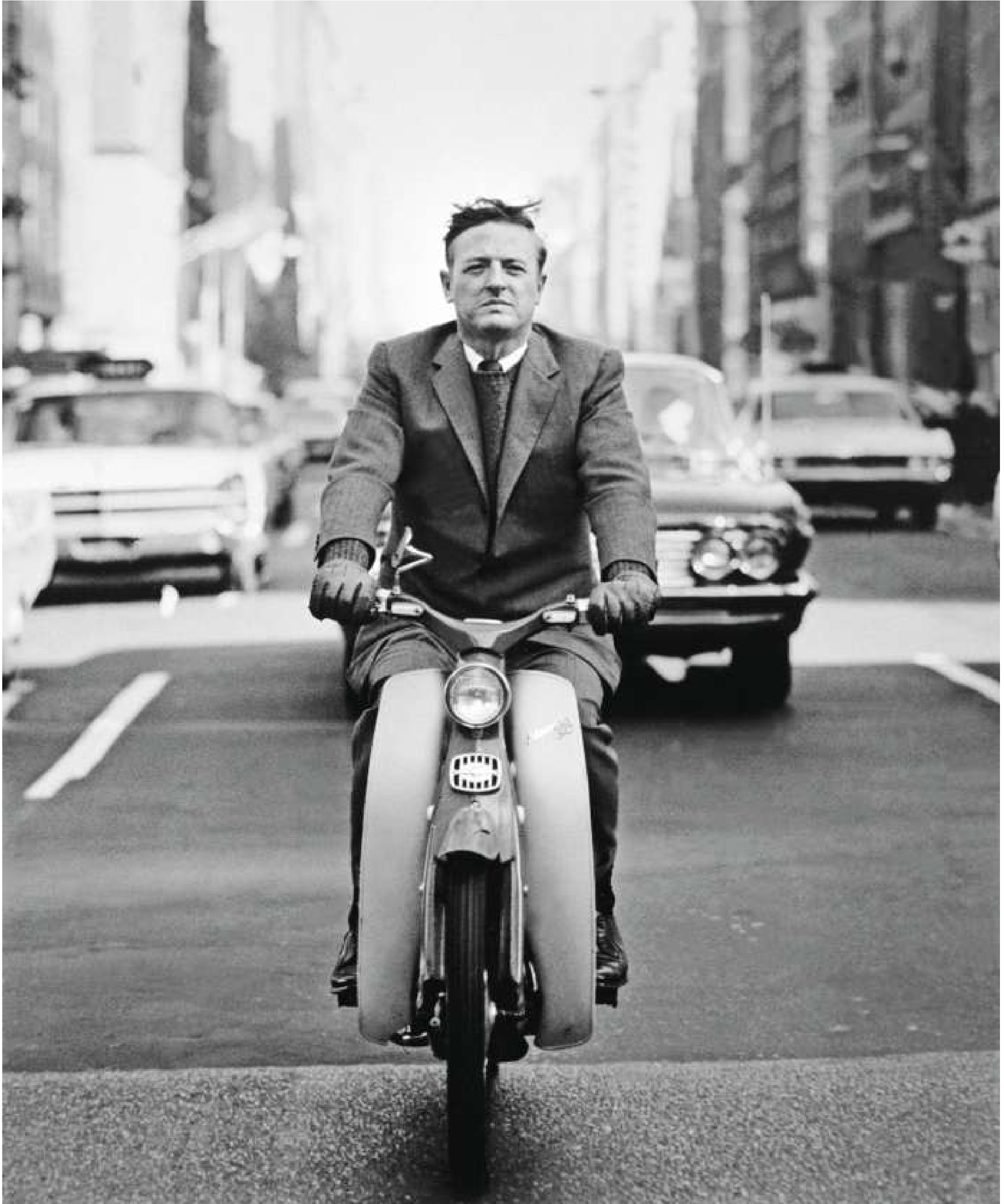


Bild: Philippe Halsman / Magnum Photos

Lange gab er bei den Konservativen in den USA den Ton an: Der Journalist William F. Buckley 1967 unterwegs in New York.

→ Seite 70

INHALT

BEVERIDGE-PLAN

Kann es eine Welt ohne Armut geben? Im Zweiten Weltkrieg entwarf ein englischer Ökonom eine umfassende Daseinsvorsorge: Es sei die Pflicht des Staats, die ganze Bevölkerung vor den Risiken von Krankheit, Invalidität oder Arbeitslosigkeit zu schützen. Der Plan von William Beveridge wurde weltweit zum Vorbild.

Text Brigitte Studer **Illustration** Ricardo Santos

DEMAND THE

'BEVERIDGE' PLAN

SOCIAL SECURITY CENTRE

MATERNITY GRANT — £4 plus 36/- weekly
CHILDREN'S ALLOWANCES — 8/- Weekly for all children after the first
MARRIAGE GRANT — ... up to £10
HEALTH — Comprehensive Medical Service... FOR EVERYONE
DISABILITY — Benefit Unlimited in Duration 56/-
WORKMANS COMPENSATION — Payment of Disability Benefit LEGAL COSTS TO CEASE
UNEMPLOYMENT — 56/- Benefit Unlimited in Duration NO MEANS TEST
WIDOWHOOD — 40/- per Week (REDUCED BY PART OF EARNINGS)
AGE PENSIONS — Reaching 40/- Man & Wife, 24/- Single
INDUSTRIAL ASSURANCE — State Service promises to provide SERVICE not Profits
FUNERAL BENEFIT — £20 Adults (smaller for children)

SOCIAL SECURITY BENEFITS SHOWN ARE FOR MAN, WIFE & TWO CHILDREN

Campaign for the BEVERIDGE PLAN with

SOCIAL SECURITY LEAGUE

51, TOTHILL STREET, LONDON S.W.1

Dup Notes

insurance against four contingencies
unemployment, sickness,
accident or disease, during the normal
continuance of life beyond the nor-



BEV IXa/141
Dup notes of Items

As a consequence
the contingencies
many different agencies
and diverse methods of providing
The time has now come to consider
whole;
as a contribution to
the war. How would and
now it can
experience gained in the past.



Ende des Jahres 1942, mitten im Zweiten Weltkrieg, erschien in Grossbritannien ein Regierungsbericht, der zum Bestseller wurde. Der dreihundertseitige *Report on Social Insurance and Allied Services* (Bericht über die Sozialversicherung und verwandte Dienstleistungen) war bald als Beveridge-Plan bekannt. Er entwarf ein umfassendes System sozialer Sicherheit, das revolutionär und zugleich pragmatisch war.

Massnahmen zum Schutz vor den existenziellen Risiken in der Industriegesellschaft hatte es zwar seit dem 19. Jahrhundert gegeben. Mit dem Beveridge-Plan sollten aber erstmals nicht nur die Industriearbeiter oder die unteren Einkommensschichten abgesichert werden. Sozialer Schutz wurde vielmehr zu einem universalen Recht erklärt. Auf die Sozialleistungen sollte ohne Bedürftigkeitsprüfung Anspruch bestehen. Die industrialisierten Länder waren herausgefordert.

Verantwortet hatte den Bericht Sir William Beveridge, ein liberaler Ökonom, Sozialreformer und Experte für den Arbeitsmarkt. Er hatte den Auftrag, Vorschläge auszuarbeiten, um das fragmentierte und lückenhafte britische System sozialer Sicherheit zu rationalisieren. Er hielt sich nicht daran. Stattdessen erarbeitete er einen Plan für eine «bessere Welt nach dem Krieg». Es sollte eine Welt ohne Armut werden, denn sie war in den Augen von Beveridge eines der «fünf grossen Übel» der Zeit, neben Krankheit, Unwissenheit, Elend und Müssiggang.

Der Plan sah vor, die bestehenden Sozialversicherungen zu zentralisieren und sie auf alle britischen Einwohnerinnen und Einwohner auszudehnen, auf Frauen und Männer, Junge und Alte, Erwerbstätige und Arbeitslose, Arbeiter und Bürgerliche, Angestellte und Freischaffende. Alle Erwachsenen ausser Hausfrauen und Pensionierte sollten obligatorische Beiträge zahlen und dafür staatliche Sozialleistungen erhalten – im Alter, bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität, Frauen ferner bei Verwitwung und Mutterschaft. Die Beiträge wie die Leistungen waren pauschal und variierten nur schwach zwischen den Einkommensklassen. Sie bewirkten wenig Umverteilung zwischen Arm und Reich. Für Alarmstimmung im Schatzamt sorgten die drei Elemente des Plans, die über Steuern zu finanzieren waren: ein kostenloses Gesundheitssystem, allgemeine Kinderzulagen und Massnahmen zur Sicherung der Vollbeschäftigung.

Wie kam ein Ökonom, der in der Zwischenkriegszeit das wirtschaftliche Laissez-faire vertreten hatte, dazu, ein derart staatsinterventionistisches Programm aufzustellen? Es war die Erfahrung der Massenarbeitslosigkeit und des aufkommenden Nationalsozialismus in der Wirtschaftsdepression der 1930er Jahre, die Beveridge geprägt hatte. Wie vielen Menschen damals erschien ihm die sowjetische Planwirtschaft – nicht aber das politische System der UdSSR – als immerhin bedenkenswerte Option, um diesen Gefahren abzuhelfen. Auch Organisationen wie der Völkerbund (der Vorläufer der Uno) und die Internationale Arbeitsorganisation beschäftigten sich in den 1930er Jahren mit solchen Konzepten.

Es waren aber die Zwänge der Kriegswirtschaft, die den Staatsinterventionismus forcierten: Die Regierungen der Krieg führenden wie auch der neutralen Länder standen im Zweiten Weltkrieg vor der Aufgabe, die knappen Konsumgüter zu rationieren, die Arbeitskraft rationell einzusetzen und die Industrieproduktion trotz Mangelwirtschaft aufrechtzuerhalten. Zudem mussten sie die Bevölkerung für die Kriegsziele mobilisieren und den gesellschaftlichen Zusammenhalt sichern. Die Perspektive «Blut, Mühsal, Tränen und Schweiss», die der konservative britische Premier Winston Churchill 1940 seinen Landsleuten verkündet hatte, genügte dazu nicht. Hilfreicher war es, die Moral der Zivilbevölkerung durch die Aussicht auf einen höheren Lebensstandard nach dem Krieg zu heben.

Nach dem Wahlsieg der Labour-Regierung wurde der britische Wohlfahrtsstaat in den Jah-

---

Die Serie

Bisher erschienen:

- Russische Revolution
- Boxeraufstand
- Erklärung der Menschenrechte

Nächste Folge: Eroberung Amerikas

ren 1946 bis 1948 implementiert. Dank dem Lobbying der Versicherungsbranche war es möglich, sich weiterhin zusätzlich privat zu versichern. Ohne es an die grosse Glocke zu hängen, zählte man auch weiter auf die Hilfe von Familien und Freiwilligenorganisationen. Das war nötig, denn das System führte die strenge Sparpolitik der Kriegszeit weiter. Die ausbezahlten Beträge basierten auf einer minimalistischen Definition des Existenzminimums und wurden nicht an die steigenden Lebenshaltungskosten angepasst.

Man hatte sich zwar nach dem Entwurf von Beveridge für ein kostenloses staatliches Gesundheitssystem entschieden, für den mittlerweile berühmten National Health Service (NHS). Zugleich stützte sich der Wohlfahrtsstaat aber auch auf das etablierte Prinzip der obligatorischen Sozialversicherung. Dahinter stand eine disziplinierende Absicht: Die allgemeine Beitragspflicht sorgte dafür, dass alle Bewohner und Bewohnerinnen der Insel in die Verantwortung genommen wurden. Letztlich diente der NHS auch der Vollbeschäftigung, denn jede durch Prävention verhinderte und jede kurierte Krankheit bedeutete eine Arbeitsabsenz weniger und erhöhte die Wettbewerbsfähigkeit des Landes.

Beveridges Modell war innovativ. Doch die soziale Sicherheit hat eine lange Geschichte. Seit sich die Fabrikarbeit in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts verbreitete, begannen Sozialreformer, bürgerliche Philanthropen, progressive Ärzte und Kleriker sowie liberale und konservative Politiker auf die Verelendung und die Gesundheitsrisiken hinzuweisen, die mit der Industrialisierung in Europa einhergingen. Man lasse «der arbeitenden Bevölkerung zu wenig zum Leben und zu viel zum Sterben», erklärte 1857 ein Schweizer Pfarrer. Auch andere Stimmen konstatierten, dass Armut nicht selbstverschuldet war. Statt sie zu stigmatisieren, solle man den Markt regulieren.

Reguliert wurde vorderhand die Fabrikarbeit. Zuerst erliess man Gesetze gegen die Kinderarbeit; so schrieben ein frühes Zürcher Gesetz von 1815 und der britische «Factory Act» von 1833 ein Mindestalter von neun Jahren vor. Es folgten Massnahmen zur Regulierung der Frauenarbeit und schliesslich zur Fabrikarbeit insgesamt. Allerdings lösten die meist nur mangelhaft umgesetzten Bestimmungen die «soziale Frage» keineswegs, beruhten sie doch vorwiegend auf Arbeitsverboten für einzelne Personenkategorien, während finanzielle Entschädigungen für den entgangenen Verdienst fehlten.

Die Grosse Depression und die Landwirtschaftskrise der 1870er und 1880er Jahre erschütterten den Glauben an die Selbstregulierung des Markts. Gleichzeitig erstarkte die Arbeiterbewegung. Um ihr das Wasser abzugraben, führte Otto von Bismarck, der konservative deutsche Reichskanzler, in den 1880er Jahren die weltweit ersten Sozialversicherungen ein: eine Kranken-, eine Unfall- sowie eine Alters- und Invaliditätsversicherung. Versichert waren jedoch nur die Arbeiter. Und die Ausführungsbestimmungen erfüllten die Erwartungen nicht. So hatte man zum Beispiel erst nach vollendetem siebzigstem Lebensjahr Anspruch auf eine Altersrente, was weit über der damaligen durchschnittlichen Lebenserwartung von kaum vierzig Jahren lag.

Die Sozialdemokratische Partei stimmte im Reichstag daher gegen die staatliche Sozialversicherung. Nicht aus Prinzip, sondern weil sie die Interessen der Arbeiterschaft besser vertreten sehen wollte – durch eine Sozialversicherung «unter Kontrolle der Versicherten selbst», wie es die Sozialistische Internationale 1904 forderte. Nach dem Ersten Weltkrieg und mit ihrer wachsenden politischen Integration entwickelten sich die Sozialdemokraten allerdings zu den vehementesten Verteidigern staatlicher Sozialversicherungen. Ihr Vorbild war das deutsche Modell mit paritätischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträgen, ein Modell, das auch die Internationale Arbeitsorganisation propagierte, um die Gesellschaften zu stabilisieren und soziale Konflikte zu verhindern. Tatsächlich installierten nicht nur europäische Länder in der Zwischenkriegszeit Sozialversicherungsprogramme. In Lateinamerika zählten Chile, Uruguay, Argentinien und Nicaragua dazu; auf der anderen Seite des Globus initiierte Neuseeland 1938 ein umfassendes System sozialer Sicherheit, das vorwiegend durch allgemeine Steuern finanziert war und Beveridge als Vorbild diente.

Es war schliesslich sein Plan, der nach den Entbehrungen des Zweiten Weltkriegs den Konsens förderte, dass die Bevölkerung Anspruch auf eine «organisierte Vorsorge gegen die Schicksalsschläge» habe. So formulierte es in der Schweiz der freisinnige Bundesrat Walther Stampfli. Die Ausdehnung der Arbeitnehmerrechte und des Schutzes vor sozialen Risiken machte vor keinem europäischen Land halt; in der Schweiz wurde 1947, nach jahrzehntelangen Auseinandersetzungen, die AHV mit einem Rekord-Volks-Ja eingeführt (*NZZ Geschichte* Nr. 43, Dezember 2022).

Die Leistungen der Sozialvorsorge unterscheiden sich von Land zu Land bis heute zwar erheblich. Doch laut dem Soziologen Robert Castel basierte die Entwicklung überall auf dem Status, den der Lohnarbeiter im Lauf des 20. Jahrhunderts errungen hat. Dieser Status bedeutete nicht nur eine gesellschaftliche Identität, sondern auch materielle Sicherheit, weit weg vom Elend des besitzlosen Proletariers, das Karl Marx und Friedrich Engels für das 19. Jahrhundert beschrieben haben. Oder, wie es T. H. Marshall formulierte, ein anderer Soziologe: Der Wohlfahrtsstaat bildete den Abschluss eines Prozesses, in dessen Lauf die staatsbürgerlichen Rechte zunehmend ausgeweitet wurden, von den Bürger- oder Zivilrechten über das Stimm- und Wahlrecht bis zu sozialen Rechten für alle.

Der historische Trend zu mehr sozialer Sicherheit ist unübersehbar. Linear ist er aber nicht und auch nicht flächendeckend. Seit den späten 1970er Jahren und dem Ende der Hochkonjunktur haben sich Armut, Arbeitslosigkeit und existenzielle Unsicherheit zurückgemeldet. Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung hat keinen sozialen Schutz. Dieser Schutz war von Anfang an mit Lohnarbeit verknüpft und zudem abhängig von Qualifikation, Geschlecht und Nationalität. Als Frankreich 1898 ein Gesetz zur Entschädigung für

Illustration: Agata Marszalek

Arbeitsunfälle verabschiedete, galt es nur für die France métropolitaine, nicht für die Kolonien. Im Kern erfasste die soziale Sicherheit stets gut qualifizierte oder gut organisierte Männer grosser Unternehmen und öffentlicher Verwaltungen, wohingegen Handwerker, Bauern, Arbeitnehmer im Gewerbe, Landarbeiter, Dienstboten und Frauen das Nachsehen hatten. Dass die Mutterschaft schliesslich sozialversichert wurde, war in fast allen Ländern einzig dem langen Kampf der Frauenbewegung zu verdanken.

Die Bilanz? Erstens funktionierte der Sozialstaat – selbst in seiner umfassenderen Wohlfahrtsvariante – nie ohne familiäre und nachbarschaftliche Fürsorge, private Auffanginstitutionen und kommerzielle Anbieter. Zweitens kann es sich seit 1945 kein Staat mehr leisten, nicht auf die eine oder andere Art den Sicherungserwartungen seiner Bürgerinnen und Bürger – zumindest der einflussreichen – entgegenzukommen. |G|



Weiterführende Literatur

Axelle Brodiez-Dolino und Bruno Dumons (Hg.): La protection sociale en Europe au XXe siècle. Rennes 2014.

Robert Castel: Die Metamorphosen der sozialen Frage. Konstanz 1999 (1995).

José Harris: William Beveridge. A Biography. Oxford 1997.

Sandrine Kott und Joëlle Droux (Hg.): Globalizing Social Rights. London 2013.

Thomas H. Marshall: Bürgerrechte und soziale Klassen. Frankfurt am Main 1992 (1950).

Alessandro Stanziani: Les métamorphoses du travail contraint. Paris 2020.



Brigitte Studer, Jahrgang 1955, ist emeritierte Professorin für Schweizer und Neueste Allgemeine Geschichte der Universität Bern. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die Geschlechtergeschichte, die Geschichte des Sozialstaats, die Geschichte von Nationalität und Bürgerrechten sowie die Geschichte des internationalen Kommunismus.

«Die menschliche Geschichte ist eine Geschichte des Scheiterns»

Schaffen wir es, rechtzeitig auf den Klimawandel zu reagieren? Der Blick in die Vergangenheit macht Peter Frankopan skeptisch: Immer wieder seien Kulturen an der Natur zerbrochen.

Interview Claudia Mäder
Bild Carlotta Cardana

Globalhistoriker befassen sich mit der ganzen Welt, und Peter Frankopan ist gerade mit dem Sudan beschäftigt, als wir uns virtuell zum Interview treffen. Die Krise im afrikanischen Land beunruhigt den Briten. In der Megacity Khartum, fürchtet er, könnte die Energie- oder Wasserversorgung zusammenbrechen, was womöglich verheerende Folgen hätte – Aufstände, Seuchen, Massenmigration. Solche Dinge hat Frankopan in den letzten Jahren ausführlich studiert. In seinem jüngsten Buch zeichnet er nach, wie die Abhängigkeit von natürlichen Ressourcen unsere Zivilisationen prägte. Er zeigt: Natur macht Geschichte. Wassermangel oder Fluten, Dürren, Vulkanausbrüche und Klimaschwankungen beeinflussten die Menschheit. *Zwischen Erde und Himmel* heisst der tausendseitige Wälzer. Das schwere Buch sei leider nichts fürs Handgepäck, meint Frankopan – aber es zu lesen, sei hoffentlich interessanter, als Gewichte zu heben im Fitnesscenter.

NZZ Geschichte: **Herr Frankopan, in Ihrem Buch durchstreifen Sie die gesamte Geschichte unseres Planeten und der Menschen. Welche Erkenntnis hat Sie am meisten überrascht?**
Peter Frankopan: Die ganze Arbeit war voller Enthüllungen, ich kam mir dauernd vor wie in einer Kunstgalerie: In jedem Raum gab es Neues zu entdecken. Vom Anfang her gedacht, war die Beschäftigung mit den fünf Massenaussterben der prähistorischen Zeit eine Offenbarung. Extremereignisse wie Asteroideneinschläge oder



«Zentral war immer dies: die Risiken identifizieren, die einen verwundbar machen, und vorausschauend in die nötigen Ressourcen investieren.» Peter Frankopan im April 2023 im Gewölbegang des Worcester College, Oxford, UK.

Vulkanausbrüche, die enorme CO_2-Mengen freisetzten, vernichteten vor Millionen von Jahren mehrmals einen Grossteil der Arten. Mir wurde bewusst: Alles, was sich heute auf der Erde befindet, Pflanzen, Tiere, wir Menschen, ist eine Weiterentwicklung von Leben, das durch diese Aussterbeereignisse hindurchgegangen ist.

Witterungsextreme gab es auch später immer wieder, dazu Eiszeiten, wärmere und kühlere Phasen – der Mensch hat alles überstanden. Sind wir perfekte Anpasser?
Ich will nicht bestreiten, dass der Mensch sehr gut darin ist, sein Überleben zu sichern. Aber im Rückblick auf die letzten gut hunderttausend Jahre muss man doch sagen: Die wenigsten unserer Vorfahren überlebten. Die wenigsten konnten sich anpassen oder eine Nische schaffen. Wir konzentrieren uns in unseren Erzählungen natürlich auf diejenigen, die durchkamen. Doch insgesamt ist die menschliche Geschichte eine Geschichte des ständigen Scheiterns. Kennen Sie Uruk?

Ehrlich gesagt: nein.
Uruk, in Mesopotamien gelegen, war im späten vierten Jahrtausend vor Christus ein pulsierendes Zentrum, die erste Metropole der Welt. Aber Uruk ist untergegangen. Genauso wie später Ninive, wie Angkor, wie Venedig. Klar, Venedig ist noch da, aber es ist nicht mehr das ökonomische Zentrum, das es bis gegen 1600 war. So ging es in einem fort: Immer und immer wieder verschwanden menschliche Kulturen. Anstatt nur unsere grossen Anpassungsfähigkeiten zu loben, sollten wir auch an unser permanentes Scheitern denken. Ich glaube, man blickt dann etwas bescheidener auf die gesamte Geschichte.

Nun ist Ihr Buch aber alles andere als bescheiden: Es deckt nicht nur die Geschichte der ganzen Welt ab, sondern bezieht auch etliche Disziplinen ein. Sie arbeiten mit Daten aus der Klimatologie, aus der Vulkanologie, aus der Solarphysik. Ist das noch Geschichte?
Auf jeden Fall! Ich gehöre zur letzten Generation von Historikern, die ohne Naturwissenschaften ausgebildet wurden. Künftig, da bin ich sicher, werden Historiker etwas von Statistik, Biologie und Genetik verstehen müssen, wenn sie zu neuen Erkenntnissen gelangen wollen.

Wozu brauchen Historiker Genetik?
Um die Geschichte der Migration zu erforschen, beispielsweise. Als ich Student war, las man, was die römischen Autoren über die Wanderbewegungen der Goten oder Hunnen schrieben. Heute gibt es ganz andere Möglichkeiten. Mithilfe von DNA-Analysen kann man etwa herausfinden, ob vor allem Männer unterwegs waren und wie sich die Menschen an verschiedenen Orten vermischten. Ähnlich lassen sich auch andere naturwissenschaftliche Ansätze nutzen. Man kann Veränderungen datieren, die sich in der Umwelt vollzogen, Vulkanausbrüche oder Temperaturschwankungen zum Beispiel – und diese Daten dann in die historische Arbeit einbeziehen. Das erweitert unseren Horizont ungemein: Es ist, als würde man Geschichte plötzlich dreidimensional sehen.

Lange Zeit fanden Klimafragen in der Geschichte wenig Beachtung. Die Historiker konzentrierten sich auf die Menschen als Akteure, nicht auf die äusseren Bedingungen, die ihr Handeln womöglich beeinflussten. Woher rührte dieses Desinteresse?

Ich glaube, das ist ein Effekt der Moderne. In den letzten zweihundert Jahren haben die Menschen ein enormes Vertrauen in ihre Innovationskraft entwickelt. Es setzte sich die Vorstellung durch, dass wir mit unserer Technologie alles und vor allem auch die Natur unter Kontrolle bringen können. Im 20. Jahrhundert zählte dazu auch das Klima: Die Grossmächte hofften, es früher oder später mit der Manipulation von Wolken steuern zu können. In dieser Situation lag es nahe, auch in der Geschichte den Fokus auf den Menschen zu richten, ihn als Gestalter zu untersuchen und alles andere in den Hintergrund zu rücken.

«Ich will zeigen, wie das Klima den Verlauf der Geschichte zusammen mit anderen Faktoren beeinflussen konnte – nicht, wie es ihn allein bestimmte.»

Inzwischen ist das anders, das Klima ist sehr populär geworden: Vom Untergang Roms bis zum Ausbruch der Französischen Revolution wird jedes historische Ereignis mit veränderten Klimabedingungen in Zusammenhang gebracht. Ist das eine Mode?
Man kann diesen Eindruck gewinnen, aber das hat auch mit den Simplifizierungen in den Medien zu tun. Sie müssen sich ja immer kurzfassen und verbreiten dann Schlagzeilen wie: «Neue Studie zeigt: Dschingis Khan war gut für den Planeten». Dies, weil er enorm viele Menschen eliminiert habe. Schaut man sich die zugrundeliegenden Arbeiten an, erweist sich das Ganze als viel nuancierter. Es ging darum, die Auswirkungen einzuschätzen, welche die Feldzüge der Mongolen auf den Kohlenstoffzyklus hatten. Solche Themen fliessen in die Forschung ein, weil sie uns gegenwärtig beschäftigen. Und zwar die Leser genauso wie die Historiker.

Trotzdem: Der von der Gegenwart geprägte Blick auf die Geschichte wirkt oft forciert. Wie umgehen Sie diese Gefahr?
In meinem Buch versuche ich, das Klima, oder überhaupt die Veränderungen in der natürlichen Welt, als einen Faktor unter vielen zu untersuchen. Ich will zeigen, wie sie den Verlauf der Geschichte im Zusammenspiel mit anderen Faktoren beeinflussen konnten – und nicht, wie sie ihn allein bestimmten. Deswegen stelle ich auch keine direkten Kausalzusammenhänge her. Ich würde zum Beispiel niemals sagen: Der Vulkan Okmok, der 43 vor Christus in Alaska ausbrach, hat Kleopatra zu Fall gebracht.

Aber der Vulkan hat ihr Ende beeinflusst?
Die Aschewolken des Vulkans führten zu niedrigeren Temperaturen und zu schlechten Ernten. Das hat die Position der ägyptischen Herrscherin fraglos geschwächt. Doch besiegelt wurde ihr Ende durch eine rein politische Konstellation. Im Machtkampf, der in Rom um die Nachfolge des ermordeten Cäsar ausgebrochen war, hatte sie sich auf die falsche Seite geschlagen: Sie unterstützte Marcus Antonius und ging 30 vor Christus zusammen mit ihm unter.

Insgesamt waren die Bedingungen im Mittelmeerraum damals günstig, der Aufstieg Roms fiel in eine Zeit, die man als

«Klimaoptimum» bezeichnet. Was hat die Witterung für die Römer geleistet?
Ab 200 vor Christus waren die Temperaturen während gut 350 Jahren gemässigt, und es gab relativ viel Niederschlag. Davon konnte Rom profitieren. Wobei es gar nicht so sehr darum ging, ob das Klima nun «gut» oder «schlecht» war. Entscheidend war die Stabilität. Denn sie macht Dinge berechenbar: Man konnte realistisch abschätzen, wie die Ernten ausfallen, die Einkünfte und Preise bewegten sich in erwartbaren Rahmen. Als Basis war das sehr hilfreich, bei hoher Volatilität lässt sich schwerlich ein grosses Reich aufbauen. Aber Rom hätte nie erfolgreich werden können ohne seine logistischen, administrativen und militärischen Kompetenzen – alles Dinge, die unabhängig von der Klimastabilität waren.

Welche Gesellschaften waren in der Vergangenheit durch Veränderungen in der Natur am stärksten bedroht?
Bedroht waren immer diejenigen Gebilde, die über ihre ökologischen Grenzen hinauswuchsen. Die ersten grossen Siedlungen entstanden dort, wo es Wasser gab, an Strömen, sei es in Mesopotamien oder in Ägypten. Da es rundherum unwirtlich war, konzentrierten sich die Menschen in diesen Zentren, und weil dank der Landwirtschaft ausreichend Kalorien verfügbar waren, wuchsen die Bevölkerungen. Doch irgendwann wurde das Wachstum so gross, dass es zu Ressourcenknappheit kam: Schon in Mesopotamien ging das Holz aus, die Wälder lieferten nicht mehr genug Brennstoff. Etliche andere Zentren, Chichén Itzá in Mexiko oder Tikal in Peru zum Beispiel, schafften es ab einer gewissen Grösse kaum noch, die Versorgung mit Wasser sicherzustellen. So wurden sie verletzlich. Es brauchte dann nur wenig, manchmal ein einzelnes Schockereignis, um den Niedergang einzuleiten.

Mit Anpassungen, etwa in der Ernährung, liess sich dem Untergang entgegenwirken: Als es ums Jahr 800 in Südamerika sehr feucht wurde, wechselte man von Mais zu Kartoffeln. Und als in der Frühen Neuzeit die Temperaturen sanken, stellten viele Europäer von Weizen auf Gerste um. Wie schnell setzten sich solche Neuerungen durch?
Es blieb gar keine Zeit, um lange zu warten. Bauern sind ja die klügsten Leute überhaupt, sie merken sofort, was funktioniert und was nicht, welche Pflanze einen schlechten Sommer überlebt und welche keine Chance hat. Wenn sie nicht sehr schnell reagierten, hungerten die Bevölkerungen zu Tode.

> «Der Mensch hat die Natur immer schon ausgebeutet. Wir unterscheiden uns nicht gross von den Mesopotamiern, die ihre Wälder abholzten.»

Heute sind Nahrungsumstellungen ein grosses Politikum. Ist es realistisch zu glauben, dass die Welt innert nützlicher Frist ihre belastende Viehhaltung reduziert?
Na ja, man könnte den Konsum von Fleisch- und Milchprodukten über Regulierungen und Steuern wohl recht rasch beeinflussen, wenn man das wollte. Und natürlich sind Viehhaltung und Regen-

waldabholzung global gesehen ein Problem. Ich denke aber, dass es direktere Ansatzpunkte im lokalen Bereich gäbe. Die Bauernbetriebe in Grossbritannien produzieren jährlich drei Millionen Tonnen an Nahrung, die weggeworfen werden – noch bevor sie irgendwo in die Läden kommen. Das ist eine unfassbare Ineffizienz. Ich bin der Meinung, dass man primär solche systemischen Probleme angehen sollte.

Allgemein gesehen: Welche Anpassungen an veränderte Klimabedingungen erwiesen sich in der Geschichte als erfolgreich?
Es mag banal klingen, aber zentral war immer dies: die Risiken identifizieren, die einen verwundbar machen, und vorausschauend in die Beschaffung der Ressourcen investieren, die es braucht, um wachsende Bevölkerungen zu versorgen. Dazu gehörten immer Wasser und Nahrung, aber im Verlauf der Zeit sind auch neue dazugekommen. Heute muss man sich beispielsweise um die seltenen Erden kümmern, die essenziell sind für grüne Technologien wie Windkraftwerke. Oder denken Sie ans Erdöl. Im 19. Jahrhundert war es noch kaum von Bedeutung, doch dann wurde es so elementar, dass man die Geschichte des 20. Jahrhunderts in grossen Teilen als Geschichte des Kampfes um Ölressourcen erzählen könnte.

Heute ist viel davon die Rede, dass der Mensch die Natur ausbeute. Sind unsere Vorfahren rücksichtsvoller mit der Erde umgegangen?
Aus meiner Perspektive als Globalhistoriker würde ich sagen: Der Mensch hat immer schon versucht, die Natur auszubeuten. Wir unterscheiden uns nicht gross von den Leuten in Mesopotamien, die ihre Wälder abholzten, bis sie kaum noch Bäume zur Verfügung hatten. Natürlich kann man kritisieren, dass wir deren Lektionen hätten lernen müssen. Und klar gibt es heute viel mehr Menschen, die Ausbeutung ist weltumspannend – doch zugleich sind in dieser Zeit auch immer mehr Menschen aus der Armut gekommen. Ich finde es darum müssig, zu entscheiden, ob wir nun besser oder schlechter sind als früher.

Die Eingriffe in die Natur haben aber neue Ausmasse angenommen in der Moderne. Hat sich hier tatsächlich nur ein altbekanntes Muster intensiviert?
Das kann man so natürlich nicht sagen, weil sich die Mittel, die die Menschen einsetzten, dramatisch verändert haben. Die Industrielle Revolution markiert mit Sicherheit einen Wendepunkt: Durch die Verbrennung von Kohle, später Öl und Gas, hat der Mensch erstmals grosse Mengen an Kohlendioxid in die Atmosphäre entlassen. Die Folgen sehen wir heute.

Oft wird die Ausbeutung der Natur als westliches Phänomen dargestellt: Die jüdisch-christliche Kultur, heisst es, habe die Unterwerfung der Umwelt zum Programm erhoben. Wie sehen Sie das?
Das ist schlicht falsch. In solchen Behauptungen zeigt sich, dass der westliche Blick noch immer dominiert in der Geschichtsschreibung. Viele Historiker beschäftigen sich einfach nicht mit anderen Weltteilen. Täten sie das, würden sie in deren Geschichte etliche Beispiele für ökologische Zerstörungen finden. Häufig wird übrigens als Kontrast zum Christentum der Buddhismus zur naturnahen Religion verklärt. Doch die Anfänge dieses Glaubens haben nichts mit der Bewahrung

der Natur zu tun, im Gegenteil: Im Buddhismus ging es darum, dass materielle Existenz weder Dauer noch Wert hat. Insofern galt es auch weder Pflanzen noch Tiere speziell zu respektieren.

Welche Rolle spielte der Kapitalismus? Er sitzt zusammen mit der christlichen Kultur oft auf der Anklagebank.
Hier gilt etwas Ähnliches: Mehrheitlich sind es Angehörige von westlichen Elite-Universitäten, die den Kapitalismus verurteilen. Wenn ich mit Kollegen in der Subsahara oder in Asien spreche, ist selten davon die Rede, wie negativ und aggressiv der Kapitalismus sich auswirkt. Das dürfte damit zu tun haben, dass in diesen Weltgegenden viele Menschen den Kapitalismus als willkommene Wachstumsmöglichkeit wahrnehmen.

Trotzdem gibt es eine zeitliche Koinzidenz: Als sich ab etwa 1500 der Handel verstärkte und der Frühkapitalismus einsetzte, nahm die Belastung der Natur zu. Ein Zufall?
Nein, da besteht ein Zusammenhang: Das Streben nach materiellem Profit, das in Europa ab der Frühen Neuzeit da war, hat die territoriale Expansion befeuert. Und mit dieser gingen enorme ökologische Umwälzungen auf der ganzen Welt einher. Ähnlich wie Menschen wurden auch Pflanzen und Tiere von Kontinent zu Kontinent verfrachtet, und so rücksichtslos wie die Sklaven wurden in der «Neuen Welt» auch die Ressourcen ausgebeutet. Dennoch lässt sich nicht alles durch die Brille des Kapitalismus analysieren. Ich habe viel zu vorkapitalistischen Gesellschaften in allen möglichen Weltgegenden gearbeitet: Deren Ressourcennutzung oder -übernutzung zum Beispiel kann man so nicht erfassen.

Egal, worin die menschliche Einwirkung auf die Natur letztlich wurzelt: Sie führt dazu, dass sich das Klima heute erstmals wegen des Menschen wandelt. Inwiefern stehen wir deshalb vor anderen Herausforderungen als unsere Vorfahren, die ja auch schon mit Schwankungen kämpften?
Der menschengemachte Wandel vollzieht sich in viel höherem Tempo als alles, was unsere Vorfahren je erlebt haben. Klar gab es auch früher manchmal relativ schnelle Wechsel, nach Vulkanausbrüchen folgten innert Wochen oder Monaten kühle Perioden. Aber Erwärmungsprozesse gingen immer langsam vonstatten. Sie zogen sich über Tausende oder Zehntausende von Jahren hin. Heute rechnet man in Jahrzehnten und Jahrhunderten.

In Ihrem Buch betonen Sie auch, dass erstmals die ganze Welt zur gleichen Zeit von einem Klimawandel betroffen sei.
Genau: 98 Prozent der Welt erwärmen sich. Früher erlebten die Menschen regionale Schwankungen, manchmal gab es Veränderungen auf Kontinenten, aber nie auf dem gesamten Planeten.

Könnte das auch ein Vorteil sein? Immerhin beschäftigen sich jetzt kluge Köpfe rund um den Globus mit demselben Problem.
Ich bezweifle nicht, dass es sehr viel Innovation geben wird in den nächsten Jahren. In Europa ist ja schon einiges geschehen, wir haben unsere CO_2-Emissionen in den letzten dreissig Jahren um vierzig Prozent gesenkt. Und sicher werden wir weitere Fortschritte machen. Nur: Wenn man auf die Herausforderungen schaut, die auf uns warten, glaube ich nicht, dass man sich

hoffnungsfroh zurücklehnen kann. Der weltweite Energiebedarf etwa soll sich bis 2050 verdoppeln. Wie werden wir diese Nachfrage schnell genug und grün decken? Beim Wasser soll der Bedarf allein in Grossbritannien in den nächsten Jahren um vierzig Prozent steigen. Auch wenn sich nun die ganze Welt mit dem Klima beschäftigt: Die Geschichte lehrt uns, dass etliche Zivilisationen an solchen Ressourcenproblemen zerbrachen.

Wie lange schrieben Sie an Ihrem Buch?
Ich hatte es als Idee seit fünfzehn Jahren im Kopf, wirklich mit der Arbeit begonnen habe ich 2017.

Sind Sie in dieser Zeit pessimistischer geworden, als Sie es vorher waren?
Optimistisch, pessimistisch – das ist mir im Prinzip zu emotional. Als Historiker versuche ich vor allem, pragmatisch zu sein. Aber ich kann schon sagen, dass ich besorgter geworden bin durch die Arbeit: Ich verstehe jetzt besser, was heute vor sich geht. Beim Schreiben sah ich mich als Arzt, der unter die Haut seines Patienten schaut. Ich wusste von Anfang an, dass es ein Problem gibt. Aber nachdem ich die Haut angehoben habe, muss ich sagen: Es sieht schlimmer aus, als ich es mir vorgestellt habe.

Der Historiker als Arzt: ein schönes Bild. Nur schade, dass Sie keine Heilkräfte haben.
Die Behandlung ist nicht Aufgabe der Historiker. Dafür haben wir andere Instanzen: gewählte Politiker, demokratische Institutionen, die Vereinten Nationen. Allerdings sollte man nie eine Therapie beginnen, ohne die genaue Diagnose zu kennen. Und dazu hoffe ich mit meinem Buch einen Beitrag zu leisten. |G|

Peter Frankopan,
Jahrgang 1971, wuchs in London auf und studierte Geschichte am Jesus College in Cambridge. Seit 2000 ist er Senior Research Fellow an der Universität Oxford, wo er heute eine Professur für Globalgeschichte hat. Der Schwerpunkt seiner Arbeiten liegt auf der Geschichte des Nahen Ostens und Zentralasiens, als Experte für Byzantinistik leitet er zudem ein entsprechendes Forschungszentrum in Oxford. Bekannt wurde Frankopan mit dem Buch *Licht aus dem Osten* (2016), in dem er die Weltgeschichte aus der Perspektive des Nahen und Mittleren Ostens betrachtet. 2019 folgte *Die neuen Seidenstrassen,* eine Auseinandersetzung mit den Lebensadern, die Ost und West verbinden. Sein jüngstes Buch, *Zwischen Erde und Himmel. Klima – eine Menschheitsgeschichte,* ist im Mai im Rowohlt-Verlag erschienen. Peter Frankopan lebt zusammen mit seiner Frau und vier Kindern in Oxford.

Claudia Mäder ist Redaktorin bei der *NZZ am Sonntag.*
claudia.maeder@nzz.ch

Brille

Die ersten Europäer, die sie benutzten, weckten das Misstrauen ihrer Mitmenschen. Und doch wurde die Brille zu einem Schlüsselinstrument des Fortschritts. Umso merkwürdiger, dass bis heute niemand weiss, wer eigentlich die Idee hatte, zwei Linsen in ein Gestell zu montieren.

Text Christoph Ribbat **Bild** Andrea Ventura

Unsere Suche nach dem Erfinder der Brille wird in London enden, im dortigen Museum für Augenoptik, dem ältesten seiner Art. Sie beginnt in Florenz, im Kloster Santa Maria Novella, wo am 23. Februar 1306 der Dominikanermönch Giordano da Pisa eine Predigt hielt. Er war Mitte vierzig und also wohl altersweitsichtig. Keine zwanzig Jahre sei es her, so Giordano von der Kanzel, dass mit der Herstellung von Brillen begonnen worden sei. Es handle sich um «eine der besten und notwendigsten Künste auf der Welt». Und wer habe den Erfinder des Geräts persönlich kennengelernt? Er natürlich: der Vortragende selbst.

Giordano da Pisa war nicht irgendein Mönch. Er galt als einer der beliebtesten Prediger seiner Zeit, wohl das Äquivalent eines heutigen Talkshow-Intellektuellen. Seine Ansprache von 1306 ist der erste dokumentierte Verweis auf die Brille, der sich in der Menschheitsgeschichte findet. Sosehr Giordano aber den Erfinder des Geräts auch pries: Er nannte den Namen des Mannes nicht. Und weil die Brille zu einem der wichtigsten Gebrauchsgegenstände der Moderne wurde, zog diese Auslassung zahllose Spekulationen nach sich. Wer war der Tüftler? Warum blieb er anonym? Hartnäckig hielt sich die Theorie, dass dieser Unbekannte sich seine Idee nicht klauen lassen wollte. Hatte er deshalb Giordano seinen Namen nicht verraten? Oder den Theologen um Diskretion gebeten?

Möglich. Aber früh merken wir: Wenn es Heimlichtuerei war, nützte sie wenig. In Pisa hatte Giordano einen Zeitgenossen und Ordensbruder namens Alessandro della Spina. Er war ebenfalls von der Brille begeistert. Überliefert ist, dass der Erfinder die Bauanleitung nicht an Alessandro hatte herausgeben wollen. Der hatte dann auf eigene Faust Sehhilfen zu produzieren begonnen und jedem, der es ihm nachtun wollte, die wichtigsten Kniffe gezeigt. Nach Alessandros Tod 1313 pries der Autor eines Nachrufs dessen Bescheidenheit, Sangeskunst, handwerkliches Geschick – und liess den eigentlichen Urheber des Gestells wieder namenlos. «Ocularia ab alio prima facta», schrieb er nur: Die Brille sei zuerst von jemand anderem hergestellt worden.



Angesichts der immensen Bedeutung dieses Alltagsobjekts macht ein solch knapper Satz fast traurig. Der Zürcher Historiker Bernd Roeck etwa sieht die Brille als Schlüsselinstrument europäischen Fortschritts. Die Druckerpresse brachte Texte in die Welt. Glas auf Nasen sorgte dafür, dass Menschen lesen konnten, die sonst nie am intellektuellen Leben teilgenommen hätten. Gelehrsamkeit breitete sich aus, der «Morgen der Welt» – Roecks Begriff – brach an. Kann man die Person einfach vergessen, die diesen Morgen mit einläutete?

Forschen wir also nach dem Brillenerfinder. Konsultieren wir die Literatur. Ja, er könnte in Pisa tätig gewesen sein. Dort waren Alessandro und Giordano vor 1300 zu Hause. Dass die Brille stattdessen in Florenz entwickelt wurde, vom hochbegabten Salvino d'Armato? Jahrhundertelang galt das als sicher. Dann stellte sich heraus, dass das Genie vom Arno eine florentinische Erfindung war. Einige Fachleute wiederum sind überzeugt, dass der Uroptiker aus Venedig stammte; die meisten dieser Experten sind allerdings ebenfalls nicht unbedingt objektive Venezianer.

Wir recherchieren weiter. Im deutschen und niederländischen Raum haben Grabungen einige sehr frühe Brillen ans Tageslicht gebracht. Nur gibt es von dort keine schriftlichen Quellen. Roger Bacon, 1220 geboren, Philosoph und Optikexperte in London, wurde eine Zeit lang als Erstkonstrukteur gehandelt. Dann wurde die Idee verworfen. Ein Historiker ist überzeugt, dass unsere Suche nach Sri Lanka führen müsse. Dort habe unter der Herrschaft von König Bhuvanaikabahu IV. ein aus Indien eingereister Architekt zwischen 1344 und 1353 die Brillenproduktion angestossen. Oder waren es doch portugiesische Kolonisatoren, die die Gestelle auf die Insel brachten? Unklar.

Wir sollten die Sache vielleicht nicht so dramatisch sehen. Sehhilfen gab es schliesslich schon lange vor 1300. Sie sassen nur nicht auf Nasenrücken. Selbst aus der Bronzezeit finden sich Überreste geschliffener Linsen aus Kristall. Man hielt sie in der Hand und vergrösserte mit ihnen zu kleine Details der Realität. Der römische Philosoph Seneca las Texte durch eine wassergefüllte Glaskugel. Das ist knapp zweitausend Jahre her. Und weil 1021 der Naturkundler Alhazen, Hochschullehrer in Kairo, systematisch die optische Wirkung gewölbter durchsichtiger Oberflächen beschrieb, wurden an vielen Orten Europas bald Präzisionslinsen hergestellt. Sie bestanden aus Glas, Quarz oder dem Mineral Beryll. Zu letzterem Werkstoff stellte ein mittelhochdeutsches Gedicht in den 1260er Jahren fest: «Der berillus grozet die schrift.»

Vom «berillus» war es zur Brille wirklich nicht weit. Irgendjemand aber muss sie dem Menschen ins Gesicht geklemmt haben. Weil unsere Literatur dazu jetzt wirklich nichts mehr hergibt, nehmen wir die Londoner U-Bahn nach Charing Cross und besuchen Neil Handley, Kurator des traditionsreichsten Museums für Augenprobleme und ihre Korrektur.

Wir treten ein und bemerken: Handley trägt Krawatte, aber keine Brille. Er weiss alles über die frühesten Exemplare, die umständlich mit der Hand auf der Nase festgehalten werden mussten, und einiges über die nur etwas stabileren Versionen, von denen aus Fäden zu den Ohren liefen. Er kennt sich auch aus mit dem Sehgestell, dessen Haltestab man sich, um die Hände frei zu haben, unter die Perücke schob. Mit jenem, das an die Hutkrempe geschraubt wurde. Mit diversen unbequemen Nasenklemmern. Und mit dem grossen Durchbruch, als 1727 ein Londoner Optiker endlich die ersten metallenen Seitenbügel entwarf.

Handley weiss auch, dass die Gondolieri von Venedig im 18. Jahrhundert erstmals Sonnenbrillen benutzten und dass der Schriftsteller Carlo Goldoni die Bootsleute imitierte und sie ebenfalls trug und dass die Bewunderer dieses grossen Autors wiederum diesen imitierten und also auch Sonnenbrillen zu tragen begannen. Und dass alle japanischen Richter im 19. Jahrhundert Brillen aufhatten, ob sie sie nun benötigten oder nicht, nur um ihre Autorität zu unterstreichen – und dass Brillen deshalb für die Nichtjuristen Japans verboten waren.

Wir fragen Neil Handley nach seiner Meinung zu jenem mysteriösen Erfinder und zu Giordano da Pisa und Alessandro della Spina und all

den Mutmassungen um sie herum. Wenn er nicht Bescheid weiss, wer dann?

Er erklärt uns erst einmal, warum man überhaupt so wenig über die Brille weiss. Man müsse sich bewusst sein, sagt er, dass das Gestell im Europa der Frühen Neuzeit sehr unpopulär gewesen sei. Es wurde mit Menschen in Verbindung gebracht, die gern genau hinguckten: mit Geldwechslern, mit Steuereintreibern. Mit Besserwissern also. «Nobody likes a clever person», sagt Handley. Weil folglich die wenigsten Menschen als Brillenträger identifiziert werden wollten, sind bildliche Darstellungen rar und ist die Verbreitung des Instruments schwer zu ergründen. Wissenschaftshistoriker wiederum, einige von ihnen durchaus clever, interessieren sich laut Handley kaum für Sehapparate auf Riechorganen. Die sind ihnen zu alltäglich. Sie befassen sich lieber mit den komplexen Instrumenten bedeutender Astronomen.

Das überzeugt. Wenn die Brille für die einen Arroganz symbolisierte und den anderen zu banal scheint, dann verwundert es nicht, dass ihre Frühgeschichte kaum erforscht ist. Überraschend allerdings, was jetzt passiert: Neil Handley, im Übrigen ein geduldiger Gastgeber, macht deutlich, unsere Fragen nach dem ersten Brillenkonstrukteur aller Zeiten nicht beantworten zu wollen. Nein, leider nicht, wirklich nicht. Er weigert sich, von jenem Februartag 1306, dem Tag der Predigt Giordanos in Florenz, knapp zwanzig Jahre zurückzurechnen und irgendwo in Norditalien einen genialen Erfinder zu suchen, der gegen 1287 der Menschheit die Brille schenkte. Wer so vorgehe, mache aus einem regionalen Ereignis eine welthistorische Zäsur. Das, sagt Handley, sei «bad history», schlechte Geschichtsschreibung. Weil wir in den letzten Wochen genau diese «bad history» betrieben haben, schämen wir uns jetzt ein bisschen.

Neil Handley erklärt, dass damals einfach eine Entwicklung in der Luft lag. Aus einer Linse in der Hand wurden zwei Linsen in einem Gestell. Keine Sensation, Heldenverehrung daher deplatziert. Zudem: Die ersten Brillen korrigierten nur Weitsicht und halfen hauptsächlich beim Lesen. Aber kaum jemand lebte um 1300 so lange, dass er tatsächlich weitsichtig wurde. Lesen konnten auch nur die wenigsten.

Weil das neue Gerät also anfangs so gut wie niemandem etwas nützte und weil weder Quellen noch Überreste etwas Substanzielles hergeben, hält Handley es für unnötig, sich um norditalienische, englische, sri-lankische, indische, deutsche oder niederländische Ursprünge den Kopf zu zerbrechen. Und wenn selbst der Kurator des vielleicht bedeutendsten Sehhilfemuseums unserer Zeit den Vater (oder die Mutter?) der Brille nicht finden will, dann brechen auch wir die Suche hier ab.



Illustration: Agata Marszalek

Christoph Ribbat, Jahrgang 1968, ist Professor für Amerikanistik in Paderborn. 2011 erschien von ihm im Steiner-Verlag *Flackernde Moderne. Die Geschichte des Neonlichts.* Bei Suhrkamp folgten: *Im Restaurant* (2016), *Deutschland für eine Saison* (2017) und *Die Atemlehrerin* (2020). Zuletzt erschien *Wie die Queen,* eine Biografie der deutsch-jüdischen Emigrantin Ilse Gross, die in England unter dem Namen Kathrine Talbot zur Erfolgsautorin wurde (Insel-Verlag 2022).



Weiterführende Literatur

Rishi Kumar Agarwal: Origin of Spectacles in India, in: British Journal of Ophthalmology 55 (1971), S. 128–129.

Susanne Buck: Der geschärfte Blick. Eine Kulturgeschichte der Brille seit 1850. Frankfurt am Main 2006.

Vincent Ilardi: Renaissance Vision from Spectacles to Telescope. Philadelphia 2007.

Bernd Roeck: Der Morgen der Welt. Geschichte der Renaissance. München 2018.

Stefana Sabin: Augen-Blicke. Eine Kulturgeschichte der Brille. Göttingen 2019.



Die Kunst, im Chaos der eingehenden Nachrichten die Fäden zusammenzuhalten, war lange Zeit Männersache: Newsroom der *New York Times*, 1983.

JOURNALISMUS

Bild: The New York Times / Redux / Laif



Macht ohne Auftrag

Heute gelten die Medien als vierte Gewalt im Staat. Doch der Journalismus ist keine festgefügte Institution, ja nicht einmal eine richtige Profession. Das ist ein Vorteil.

Von Lea Haller

TITANIC DISASTER GREAT LOSS OF LIFE
EVENING NEWS

«Zahlreiche Tote»: Der Zeitungsjunge Ned Parfett wirbt am 16. April 1912, dem Tag nach dem grossen Schiffsunglück, vor dem Londoner Sitz der Reederei White Star Line für die *Evening News,* ein Nachrichtenblatt, das von 1881 bis 1980 erschien.

Die Geschichte des Journalismus ist eine Geschichte des Handelns mit Information. Vielleicht begann diese Geschichte vor rund 44 000 Jahren: So alt sind die Jagdszenen in der Höhle Leang Bulu' Sipong 4 auf der indonesischen Insel Sulawesi – die ältesten heute bekannten Höhlenmalereien mit menschenartigen Gestalten in Aktion. Sie zeigen Phantasiewesen, halb Tier und halb Mensch. Und sie erzählen eine Geschichte: Sechs dieser Mischwesen, ausgerüstet mit Speeren und Seilen, verfolgen übergross dargestellte Rinder und Wildschweine und erlegen schliesslich ein Tier.

«Menschen scheinen eine anpassungsfähige Veranlagung für das Ausdenken, Erzählen und Konsumieren von Geschichten zu haben», hielt das Team um den Archäologen Maxime Aubert im Fachmagazin *Nature* fest, wo es 2019 über den spektakulären Fund berichtete. Man habe hier «frühestes Storytelling» vor sich, eine narrative Komposition, die durch die räumliche Anordnung und Darstellung der Figuren auf eine Handlung schliessen lasse. Von Journalismus im engen Sinn spricht man zwar erst bei einer periodischen Publizistik, es braucht also eine Regelmässigkeit des Erscheinens. Auch war das Papier, das die Kommunikation über räumliche Distanz massiv erleichterte, noch in weiter Ferne. Aber die Grundlage journalistischer Kommunikation erkennt man bereits in dieser Höhle: Jemand wählt einen Stoff aus, bringt ihn in eine Form, deutet die Welt für andere.

Erst durch dieses erzählende Gestalten und die mediale Verbreitung über Distanz werden Ereignisse zu kollektiven mentalen Erfahrungen für eine grössere Zahl von Menschen. Als 1755 ein Erdbeben die Stadt Lissabon vollständig zerstörte und zwischen 30 000 und 100 000 Menschen tötete, trafen die Augenzeugenberichte in den europäischen Ländern zwar mit mehreren Wochen Verspätung ein. Doch die Berichterstattung erschütterte grossräumig Gewissheiten. In Hamburg und Paris, Zürich und Rom fragte man sich: Wenn Gott allwissend, gut und gerecht ist, wie kann er so etwas zulassen?

Die einen waren überzeugt, die apokalyptische Katastrophe müsse eine verdiente Strafe für die Verfehlungen der Lissaboner Bevölkerung sein; andere begannen an der Gerechtigkeit des Allmächtigen zu zweifeln. Bereits damals, im 18. Jahrhundert, zeigte sich der folgenreiche Einfluss der Medien. Heute ist die Frage virulenter denn je: Welche Funktion hat der Journalismus in der Gesellschaft? Von wem wird er gemacht, mit welchen Mitteln, zu welchem Zweck? Und wer konsumiert seine Produkte?

Im 19. Jahrhundert wurde für die Medien der Begriff «vierte Gewalt» geläufig: der Journalismus als mächtiges Korrektiv im Staat. Tatsächlich gilt: Wo eine freie Presse fehlt, können sich die Bürgerinnen und Bürger kaum ein differenziertes Bild machen über die Bedingungen, unter denen sie leben. Auch haben journalistische Recherchen immer wieder politische Intrigen und Verfehlungen ans Licht gebracht. Dennoch erzeugt der Begriff ein falsches Bild: das einer festgefügten, homogenen Institution.

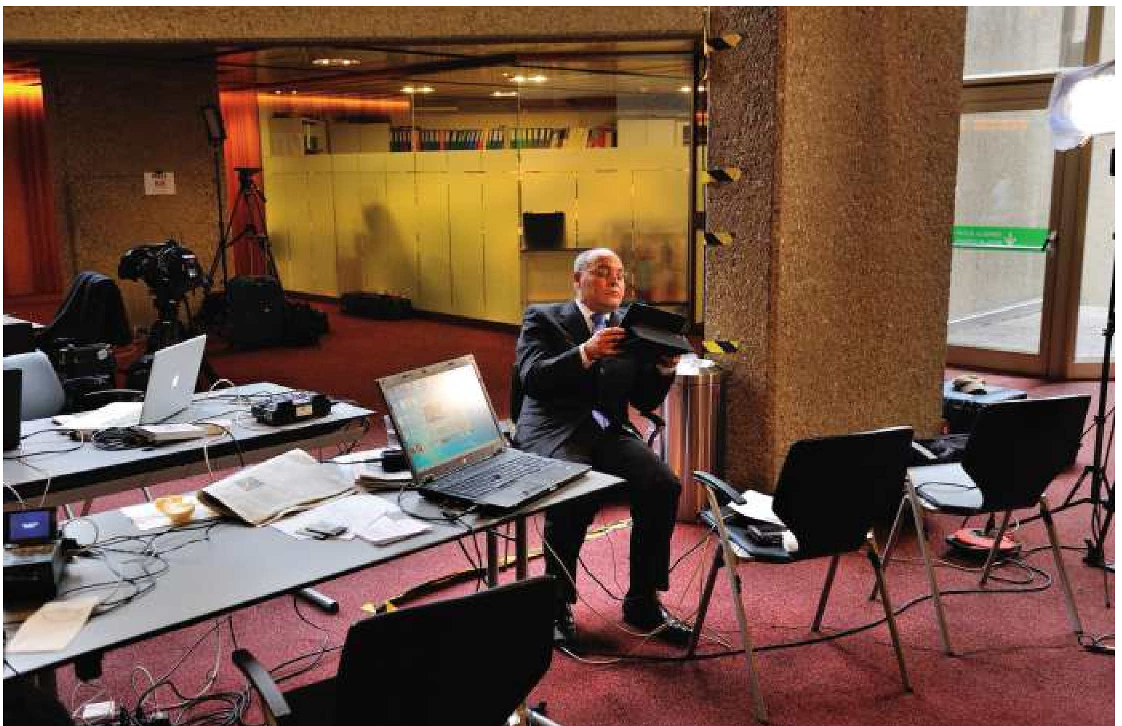
Nichts könnte auf die Zunft weniger zutreffen. Gerade weil der Journalismus eine Beobachterrolle hat im Staat, kann und darf er nicht reguliert werden. Er hat zwar eingespielte Routinen, ist aber kein normiertes Unterfangen. Es gibt keine von höherer Warte gestellte Aufgabe – der Journalismus ist eine geradezu libertäre Kunst. Seine Qualität steht und fällt mit den Köpfen, die ihn betreiben, und mit dem Handlungsspielraum, den eine Gesellschaft ihm einräumt. Es ist paradox: Man braucht ihn, aber er bleibt unberechenbar. Man muss ihn verteidigen, und dennoch ist auf ihn kein Verlass.

Ähnliches gilt für die Abnehmer seiner Produkte. 1695 hatte der Sprachforscher und Wörterbuchherausgeber Kaspar von Stieler konstatiert: «Die Zeitungen sind der Grund, die Anweisung und Richtschnur aller Klugheit», und wer sie nicht achte, der bleibe «immer und ewig ein elender Prülker (Brüller) und Stümper in der Wissenschaft der Welt und ihrem Spielwerk». Noch 1923 hielt der Reporter Egon Erwin Kisch fest, nicht die bessere Sache erlange den irdischen Sieg, sondern «die besser verfochtene Sache». Niemand wird jedoch gezwungen, sich zu informieren. Es steht allen frei, sich medial zu enthalten oder sich auf jenen effekthascherischen Sensa-

Bild S. 26/27: Topical Press Agency / Hulton Archive / Getty Images; Bilder S. 29: Friedrich Seidenstücker / bpk; Mark Henley / Panos



Oben: Anlieferung von Papierrollen für den Zeitungsverlag Scherl in Berlin, 1927. Unten: Mit Tablet in der Pause. Ein Journalist eines arabischen Fernsehsenders während der Atomgespräche zwischen Iran, den drei wichtigsten EU-Staaten (EU-3), China, Russland und den USA in Genf, 16. Oktober 2013.



tionsjournalismus zu beschränken, der weitgehend vom Verkauf von Slogans lebt. Schon deshalb verbietet es sich, die Geschichte des Journalismus als heroische Geschichte zu erzählen: als Geschichte vom Aufstieg und Zerfall einer staatstragenden Aufklärungsmaschinerie.

Der Blick zurück zeigt vielmehr: Krise war immer, die Erschütterungen kommen zyklisch. Papier ist geduldig, die Radiowelle, das Fernsehsignal und das Internet sind es auch. Journalismus mag im Idealfall ein Mittel der Debatte und Konsensbildung sein, in erster Linie aber ist er ein Geschäft.

Am Beginn einer regelmässigen Berichterstattung war die Nachfrage, und sie entstand in Europa im Spätmittelalter. Kaufleute wollten wissen, was an den Orten vor sich geht, mit denen sie Handel trieben, und je umfangreicher dieser Handel wurde, desto grösser wurde auch der Informationsbedarf. Bereits im 14. Jahrhundert gab es in Westeuropa und im Nahen Osten Korrespondentennetzwerke, über die relevante wirtschaftliche und politische Informationen ausgetauscht wurden. Abnehmer waren auch die Königshäuser, Adlige und Kleriker – aber es waren die Kaufleute in den Handelszentren, die sich schliesslich in Vereinigungen zusammenschlossen, um gemeinsam einen regelmässigen Botenverkehr aufzugleisen.

In St. Gallen etwa taten sich um die Mitte des 16. Jahrhunderts alle Kaufleute zusammen, die Waren in die deutschen Lande exportierten. Sie unterhielten auf eigene Kosten einen regelmässigen Postverkehr nach Norden, das «Nürnberger Ordinari». Kaufleute, die nach Frankreich, Spanien und Italien lieferten, gründeten ebenfalls eine Vereinigung – und einen Botendienst nach Westen, das «Lyoner Ordinari». Später gingen aus solchen Zusammenschlüssen die Korporationen und Handelskammern hervor.

Waren Kaufleute im Mittelalter noch viel gereist, konnten sie die Reisetätigkeit nun einschränken und sich auf die regelmässige Berichterstattung durch ihre Agenten vor Ort verlassen. Handelsstädte wie Nürnberg, Venedig oder Antwerpen wurden zu regelrechten Informationsdrehscheiben.

Bald erkannten die Korrespondenten – man nannte sie Avisenschreiber oder Novellanten –, dass es lukrativ war, nicht nur für einen Auftraggeber zu arbeiten, sondern ihre Nachrichten allen potenziell Interessierten anzubieten, gegen eine feste Gebühr. So entstanden die ersten systematisch erstellten, regelmässig erscheinenden Briefzeitungen. Die Novellanten beschafften sich Nachrichten aus unterschiedlichen Quellen und bearbeiteten sie redaktionell: Sie wählten aus, was von Interesse war, fassten zusammen und erläuterten Hintergründe.

Voraussetzung für diese gewerbsmässige Berichterstattung war ein allgemein zugängliches Postwesen. Im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation entstand ein solches zu Beginn des 16. Jahrhunderts, nachdem der Kaiser die Familie Thurn und Taxis mit dem Aufbau einer Reichspost beauftragt hatte; in England war die Post ab 1635 öffentlich zugänglich. In der alten Eidgenossenschaft durften die «Stadtläufer» und «Landläufer» der Obrigkeiten ihre Dienste ab dem 16. Jahrhundert auch Privatpersonen anbieten. Mit der Zeit beanspruchten die eidgenössischen Orte das Postregal, also das Recht, auf ihrem jeweiligen Herrschaftsgebiet das Postwesen zu führen. Vorangegangen war die Republik Bern: Sie führte auf Initiative von Beat Fischer, Mitglied des Grossen Rats, 1675 das Postregal ein, und derselbe Beat Fischer erhielt dann auch gleich die Monopollizenz für den Dienst. Die Familie behielt das Monopol über mehrere Generationen bis ins Revolutionsjahr 1789. Nach einem Verdrängungskampf um die ertragreichen Teilstrecken war die Fischersche Post die wichtigste Postverwaltung auf dem Gebiet der heutigen Schweiz.

Am Beginn einer regelmässigen Berichterstattung stand also das Postwesen, nicht die Druckerpresse. Zeitungen wurden handschriftlich verfasst und kopiert, und zwar noch lange nach Erfindung des Buchdrucks durch Johannes Gutenberg um 1450. Gutenberg selbst war es nicht in erster Linie um Beschleunigung und Effizienz gegangen, sondern um Schönheit: Mit beweglichen Lettern liessen sich ebenmässige Zeilen drucken, also besonders schöne und wert-

volle Bücher herstellen – die Überschriften und aufwendigen Verzierungen wurden von Hand koloriert. Überhaupt war der Druck für Visuelles besonders geeignet, im Holzschnitt konnten pro Druckstock bis zu 10 000 Abzüge erstellt werden. Heiligenbilder, Embleme, Stadtansichten und Landkarten verbreiteten in der Frühen Neuzeit, wie der Historiker Andreas Würgler gezeigt hat, ein neues räumliches Wissen.

Ab 1480 zirkulierten auch gedruckte Nachrichten, die sogenannten «Newen Zeytungen», sie erschienen allerdings nicht regelmässig, sondern nur, wenn ein Drucker von einem Ereignis erfuhr, das er für publikationswürdig und vermarktbar hielt. Es handelte sich um Einblattdrucke mit sensationsheischenden Überschriften

Die «Newen Zeytungen» erschienen nur, wenn ein Drucker von einem Ereignis erfuhr, das er für vermarktbar hielt.

und Illustrationen, vergleichbar mit heutigen Boulevardzeitungen. Sie wurden vorwiegend im Strassenverkauf abgesetzt, das Geschäftsrisiko lag vollständig beim Drucker. Im Umlauf waren zudem gedruckte Flugblätter. Im Gegensatz zu den «Newen Zeytungen» waren sie kein kommerzielles Produkt, sondern ein Instrument im politischen Glaubens- und Meinungskampf. Anonym publiziert, über Landesgrenzen geschmuggelt und klandestin nachgedruckt, entfalteten sie eine beträchtliche Breitenwirkung.

Der Übergang zu gedruckten Zeitungen war schliesslich so fliessend und unspektakulär, dass das Wort Revolution vermessen wäre. Um 1605 bat Johann Carolus den Rat der Stadt Strassburg um ein Monopolrecht, ein sogenanntes Privileg: Er hatte vor einiger Zeit eine Druckerei mit drei Druckerpressen erwerben können und eine gedruckte Zeitung erfunden, die *Relation aller Fürnemmen und gedenckwürdigen Historien*. Die wollte er exklusiv vertreiben, nachdem er zuvor schon eine handgeschriebene Zeitung herausgegeben hatte. Für die Neuheit machte er Zeitersparnis geltend: Nachdem er jeweils «gewisse Avisen» an sich gebracht und diese «etlichen Herren» gegen eine jährliche Gebühr kommuniziert habe, es mit dem Abschreiben aber nur langsam zugegangen sei, habe er sie nun, mit ebenfalls beträchtlichem Aufwand und Mühe, in seiner Druckerei «setzen, ufflegen und trucken» lassen. Im Übrigen machte Carolus um das Blatt kein grosses Aufheben, denn die Idee für das seriell erstellte Wochenblatt hatte sich schlicht ergeben, weil er zwei Berufe hatte: Nachrichtenhändler und Drucker.

Das Privileg erhielt Johann Carolus damals offenbar nicht, aber der Rat von Strassburg liess ihn seine Zeitung weiter drucken. Bald fanden sich Nachahmer, denn mit einer gedruckten Zeitung erhöhte sich die Reichweite. Die gedruckten Blätter, die nun allerorts auf den Markt kamen, hiessen Aviso, Gazette, Nouvelle, Courante oder Relation und wurden nicht mehr nur von Kaufleuten, Fürsten und städtischen Oberschichten gelesen, sondern erreichten ein breiteres Publikum. In der Strassburger *Relation* hiess es um 1609, eine Zeitung habe zwei Funktionen. Die Informationen sollten einerseits den Machthabern dienen, damit sie «löblich verwalten» und «ihre Untertanen in Ruhe und Frieden» erhalten. Andererseits solle die Zeitung «das Urteil von Privatpersonen schärfen» und ihnen zu «Gottseligkeit und Besserung des Lebens» sowie «zur Warnung» verhelfen.

Das Urteil von Privatpersonen dürfte tatsächlich geschärft worden sein. In den Zeitungen des 17. Jahrhunderts stand Erbauliches und Unerhörtes, man las von Aufständen, fremden Kulturen und neuen Ideen. Die journalistische Berichterstattung und Weltdeutung beflügelte das eigene Denkvermögen, oder wie der eingangs erwähnte Kaspar von Stieler 1695 in *Zeitungs Lust und Nutz* festhielt: Aus der Zeitung lerne man die «Eigenschaft der Sprache» kennen,



Oben: Stadtflucht mit Musik. Berliner Sommerfrischler sind mit dem Motorradgespann und einem Röhrenradio zum Picknick an einen See gefahren, 1926. Unten: Eine Radiojournalistin nimmt am 2. Februar 2014 nach den Uno-Friedensgesprächen zu Syrien in Genf einen Beitrag auf.



Bilder: bpk; Mark Henley / Panos

die «überreiche Wortmenge», samt Erzählkunst, vor allem aber könne man durch die Lektüre «die Welt und ihren Zustand» erforschen. Es heisse, das Reisen sei das Philosophieren der politischen Leute. Mit gutem Recht könne man aber sagen, «dass Zeitungen lesen nicht weniger dergleichen Wirkungen habe, indem man darbey auf allerhand Zeug zu reden und zu gedenken kommet und wegen der Mannigfaltigkeit der Sachen darüber nicht müde wird».

Das Verhältnis zur Macht blieb im absolutistischen Staat allerdings schwierig, von «löblichem Verwalten» aufgrund der Lektüre kritischer Zeitungsberichte kann kaum die Rede sein. Zum einen machten sich die Machthaber die neuen Techniken selbst zunutze. Gedruckt wurden nicht nur Zeitungen, Pamphlete und Unterhaltungsliteratur, sondern auch Polizeiordnungen, obrigkeitliche Erlasse und königliche Meinungsmache. So liess etwa Maximilian I., Herzog von Burgund, später römisch-deutscher König und schliesslich Kaiser, zu wichtigen Ereignissen Drucke verbreiten: zu seiner Königswahl 1486, seiner Gefangenschaft im flandrischen Brügge, in die ihn seine Untertanen gebracht hatten, oder zu den auf dem Reichstag zu Worms 1495 beschlossenen Reformen, mit denen eine straffere Verwaltung installiert wurde. Er publizierte Aufrufe zum Krieg gegen die Türken und liess bei Kämpfen in Venedig auf Italienisch verfasste propagandistische Flugblätter aus Ballonen hinter der Front abwerfen.

Vor allem aber etablierte sich in fast allen europäischen Ländern eine rigorose Zensur. Zensurordnungen wurden zuerst von der Kirche erlassen; ihr ging es darum, die Gläubigen auf Kurs zu halten, häretische Gedanken zu unterdrücken und Abweichlern vorzubeugen. Die weltlichen Herrscher konnten auf dieser Vorarbeit aufbauen, sie nahmen den schnell wachsenden Buchmarkt und gedruckte Periodika ins Visier. Ab den 1520er Jahren kam es, wie Frank Bösch in seiner *Mediengeschichte* schreibt, im Reich zu ersten restriktiven Gesetzen, namentlich einer Vorzensur und einer Impressumspflicht. «Hinzu kamen Beschränkungen der Druckorte, etwa auf Residenz-, Reichs- und Universitätsstädte im Reich oder in England auf London und die beiden Universitätsstädte Oxford und Cambridge.» 1749 institutionalisierte Friedrich der Grosse in Preussen schliesslich das Verfahren der ordentlichen Prüfung – die «vorsichtige Durchlesung eines Buches», wie es in Zedlers *Universal-Lexicon* von 1733 heisst.

Auch Maria Theresia, Monarchin von Österreich, Ungarn und Böhmen, traute ihren Untertanen nicht. Sie schuf eine Zensur-Hofkommission, die Tausende Bücher verbieten liess, darunter auch die Liste der indexierten Bücher selbst, den *Catalogus Librorum*. Das war nur konsequent, denn Verbotslisten waren als Lektürehinweise äusserst beliebt; wer an Subversivem interessiert war, sparte sich damit aufwendige Recherchearbeit. So brachte etwa der Prager Zensor Amand Berghofer 1805 ein Bändchen mit dem Titel *Verbothene Schriften* heraus, was zwar lukrativ war, ihn aber seine Stelle im Staatsdienst kostete. Die österreichische Zensur galt als mustergültig streng, wie der Literaturwissenschafter Norbert Bachleitner in einer Studie zum Thema festhält. Der russische Zar Paul I. etwa entschied 1799 kurzerhand, dass Werke, «welche von der Wiener oder anderen regierenden Herren Censur» verboten worden waren, auch in Russland nicht erlaubt seien.

In den meisten Ländern schränkte die Obrigkeit auch die Verbreitung der Zeitungen ein. In Frankreich dominierte die *Gazette de France* bis Mitte des 18. Jahrhunderts den Markt; sie war die einzige offiziell zugelassene Zeitung. Gegründet worden war sie 1631 von Théophraste Renaudot, dem umtriebigen Leibarzt von König Ludwig XIII., und zwar auf massgebliche Initiative von Kardinal Richelieu, Erster Minister im Reich und ein rigoroser Verfechter des zentralistischen Absolutismus. Renaudot betrieb damals in Paris ein Annoncenbüro, das als Arbeitsvermittlungsstelle, Veranstaltungsort, Klinik, Pfandverleih, Kunstgalerie und schliesslich auch als Redaktion diente. Vielen gilt er als eigentlicher Begründer des Journalismus: Er führte verschiedene Formate ein, unterschied zwischen Nachrichten, Berichten und Kommentaren. Von Pressefreiheit konnte allerdings keine Rede sein. Die vom König

unterstützte *Gazette* wurde von einem hochkarätig besetzten Ausschuss königstreuer Literaten überwacht.

Der Effekt war, dass die Zeitungsmacher sich überall selbst zensurierten. Statt über inländische Politik berichteten sie vor allem über ferne Geschehnisse. Zeitungslektüre in der Frühen Neuzeit war ein Eintauchen in Begebenheiten aus aller Welt; über das, was in unmittelbarer Nähe passierte, musste man sich durchs Hörensagen informieren.

So berichtete die *Gazette* am 17. Juli 1789, ihrer ersten Ausgabe nach dem Sturm auf das berüchtigte Festungsgefängnis Bastille, Symbol der königlichen Macht, auf der Titelseite prominent aus St. Petersburg, Kopenhagen und Warschau. Die Leserinnen und Leser erfuhren, dass Johann von Michelsohnen, russischer General der Kavallerie, im Rahmen des Russisch-Schwedischen Kriegs mit seinen Leuten einen schwedischen Trupp von 600 Mann attackiert und nach zweistündigem Kampf zur Flucht gezwungen habe. Sie erfuhren, dass Karl von Hessen-Kassel, Oberkommandierender der dänischen Truppen, die sich als Verbündete an die Seite Russlands gestellt hatten, mit seinem Sohn Prinz Frederick auf Schloss Gottorf in Schleswig abgereist sei, und sie konnten sich ein Bild davon machen, wie Polen aufrüstete. Es folgten Berichte aus Madrid, Wien, Hamburg, Rom, Livorno und London. Aus Versailles wurde vermeldet, dass ein Maler seiner Majestät eine Reihe von Porträts abgeliefert habe, und aus Paris, dass im Bistum Angers ein grosser Gutshof in Flammen aufgegangen sei, inklusive einer Aufzählung aller Sachwerte, die nicht mehr gerettet werden konnten. Über die Ereignisse auf den Strassen von Paris, die zahlreiche Todesopfer forderten und die Revolution befeuerten, erfuhr man nichts.

Die rigorosen Zensurvorschriften waren ein Grund, wieso handgeschriebene Zeitungen mit dem Aufkommen der gedruckten Blätter nicht sofort ausstarben. In den eidgenössischen Orten etwa war das Drucken interessanter Inlandnachrichten bis 1789 verboten. Niemand machte sich allerdings die Mühe, handschriftlich verfasste und nicht in Hunderten von Exemplaren kursierende Nachrichten zu kontrollieren. So wurde in handgeschriebenen Zeitungen über Lokalpolitisches berichtet, das in den gedruckten Zeitungen nicht vorkam – entsprechend begehrt waren die Blätter.

In der Schweiz erschien noch bis 1809 eine handschriftlich vervielfältigte Zeitung, die *Nova Tigurina* (später *Zürchersche geschriebne Zeitung*). Herausgeber war Hans Jakob Hirschgartner, Schulmeister der Kirchgemeinde St. Peter in Zürich. Er publizierte Auszüge der Zürcher Ratsprotokolle und berichtete über Politisches aus anderen Städten, ergänzt mit Sensationsmeldungen über Ehebrüche, Morde und Raubüberfälle. Das Abschreiben des Blatts übernahmen seine Schüler, denen das Kopieren als Schreibübung diente.

Handschriftliches war aber keineswegs nur von regionaler Bedeutung. Aus Paris versorgte etwa der deutsche Schriftsteller und Journalist Friedrich Melchior Grimm von 1753 bis 1775 einen erlesenen Kreis von Aristokraten in ganz Europa mit Informationen über das politische und kulturelle Geschehen in Frankreichs Metropole. Auch seine Schriftstellerfreunde Denis Diderot, Jean-Baptiste le Rond d'Alembert und Jean-Jacques Rousseau schrieben regelmässig für die *Correspondance littéraire*. Wegen der Zensur wurde das Blatt händisch kopiert. Verschickt wurde es in losem Rhythmus etwa vierzehntäglich, später monatlich, per Diplomatenpost. Die Abonnenten mussten sich verpflichten, es nicht weiterzugeben und nichts davon zu drucken. Die Zeilen waren in kleiner Schrift eng beschrieben, es gab weder Absätze noch Bilder, von Leserführung keine Spur. Das minderte das Interesse nicht, die treffsicheren Anekdoten, Porträts und Kritiken waren heiss begehrt.

Nicht überall waren die Zensurvorschriften gleich streng. Und nicht überall wurden sie, wenn sie existierten, auch umgesetzt. Das schuf auch für den Handel mit Drucksachen Spielräume. So wurde ein Verlag in Neuenburg, die Société typographique de Neuchâtel, zur Zeit der Aufklärung zu einer Produktionsstätte für Verbotenes und Verruchtes (*NZZ Geschichte* Nr. 36). Auf ihren Lieferscheinen stand, wie der Histori-

ker Robert Darnton gezeigt hat, kaum ein seriöses Werk, sie war im Untergrundjournalismus tätig und machte mit Raubdrucken Profit.

Das unter preussischer Herrschaft stehende Neuenburg genoss, wie verschiedene Teile des Reichs, relative Publikationsfreiheit. Seit dem Wormser Edikt von 1521, mit dem Martin Luther geächtet wurde, galt zwar überall die Vorzensur, aber sie wurde von den Obrigkeiten im zersplitterten Reich unterschiedlich streng umgesetzt. Auch in den prosperierenden, multikulturellen Niederlanden entstand eine rege Publikationstätigkeit, das meiste erschien anonym oder unter Pseudonym. Auf Schmuggelrouten wurden die Drucksachen ins Ausland abgesetzt und fanden besonders in Paris reissenden Absatz.

> Wer sich in Frankreich über die amerikanische Unabhängigkeitsbewegung informieren wollte, las eine niederländische Zeitung.

Was die inländische Presse nicht erwähnen durfte, erfuhr man im Bedarfsfall also durch Importe. Wer sich in Frankreich über die amerikanische Unabhängigkeitsbewegung informieren wollte, las die französischsprachige *Gazette de Leyde* aus den Niederlanden. An verschiedenen Orten in Europa spezialisierten sich die Herausgeber auf Kundschaft in zensurstarken Ländern – das Publikationswesen war ein internationales, grenzüberschreitendes Geschäft. Illegale Wochen- und Tageszeitungen hatte es im chinesischen Hangzhou im 12. und 13. Jahrhundert bereits gegeben, sie wurden allerdings geahndet und verschwanden wieder. Im politisch zersplitterten, aber hervorragend vernetzten Europa des 17. Jahrhunderts liess sich ein umfassendes Verbot nicht mehr durchsetzen.

Auch zuverlässige Zensoren zu rekrutieren, war ein Problem – sie mussten sich mit den zu verbietenden Sachen ja auskennen, intellektuell also auf Augenhöhe sein mit ihren schreibenden Kontrahenten. Wie trennt man da den treuen Staatsdiener vom subversiven Geist? Mit dem schnell wachsenden Druckgewerbe war es wie mit der Hydra, der immer wieder ein neuer Kopf wächst: Kaum hatte man eine Publikation verboten, kamen zwei neue auf den Markt. Im 18. Jahrhundert waren das vermehrt auch «räsonierende» Blätter, oft «Merkur» genannt. Im Stil der Flugschriften und Pamphlete, aber mit regelmässigem Erscheinungsrhythmus, diskutierten sie politische Inhalte. Brisante Themen wurden gern in Form von fiktionalen Gesprächen zwischen historischen Persönlichkeiten verhandelt, was von den Zensurbehörden schwer angreifbar war. So sickerte, trotz Ende der 1750er Jahre und nach 1776 in Frankreich nochmals verschärfter Zensur, zunehmend autoritätszersetzendes Gedankengut durch.

Wer las all diese Druckschriften, und was bewirkten sie im Staat? In seinem einflussreichen Werk *Strukturwandel der Öffentlichkeit* hat der Philosoph Jürgen Habermas 1962 dargelegt, dass das deutsche Substantiv «Öffentlichkeit» erst im 18. Jahrhundert gebildet wurde. «Wenn Öffentlichkeit erst in dieser Periode nach ihrem Namen verlangt», argumentierte er, «dürfen wir annehmen, dass sich diese Sphäre, jedenfalls in Deutschland, erst damals gebildet und ihre Funktion übernommen hat.» Damit blendete Habermas ältere Formen mündlicher Debattenkultur aus. Gleichzeitig grenzte er die neue öffentliche Sphäre streng ein: Sie habe spezifisch zur bürgerlichen Gesellschaft gehört.

Tatsächlich war das aufstrebende Bürgertum äusserst lese- und schreibaffin, und das nicht nur in Deutschland. Man gründete Salons und Lesezirkel, und die Bourgeoisie dominierte sowohl die Produktions- als auch die Konsumseite der Zeitungen. Allerdings gilt das nicht ausschliesslich. Laut dem Historiker Andreas Würgler musste ein Handwerker in Köln für ein Jahresabonnement einer Hamburger Zeitung im 17. Jahrhundert rund zwei Prozent seines Jahres-



Input vor Output: Der Schriftsteller und Journalist Hunter S. Thompson in seiner Ranch bei Aspen in den Rocky Mountains am 12. Oktober 1990 – die Küche diente ihm auch als Büro. Er wurde berühmt für seine Reportagen über Rockbands und seinen eigenen Stil, den bewusst persönlichen «Gonzo-Journalismus».


IMPEACH REAGAN
TAXI

einkommens ausgeben – das war zwar viel, aber nicht unerschwinglich. Nicht jede und jeder musste sich ausserdem ein Abonnement leisten. Eine einzelne Ausgabe wurde von zahlreichen Personen gelesen, Zeitungen wurden öffentlich ausgehängt, und Nachrichten über aufsehenerregende Ereignisse wurden im Kaffeehaus, in der Schankstube oder der Kirche auch gern vorgelesen, was sie für nicht Lesekundige zugänglich machte. Die Inhalte verbreiteten sich mündlich weiter, so dass eine ältere «Versammlungskommunikation» mit der neuen publizistischen Öffentlichkeit Hand in Hand ging.

In diesem neuen Informationszeitalter entdeckten die Publizisten ihre Macht. Als die Engländer 1765 in ihren amerikanischen Kolonien eine Steuer auf Drucksachen erheben wollten, verstand man das dort als Angriff auf die Presse. Die Zeitungen druckten Leserbriefe und verweigerten die Zahlung, sie organisierten Versammlungen, mobilisierten die Bevölkerung und erreichten schliesslich die Rücknahme des Gesetzes. Als die Unabhängigkeitsbewegung zwanzig Jahre später ihren Höhepunkt erreichte, wurde die Debatte über die Artikel der amerikanischen Verfassung zu einem grossen Teil in den Zeitungen ausgetragen: 1787/88 erschienen in New Yorker Blättern jene 85 Beiträge, die heute als «Federalist Papers» bekannt sind. Sie stammten aus der Feder von Gründervätern der USA – zwischen Politik und Journalismus gab es keinen Unterschied. «Gerade wegen dieser zentralen Rolle der Presse wurde in Nordamerika frühzeitig die Pressefreiheit explizit gewährt», erklärt Frank Bösch. In der *Virginia Declaration of Rights* von 1776, die als Grundlage für die Verfassung der Vereinigten Staaten diente, hiess es, sie sei «eines der grossen Bollwerke der Freiheit». Die Verfassung von 1791 untersagte schliesslich jede gesetzliche Einschränkung der Pressefreiheit.

Im vorrevolutionären Frankreich spielten Pamphlete und Flugblätter die Hauptrolle in der neuen publizistischen Öffentlichkeit, doch mit Ausbruch der Revolution kamen auch hier zahlreiche neue Zeitungen auf den Markt. «Politische Tageblätter wurden nun ein Hauptvehikel der Staatsumwälzung», resümierte der Jurist und Historiker Joachim von Schwarzkopf in seinem 1795 erschienenen Werk *Über Zeitungen*. «Morgen-, Abend- und tägliche Blätter in Folio erschienen wie Erdschwämme im sumpfigen Boden.» Paris allein zähle jetzt 27 Journale und 41 Tagblätter, und täglich gingen 50 000 Exemplare aus der Hauptstadt in die Provinzen – damit sei der grassierende Papiermangel im Land zu erklären. Formal hätten sich die Zeitungsmacher zuerst an der englischen Presse orientiert, schon bald aber sei das Vorbild «an politischer Frechheit» übertroffen worden.

In der Eidgenossenschaft kam die Lockerung der Zensur von aussen: 1798 marschierten französische Truppen ein, besetzten einen grossen Teil des Territoriums der heutigen Schweiz und gründeten die Helvetische Republik. Frankreich verordnete den Kantonen ein Grundgesetz nach den Prinzipien der Rechtsgleichheit, der Volkssouveränität und der Gewaltentrennung. Die Untertanengebiete wurden unabhängig, die Bauern wurden von den Feudallasten befreit, die Zünfte abgeschafft, die letzten Reste der Leibeigenschaft beseitigt und die Bürger gleichgestellt – mit Ausnahme der Frauen, der Juden und der Armengenössigen. Artikel 7 der Verfassung des neuen Staatsgebildes garantierte die Pressefreiheit, worauf sich die Zahl der Zeitungen und Zeitschriften umgehend verdoppelte.

Nun bedeutet Pressefreiheit allerdings auch, dass jede und jeder damit die demokratischen Errungenschaften angreifen darf. Besonders ein Organ bereitete den Helvetischen Räten bald Kopfschmerzen: Ab April 1798 gab Karl Ludwig von Haller, ein ultrakonservativer Gegner der Ideale der Französischen Revolution, zweimal wöchentlich die *Helvetischen Annalen* heraus und feuerte aus allen Rohren auf die neue Ordnung. Das Blatt wurde bei Anhängern des Ancien Régime schnell beliebt. Von Haller pries die alte Herrschaft als Naturzustand und Ordnung Gottes. Statt des Rousseauschen Gesellschaftsvertrags solle wieder ein «Aggregat freier Privatverträge» herrschen, statt der Souveränität des Volks «die Souveränität desjenigen, der unabhängig ist, der Macht und Vermögen hat, es zu sein», statt anvertrauter Macht «eigene Macht

Bild S. 36/37: Paul Harris / Getty Images

und eigenes Recht», statt der Legitimierung von unten «der Gang von oben herab».

Bereits drei Monate nach der ersten Ausgabe protokollierte der Grosse Rat, eine der beiden Kammern des Parlaments, von Haller habe «mit seinem vielgelesenen Blatt in Helvetien schon ungeheuer viel geschadet». Einer drohenden Verhaftung entzog sich der Vordenker der reaktionären Konservativen durch Flucht nach Süddeutschland, später machte er Karriere in Wien. Die «Apostel der Pressefreiheit» hätten ihn genötigt, in nicht revolutionären Ländern die wahre Freiheit zu suchen, hielt er sarkastisch fest. Am 7. November 1798 führte die helvetische Regierung erneut eine Pressezensur ein, um derart staatsbedrohendem Schrifttum künftig vorzubeugen – was sich zur Zeit der Restauration, als man in Europa die politischen Folgen der Revolution weitgehend rückgängig machte und die alte Ordnung wiederherstellte, als probates Mittel erwies, um die Opposition zu unterdrücken.

Wo Autokraten an die Macht kommen, schalten sie in der Regel als Erstes die unangepasste Berichterstattung aus.

Im Zuge der liberalen Julirevolution von 1830 führten viele Kantone die Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit wieder ein, aber erst nach dem Sieg der Liberalen über die katholisch-konservativen Kantone im Sonderbundskrieg und der Gründung des Bundesstaats fielen die Einschränkungen definitiv weg. Die Bundesverfassung von 1848 hielt für die gesamte Schweiz verbindlich fest: «Die Pressefreiheit ist gewährleistet.» Wollte ein Kanton Bestimmungen gegen den Missbrauch dieser Pressefreiheit erlassen, mussten diese künftig vom Bundesrat genehmigt werden. Wer nicht gerade den Staat gefährdete, durfte nunmehr sagen und schreiben, was er wollte – zumindest bis zu den Weltkriegen, als wieder eine Zensur eingeführt wurde, und bis zu den rigiden Verhältnissen im Kalten Krieg, als man über unliebsame Journalisten Fichen anlegte und ihre Karrieren verhinderte.

Im 19. Jahrhundert begann das Zeitalter der Massenmedien. Der Bau von Eisenbahnen, die Dampfschifffahrt und die Telegrafie beschleunigten die Übermittlung. Die Erfindung einer Maschine zur Holzverschleifung um 1843 führte zur Massenfertigung von Papier; es wurde nun nicht mehr aus Lumpen (Hadern) produziert, sondern aus zermahlenen Bäumen – der Preis für den Rohstoff der Zeitungen implodierte. In der Schweiz kamen nach 1848 zahlreiche neue regionale Blätter auf den Markt, dazu eine umfangreiche Parteipresse. Jede politische Vereinigung hatte ihre Organe, über die sie um die Gunst der Leserschaft buhlte. Auch zielgruppenspezifische Publikationen kamen auf, 1879 etwa die erste kommerzielle Frauenzeitschrift der Schweiz, die *Schweizer Frauen-Zeitung*. Mit der zunehmenden Lesefähigkeit der Bevölkerung – 1874 wurde die allgemeine Schulpflicht durchgesetzt – wuchs auch die Abnehmerschaft. War nun das Gleichgewicht zwischen Staatsmacht und informierter Öffentlichkeit gewährt?

Tatsächlich ist die Pressefreiheit ein zuverlässiger Indikator für den politischen Zustand eines Landes: Wo Autokraten an die Macht kommen, wird in der Regel als Erstes die unangepasste Berichterstattung ausgeschaltet. So trat im nationalsozialistischen Deutschland 1934 das Schriftleitergesetz in Kraft, aus freien Redaktoren wurden Funktionäre im Dienst der ideologischen Propaganda, über den Nachwuchs wachte man in der neu gegründeten Reichspresseschule. Ziel war eine totale Kontrolle über die öffentliche Meinung. Zahlreiche Journalisten und Verleger verloren ihren Job, und nach dem Krieg musste eine freie Presse von den Amerikanern mühsam wiederaufgebaut werden.

Doch auch in Demokratien bleibt die Berichterstattung ein unberechenbares Gewerbe. Journalisten teilten das Schicksal, «einer festen

sozialen Klassifikation zu entbehren», konstatierte der Soziologe Max Weber 1919. Sie seien eine Art «Paria-Kaste», die von der Gesellschaft stets nach ihren «ethisch tiefstehenden Repräsentanten» eingeschätzt werde. Auf einen gesicherten Status ist also kein Verlass, ein paar schwarze Schafe können die ganze Zukunft in ein schlechtes Licht rücken.

Bereits in der Frühen Neuzeit galt zwar das Ethos der Unparteilichkeit. Viele Zeitungen bekannten sich explizit zu ihr. So kündigte etwa das *Wienerische Diarium* (die spätere *Wiener Zeitung*) in ihrer 1703 erschienenen ersten Ausgabe an, man werde in der Berichterstattung einen «Kern» der «merkwürdigsten, wahrhaftigsten und allerneuesten» Begebenheiten bieten, und zwar «ohne einigen oratorischen und poetischen Schminck, auch Vorurtheil, sondern der blossen Wahrheit der einkommenden Berichte gemäss».

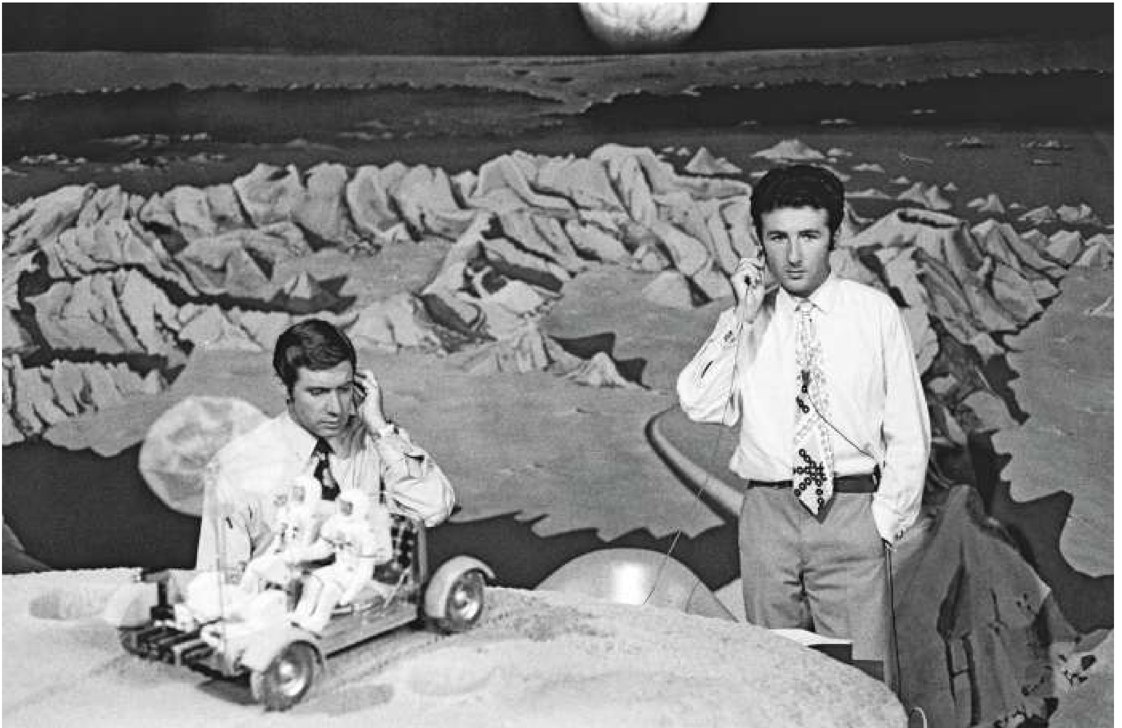
Doch wo hört die neutrale Berichterstattung auf, wo fängt der tendenziöse Kommentar an? Schlimmer noch: Wie erkennt man den Unterschied zwischen einer Lüge, die immerhin noch das gleiche Referenzsystem hat wie die Wahrheit und somit falsifiziert werden kann, von frei ersonnenem Schwurbel – von jenem «bullshit» also, über den der Philosoph Harry Frankfurt 1986 schrieb, er werde vom Publikum eher toleriert als die Lüge, sei aber für die Gesellschaft viel verheerender? Eine Garantie für Sachlichkeit und Korrektheit gibt es nicht, die Pressefreiheit schützt weder vor Dummheit noch vor politischer Instrumentalisierung. Die wichtigste Währung in diesem Gewerbe ist deshalb ein mündiges Publikum, das zu unterscheiden weiss zwischen einer Berichterstattung, die sich selbst hohe Standards auferlegt, die kritisch hinterfragt und nachvollziehbar einordnet, und jenen Organen, die vorwiegend Wasser auf die Befindlichkeitsmühlen ihrer Konsumenten giessen.

Mit den Massenmedien des 19. und 20. Jahrhunderts verbreitete sich beides: der seriöse und der unseriöse Journalismus. Wer mit Publizistik Geld verdienen will und sie nicht aus anderer Quelle querfinanziert, hat grosse Anreize, mit sensationsheischenden Inhalten Kasse zu machen. 1835 erschien in New York die erste Ausgabe des *New York Herald:* Das Ein-Cent-Blatt begründete die Regenbogenpresse und war zehn Jahre später bereits die profitabelste Tageszeitung der Vereinigten Staaten. Verleger James Gordon Bennett warb damit, für keine Partei zu sprechen. Der Zweck seiner Zeitung sei es nicht, zu belehren, sondern «zu überraschen und zu unterhalten» («to startle and amuse»). Für einen Scoop scheute Bennett keinen Aufwand. Er beschäftigte ein Netzwerk gutbezahlter Korrespondenten und organisierte gar eine Flotte von Reporterschiffen, die auf dem Atlantik kreuzten und Ozeandampfer aus Europa abfingen, damit der *New York Herald* europäische Nachrichten als Erster drucken konnte.

War das nun die vielgerühmte vierte Gewalt? Jürgen Habermas sprach der kommerzialisierten Presse die kritische Funktion weitgehend ab. Er diagnostizierte einen «Zerfall der bürgerlichen Öffentlichkeit», den er im ausgehenden 19. Jahrhundert beginnen sah – seither habe es nur noch Überbleibsel jener öffentlichen Sphäre gegeben, die sich in aufklärerisch-rationaler Weise selbst demokratisiert hatte. Heute scheint eine mediale Konsensverständigung schwieriger denn je. Dennoch sollte man sich die Sache nicht zu einfach machen. Bereits in der Vormoderne koexistierten Boulevardjournalismus, Propaganda und Intelligenzblätter nebeneinander, und auch damals waren die Konsumenten segregiert. Vor allem aber hat die durch Verleger wie James Gordon Bennett ausgelöste Dynamik des 19. Jahrhunderts, wie etwa der Historiker Jörg Requate argumentiert, nicht nur den Sensationsjournalismus der «Yellow Press» hervorgebracht, sondern auch die kritische, investigative Recherche.

Mit Reportagen und Erlebnisberichten aus Zonen, die bisher nicht zeitungsrelevant schienen, gingen im späten 19. Jahrhundert neue Erkenntniswelten auf. Wurde in der Frühen Neuzeit noch vornehmlich von fernen Kriegen berichtet, erfuhr man nun vom Elend nebenan. Eine Pionierin dieses investigativen Journalismus war Elizabeth Jane Cochran, besser bekannt als Nellie Bly. 1887 schlug sie der *New York World* vor, sich in ein Irrenhaus einliefern zu lassen.

Bilder: SRF; Eduardo Munoz / Reuters



Oben: Grosse Medienereignisse schaffen kollektive Erinnerungswelten. Die Raumfahrtexperten Charles Raedersdorf und Bruno Stanek berichten 1969 im Schweizer Fernsehen live von der Mondlandung.
Unten: Nachricht oder Werbung? Trump auf einer Reklametafel am Times Square in New York, 14. Oktober 2021.



Vor dem Spiegel übte sie das Irrsein und benahm sich in einer Pension schliesslich derart unmöglich, dass man sie abholen liess. Verschiedene Ärzte stuften sie als wahnsinnig ein, «a hopeless case». Sie kam ins Women's Lunatic Asylum auf Blackwell's Island. Dort angekommen, hörte sie umgehend auf, Theater zu spielen, und benahm sich völlig normal – indes, es war zu spät, jede ihrer Bewegungen und Äusserungen wurde nunmehr als Ausdruck ihrer Geisteskrankheit gedeutet. Sie bekam die ganze Brutalität ab, mit der man die Frauen traktierte: Fesselungen, verdorbenes Essen, Schikanen und Misshandlungen aller Art. Zehn Tage dauerte das Abenteuer, dann sorgte die *New York World* für ihre Befreiung. Bly berichtete der Leserschaft brühwarm von ihren

> Der Journalismus ist bis heute schwach organisiert. Es gibt kein klar definiertes Expertenwissen, keine vorgeschriebene Ausbildung.

Eindrücken und resümierte: «Was, abgesehen von Folter, würde den Wahnsinn schneller erzeugen als diese Behandlung?»

Erst im ausgehenden 19. Jahrhundert, das Habermas so pessimistisch sieht, wurde der Journalismus ausserdem zu einem Beruf, also zu einer Beschäftigung, die üblicherweise im Vollzeitpensum ausgeübt wurde. Bisher war er in der Regel eine Nebentätigkeit gewesen oder eine Etappe für junge Leute, bevor sie eine gesicherte Erwerbstätigkeit aufnahmen. So waren etwa zahlreiche Schriftsteller zwecks Nebenverdienst auch journalistisch tätig, besonders in Frankreich. Émile Zola beispielsweise schrieb seit 1865 für Zeitungen; berühmt geworden ist sein Beitrag «J'accuse» («Ich klage an»), mit dem er im Januar 1898 in der Tageszeitung *L'Aurore* die antisemitisch motivierte Verurteilung des jüdischen Hauptmanns Alfred Dreyfus anprangerte und damit eine Jahrhundertaffäre lostrat. Die wachsenden Medienhäuser waren indes auf fest angestelltes Personal angewiesen. Die *Neue Zürcher Zeitung* erschien ab 1869 in zwei, ab 1894 in drei Ausgaben täglich – das war mit ad hoc rekrutiertem Personal und freischaffenden Textlieferanten nicht mehr zu bewerkstelligen.

Verschiedentlich bemühte man sich nun, den Berufsstand zu professionalisieren. Walter Bissegger, ab 1888 Chefredaktor der NZZ, setzte sich für die Gründung eines Journalistischen Seminars an der Universität Zürich ein – er wollte sachkundige und verantwortungsbewusste Berufsleute heranziehen. Hatte die NZZ bisher hemmungslos gegen die demokratische Bewegung gewettert, war Bissegger, wie der Historiker Thomas Maissen festhält, um eine Diskussionskultur bemüht, die «im politischen Gegner nicht mehr gleich den Landesverräter sehen liess». Er näherte sich dem linken Flügel des Freisinns an, zwecks Bildung eines «grossen, fortschrittlichen Heerhaufens», und engagierte sich im 1883 gegründeten Schweizerischen Presseverband, der sich für publizistische Standards starkmachte. Trotz solchen Bemühungen hat die Zunft bis heute eine schwache Berufsorganisation. Es gibt kein klar definierbares Expertenwissen und keine vorgeschriebene Ausbildung, ja der Journalismus erscheint geradezu als Gegenteil einer Profession.

Darin lag in der Vergangenheit immer wieder ein Schlüssel zum Erfolg: Wer keine zementierte Struktur hat, kann sich eher neu erfinden. So lösten die Vertreter des «New Journalism», der in den 1960er Jahren in den USA aufkam, die Grenzen zwischen Literatur und Journalismus weitgehend auf und schrieben aus dezidiert subjektiver Perspektive über Politik, Popmusik und Subkultur. Hollywood zeichnete die Figur des Journalisten in der Folge als freigeistigen Kämpfer für die Wahrheit – heroischer wurde das Bild nicht mehr, männlicher auch nicht. Auch neue Medien wie Radio, Fernsehen und schliesslich digitale Plattformen, Videos und Podcasts schufen Raum für Experimente und erreichten ein

neues Publikum. So startete der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt 1933 eine Serie von abendlichen Ansprachen ans amerikanische Volk – das Radio war damals noch jung, aber in der breiten Bevölkerung angekommen. Die bis 1944 ausgestrahlten *Fireside Chats* brachten die Stimme des Präsidenten in die Wohnzimmer von Millionen Amerikanern und schufen in Zeiten der Verunsicherung, der wirtschaftlichen Krise und des Weltkriegs eine Atmosphäre der Vertrautheit und Glaubwürdigkeit.

Die schwache Institutionalisierung als «vierte Gewalt» und die weitgehende Selbstorganisation der Branche führen in Krisenzeiten aber auch zu Friktionen. Mit staatsmännischem Auftreten und hochgekrempelten Ärmeln allein kommt man heute nicht mehr weit. Die Anzeigen, die im 19. Jahrhundert zur sprudelnden Einnahmequelle wurden, gehen markant zurück, die digitale Transformation schafft Verlierer, und die Bindung des Publikums an eine Marke lässt nach. Der damit entstandene Spardruck ist Gift für die Kreativität und die Vielfalt. Durch horizontale Integration entstehen kartellartige Unternehmensstrukturen, die Produktion wird normiert, der Output standardisiert. Man sucht den eingängigen Slogan, die kurzfristige Aufregung. Davor warnte bereits Egon Erwin Kisch: Gerade weil Journalistinnen und Journalisten zu bestimmten Massen sprechen, bestehe die Gefahr der «Formerstarrung». Um das zu verhindern, müsse man sich immer wieder «neues Werkzeug beschaffen oder wenigstens das alte neu schleifen».

Die längste Zeit war die offizielle Zensur die grösste Herausforderung für die freie Meinungsbildung. Heute, so scheint es, zensurieren sich die Medienmacher und die Medienkonsumenten zunehmend selbst. Die einen fürchten, mit nicht mainstreamfähigen Inhalten die nötigen Einschaltquoten zu verpassen; die anderen üben sich, was den seriösen Journalismus anbelangt, in misstrauischer Abstinenz oder stellen Unliebsames öffentlich an den Pranger. Dagegen hilft voraussichtlich nur eines: weiterschreiben. |G|

Lea Haller ist Redaktionsleiterin von *NZZ Geschichte*. lea.haller@nzz.ch



Weiterführende Literatur

Frank Bösch: Mediengeschichte. Vom asiatischen Buchdruck zum Computer. Zweite, aktualisierte Auflage. Frankfurt am Main 2019.

Asa Briggs und Peter Burke: A Social History of the Media. From Gutenberg to the Internet. Cambridge, UK, 2009.

Robert Darnton: Literaten im Untergrund. Lesen, Schreiben und Publizieren im vorrevolutionären Frankreich. München 1985.

Werner Faulstich: Medienwandel im Industrie- und Massenzeitalter (1830–1900). Göttingen 2004.

Norbert Frei und Johannes Schmitz: Journalismus im Dritten Reich. München 1989.

Raphael Gross, Melanie Lyon und Harald Welzer (Hg.): Von Luther zu Twitter. Medien und politische Öffentlichkeit. Frankfurt am Main 2020.

Georg Kreis: Zensur und Selbstzensur. Die schweizerische Pressepolitik im Zweiten Weltkrieg. Frauenfeld 1973.

Thomas Maissen: Die Geschichte der NZZ, 1780–2005. Zürich 2005.

Jörg Requate: Journalismus als Beruf. Entstehung und Entwicklung des Journalistenberufs im 19. Jahrhundert. Göttingen 1995.

Rudolf Schlögl: Anwesende und Abwesende. Grundriss für eine Gesellschaftsgeschichte der Frühen Neuzeit. Göttingen 2014.

Philomen Schönhagen und Mike Meissner: Kommunikations- und Mediengeschichte. Von Versammlungen bis zu den digitalen Medien. Köln 2021.

Michelle Elizabeth Tusan: Woman Making the News. Gender and Journalism in Modern Britain. Urbana, Illinois, 2005.

Wolf-Rüdiger Wagner: Die Entstehung der Mediengesellschaft. 100 Mediengeschichten aus dem 19. Jahrhundert. Bielefeld 2022.

Andreas Würgler: Medien in der Frühen Neuzeit. München 2009.

Jürgen Wilke: Grundzüge der Medien- und Kommunikationsgeschichte, von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert. Köln 2000.

Abſchilterung eines ſehr groſ





Von Kometen und wilden Tieren

Kalender waren die ersten Massenmedien der Schweiz. Ein Appenzeller Unternehmer informierte die Leser über Himmelsphänomene und Kuriositäten aus aller Welt.

Von Nathalie Büsser

Das «grosse Thier» aus «Asia» könne mit seinem Horn die Erde schneller umgraben als ein Bauer mit dem Pflug, berichtete der Kalendermacher Mathias Sturzenegger im *Appenzeller Kalender* von 1771. Von ihm stammt auch der Holzschnitt des Rhinozeros, wie an seinen Initialen rechts unten zu erkennen ist.

Kaum eine Stube, wo nicht wenigstens ein Heft herumlag. Selbst in Häusern, in denen man sonst wenig oder gar nichts las. Weber, Sticker, Fädlerinnen, Handwerker, Fabrikarbeiterinnen, Bauersleute, Junge und Alte, Frauen und Männer – schlicht alle ohne höhere Schulbildung im Appenzellerland besassen mindestens einen, nicht selten auch mehrere der jährlich erscheinenden Kalenderhefte.

Das hatte die Umfrage des reformierten Pfarrers August Steiger ergeben. Neunzig Fragebogen hatte er verschickt, fast alle waren zurückgekommen. Im August 1885 präsentierte er den Mitgliedern der Appenzellischen Gemeinnützigen Gesellschaft in Schwellbrunn seine Ergebnisse unter dem Titel «Was unser Volk liest». Die illustrierten Zeitschriften «mit ihren hübschen Bildern und schönen Geschichten» würden in den Bibliotheken am meisten verlangt. Obenauf schwinge aber der Kalender. Eine «hochwichtige Volksschrift», so Steiger, und zwar «wegen seiner ganz enormen Verbreitung».

Solche Volkskalender, wie sie ihrer einstigen Popularität bei den Unterschichten wegen meist bezeichnet werden, waren europaweit das erste gedruckte und regelmässig erscheinende Massenmedium der Neuzeit. Kaum war der Buchdruck mit beweglichen Lettern erfunden, erschienen Kalender als Einblattdrucke zum Aufhängen an einer Wand. Um 1500 kamen Jahreskalender in Form kleiner Hefte auf, die reissenden Absatz fanden. Mit der Zeiteinteilung (Kalendarium), Angaben zu Feiertagen, Marktterminen, Postkursen sowie Platz für eigene Notizen waren sie ein umfassendes und zugleich auf das Wesentliche reduziertes Planungsinstrument.

Das Kalendarium im typischen Rot-Schwarz-Druck enthielt auf kleinstem Raum zudem umfangreiches astronomisches und astrologisches Wissen. Viele Leserinnen und Leser organisierten ihren Alltag nach den astrologischen Konstellationen, vor allem dem Lauf des Mondes durch die Tierkreiszeichen, und beachteten die daraus abgeleiteten Empfehlungen, an welchen Tagen bestimmte Tätigkeiten wie Haareschneiden, Holzfällen, Säen oder Aderlass am besten zu verrichten waren.

Im Lauf des 16. Jahrhunderts wurde den Kalendern zusätzlich eine «Practic» beigebunden. Diese Prognostiken diskutierten Planetenkonstellationen, aus denen die Kalenderautoren eine Vorschau auf die erwartete Witterung, auf Ernten, Teuerungen, Epidemien, Kriege und Katastrophen herleiteten.

Ebenfalls noch im 16. Jahrhundert ergänzten erste Kalendermacher ihr Heft mit einem dritten, unterhaltenden Teil, der weder astronomischer noch astrologischer Art war. Anfangs gab es kurze «Historien» zu lesen – «wahre» Geschichten. Später kamen Nachrichten aus aller Welt, Rätsel, Sprüche, Bilder und praktische Ratschläge für den Alltag dazu. Seit dem 18. Jahrhundert nahmen diese unterhaltenden Beiträge immer mehr Raum ein, oft füllten sie mehr als die Hälfte eines Hefts.

> Die Kalendermacher ergänzten ihre Hefte mit Geschichten, Nachrichten, Rätseln, Sprüchen und praktischen Ratschlägen.

Die enorme Beliebtheit der Kalender hatte nicht nur mit dem hohen alltagspraktischen Gebrauchswert, sondern auch mit ihrem Preis zu tun. Kalender waren für wenig Vermögende erschwinglich. Anders als Bücher wurden die Hefte kostengünstig produziert. Das aus alten Lumpen hergestellte Papier war dick und grob, der Druck oft schief auf die Bögen gebracht, der Farbauftrag ungleichmässig.

Als Pfarrer Steiger 1885 vom Kalender als populärem Massenmedium sprach, meinte er vor allem einen: den *Appenzeller Kalender*. Dessen Verbreitung war in der Tat enorm. 1885 sollen allein in Ausser- und Innerrhoden 17 500 Exemplare abgesetzt worden sein; die jährliche Gesamt-

Bilder S. 44/45 und S. 47: Kantonsbibliothek Appenzell Ausserrhoden, Trogen

Alter und Neuer

Schreib-Calender/

Auf das
Jahr nach der Gnadenreichen Geburt unsers
HErrn und Heylandes JEsu Christi

M. DCC. XXIII.

In welchem neben der richtigen Fest-Rechnung/ die Finsternussen/ Aspecten/ Planeten und Fix-Sternen Auff- und Untergang/ muthmaßliche Witterung und andere nothwendige Stücke des Calenders mit Historien gefüllt/ und an das Tagliecht gegeben durch

Johannes Tobler/ diser Wissenschafft beflissener.



St. Gallen zu finden bey Bartholomæ Einhorn/ Buchb.

Die Titelseite des Appenzeller *Schreib-Calenders* für das Jahr 1723 stellt den Kalendermacher Johannes Tobler in den Mittelpunkt: als fleissigen Wissenschafter am Schreibpult. Auf der Ausgabe 1722 trug er noch eine Perücke wie die Oberschicht; hier hat er eine Zipfelmütze auf, die Kopfbedeckung der Landbevölkerung.

auflage betrug sagenhafte 87 000 Exemplare. Der *Appenzeller Kalender* verkaufte sich also weit über die Kantonsgrenzen hinaus. Schon im Jahr 1830 war die Auflage mit 50 000 Stück sehr hoch gewesen. Dies in einer Zeit, da eine richtiggehende Kalenderschwemme den Markt flutete und bereits einige tausend Exemplare Auflage als Erfolg galten.

Bis 1910 stieg die Auflage trotz starker Konkurrenz durch die florierenden, im 19. Jahrhundert aufgekommenen illustrierten Zeitschriften und andere Kalender gar auf 80 000 Exemplare. Kein anderer Schweizer Kalender, nicht einmal der erfolgreiche Berner *Hinkende Bot,* erreichte solche Absatzzahlen. Und kein anderer Kalender erscheint seit über dreihundert Jahren bis heute ununterbrochen – derzeit noch mit einer Auflage von 15 000 Exemplaren. Im Appenzellerland selbst war der Kalender das erste regelmässig erscheinende Presseerzeugnis. Das *St. Galler Tagblatt,* die früheste Zeitung in der Ostschweiz, erschien erstmals 1839.

Wie kommt es, dass eine Region, die gemeinhin weder ökonomisch noch kulturell oder politisch zu den einflussreichen in der Eidgenossenschaft gezählt wird, den bekanntesten und meistverkauften Kalender der Schweiz hervorgebracht hat? Ein Periodikum zudem, das früher als alle deutschsprachigen Zeitungen Abbildungen enthielt und heute zu den bedeutendsten Bildkalendern zählt?

Die Geschichte beginnt im nahen Ausland. In Johann Christoph Eggs Druckerei in Lindau, auf der deutschen Seite des Bodensees, stapelten sich im Herbst 1721 die fertig zusammengenähten Hefte des *Alten und Neuen Schreib-Calenders* für das Jahr 1722, wie der *Appenzeller Kalender* damals hiess (er änderte seinen Namen bis 1838 noch mehrfach). Verfasst hatte ihn Johannes Tobler, Bürger von Rehetobel im benachbarten Appenzell Ausserrhoden. Dort gab es, von der Regierung gewollt, zwar keine einzige Druckerei – aber dennoch «keinen Mangel an Kalendern», wie der 25-jährige Tobler in seinem an die «hochgeachtete, hochwohledle» Obrigkeit adressierten Vorwort erklärte. Die astronomischen Berechnungen der anderen Kalender-«Authores» seien allerdings fehlerhaft und unzuverlässig. Etliche hätten für das Jahr 1721 nur eine Finsternis vorhergesagt, tatsächlich habe es aber sechs gegeben, drei Mond- und drei Sonnenfinsternisse. Deshalb habe er mit «viel Mühe und Arbeit» diesen Kalender geschaffen.

In seinem Vorwort verschweigt Tobler mehr, als er preisgibt. Er gibt sich bescheiden und gottesfürchtig. Woher er das Kapital hatte, um das teure Material und den Druck vorzufinanzieren, verrät er nicht. Dass er nur die Rehetobler Dorfschule besucht und sich das Berechnen astronomischer Konstellationen selbst beigebracht habe – man mag es ihm nach einem Blick in Maria Cunitz' fast dreihundertseitige Sammlung von Planetentafeln schwerlich glauben. Wie viele andere Kalenderautoren hatte auch Johannes Tobler die Grunddaten von Cunitz, einer der bedeutendsten Astronominnen der Frühen Neuzeit, verwendet, um die Position der Gestirne für einen bestimmten geografischen Punkt zu bestimmen. Cunitz hatte die Position beweglicher Himmelsobjekte Jahrzehnte vorausberechnet und 1650 in einem Buch mit dem Titel *Urania Propitia Sive Tabulae Astronomicae* publiziert.

> Himmelsphänomene wie Finsternisse oder Kometen waren den Menschen unheimlich. Die Kalender sagten sie voraus.

Tobler war 1721 ein unbeschriebenes Blatt. Er stammte aus einer Familie, die nicht zur lokalen Elite gehörte. Das sollte sich mit dem Kalender ändern. Denn wer die Zeit ordnet, hat Macht. Und wer den Menschen den Kosmos erklärt und das Geschehen am Himmel exakt vorhersagt, erst recht. Das war Toblers Anspruch. Darum handelt sein Vorwort vor allem von den Finsternissen für

das Jahr 1722, die er über mehrere Zeilen hinweg minuziös erläutert. Auf dem Titelblatt nennt er sich einen «Liebhaber der Wissenschafften» und inszeniert sich als Gelehrten mit wallender Perücke, der am Schreibpult arbeitet. Ihm gegenüber eine Orgel – damals beim Appenzeller Bürgertum das beliebteste Instrument für das häusliche Musizieren.

Was am Himmel passiert, so die damalige Vorstellung, beeinflusst unmittelbar das Leben auf der Erde. Die vormodernen Menschen fürchteten sich vor ungewöhnlichen Himmelsphänomenen wie Finsternissen oder Kometen, die man als Jüngstes Gericht und Vorboten des nahenden Weltuntergangs deutete. Das Bedürfnis, solche Naturereignisse genau vorherzusehen, war entsprechend gross. So hatte die Vorhersage der Ereignisse am Himmel, der Bewegungen von Sonne, Mond und Sternen, in den Kalenderheften einen grossen Stellenwert.

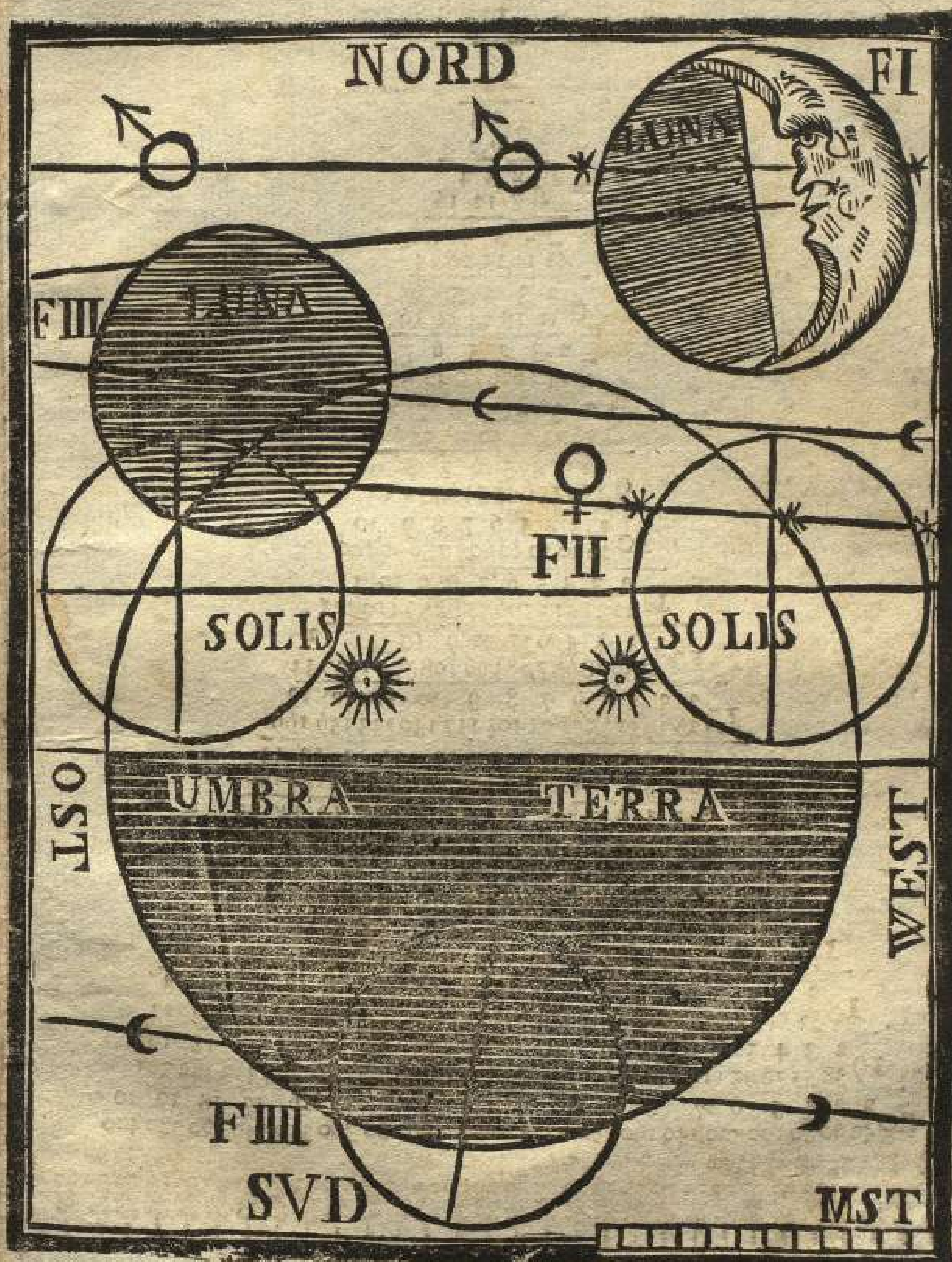
In ganz Europa wetteiferten Mathematiker und Astronominnen um möglichst präzise Vorhersagen von Finsternissen und Erscheinungen von Kometen. Um ihre Ergebnisse zu veröffentlichen, nutzten sie – ähnlich heutigen wissenschaftlichen Journals – unter anderem Kalender. Noch im 18. Jahrhundert allerdings war es nicht möglich, wirklich zuverlässige Prognosen zu erstellen. Auch Johannes Toblers Vorhersagen lagen bis zu mehrere Tage daneben.

Sein Kalender rentierte trotzdem. Und auch die Macht kam: Ab 1723 war Tobler bis in die Ausserrhoder Landesregierung aufgestiegen, bevor er 1733/34 im Zuge des Landhandels all seine Ämter verlor. In diesem Konflikt standen sich die Parteien der «Harten» und der «Linden» gegenüber. Tobler gehörte den Linden an, die die Regierung dominierten. Der Streit drehte sich vor allem um verfassungspolitische Fragen, um die Rechte und Pflichten von Obrigkeit und Volk. An einer ausserordentlichen Landsgemeinde stürzten die Harten ihre Gegner. Tobler drangsalierten sie darauf mit Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmungen, Zensur und hohen Steuern, was sein Kalenderunternehmen ernsthaft bedrohte. 1736 wanderte er in die nordamerikanischen Kolonien aus, wo er sich im britischen Carolina als Plantagenbesitzer und Unternehmer betätigte. Daneben lancierte er den ersten Kalender der Südstaaten: den erfolgreichen, ab 1752 erscheinenden *South-Carolina Almanack*.

Bis 1754 war Johannes Tobler weiterhin an der Redaktion des *Appenzeller Kalenders* beteiligt. Ein Freund, der Pfarrer und Chronist Gabriel Walser, wirkte als Verleger, bis ihn 1745 der Trogener Landwirt und Web- und Stickereifabrikant Ulrich Sturzenegger ablöste. Die Hintergründe der Übernahme liegen im Dunkeln. Sie steht aber am Anfang einer weiteren Erfolgsgeschichte, denn vier Sturzenegger-Generationen machten das Heft zum schweizweit auflagenstärksten Kalender. Die bewährten astronomischen Informationen und die astrologischen Prophezeiungen boten sie weiterhin an und bauten zugleich den unterhaltenden Teil mit den «Merkwürdigkeiten» massiv aus. Ihre Nachrichten aus aller Welt und ausnehmend viele Bilder, versehen mit reisserischen Titeln, wurden zum Markenzeichen des *Appenzeller Kalenders*.

Kalender, und nicht etwa Zeitungen, waren im 18. Jahrhundert die dominierenden Nachrichten- und Unterhaltungsmedien. Die damals längst etablierten Zeitungen waren die Printmedien der gebildeten Schichten. Sie erschienen mehrmals wöchentlich, jedoch lange noch ohne Abbildungen. Das dürfte dem hohen Aktualitätsdruck geschuldet gewesen sein. Bilder anzufertigen, kostete Zeit. Mit der nüchternen Gestaltung ihrer Blätter wollten sich die Zeitungsmacher womöglich auch von den volkstümlichen, üppig verzierten und illustrierten Informationsperiodika abheben. Ihr Zielpublikum war ein anderes. Zwar hatten auch Zeitungsleserinnen und -leser einen Kalender zu Hause, aber die breite Bevölkerung hatte umgekehrt keine Zeitung abonniert.

Es waren die Kalender, die als erste regelmässig erscheinende Druckmedien Nachrichten bebilderten: der *Basler Hinkende Bote* bereits um 1698, der Zürcher *Jährliche Hausrath* seit 1716 und der Berner *Hinkende Bot* seit 1718. Der *Appenzeller Kalender* dagegen blieb, abgesehen von Titelblatt, Aderlassmännchen – einer medizinisch-astrologischen Darstellung zur korrekten Blutentnahme – und wenigen ornamentalen



In der Vormoderne fürchteten sich die Menschen vor Finsternissen. Die Kalender warben damit, sie vorherzusagen. Für 1769 notierte der Kalendermacher Mathias Sturzenegger drei spezielle Konstellationen: die «Bedeckung» von Mars (Figur I) und Venus (F II) sowie eine «sichtbare Sonnenfinsterniss» (F III).



Abschilderung des betriegerischen Türken mit seinem grossen Hahn.

Lezten Herbstmonat 1777. kam ein betriegerischer Türke, seinem vorgeben nach aus Arabia, der asiatischen Türkey, mit einem wunder grossen Hahn, zu Warschau



Das in der Luft segelnde Schiff.

Schon die alten haben wie gedacht Versuche mit Luftkugeln gemacht; wie aus obiger Vorstellung zu sehen, und scheinet diese Versuche seyen nicht wenig Anlaß zu den heutigen üblichen aerostatischen Luftkugeln gewesen zu seyn.



Abschilderung der auf vorhergehendem Blat beschriebenen wunder grossen Tabackspfeife.

I. Der grosse Pfeifenkopf. II. Der Präsident so an der Hauptröhre dieser Pfeife ist, und den andern Befehle ertheilt. III. Die sämtlichen Mitglieder der Gesellschaft. IIII. Der grosse Tabackstock. V. Der sogenannte Tabackschneider. VI. Das grosse Trinkglas welches 4. Maaß Bier in sich hält.

Noch bevor Zeitungen Bilder abdruckten, illustrierten die Macher des *Appenzeller Kalenders* ihr Heft mit Holzschnitten. Zu sehen war Kurioses und Schauderhaftes: etwa ein «betriegerischer Türke mit seinem grossen Hahn» (1779), ein «in der Luft segelndes Schiff» (1785) oder die «wunder grosse Tabackspfeife» (1778).

Schmuckelementen, bis 1764 eine Bleiwüste. Selbst über Grossereignisse wie das Erdbeben von Lissabon im Jahr 1755, das andere Kalender spektakulär visualisierten, berichtete der Kalendermann Ulrich Sturzenegger nur mit Text.

Erst das 1764er-Heft erschien mit zwölf Monatsbildern im Kalendarium. Sie stellten landwirtschaftliche Tätigkeiten und die Sternzeichen dar. Im Unterhaltungsteil mit dem Titel «Merckwürdige Begebenheiten dieser Zeiten» erzählt zudem ein doppelseitiger Holzschnitt vom Friedensschluss nach dem Siebenjährigen Krieg. Was Sturzenegger bewogen hatte, sein Heft fortan zu bebildern, ist unklar. War es die Konkurrenz in Urnäsch, wo Johannes Bodenmann 1764 einen eigenen *Appenzeller Kalender* herausgab? Oder war es tatsächlich der Bilderhunger der ländlichen Bevölkerung, wie der Verleger seinen «hochgeneigten Lesern» in der Ausgabe für das Jahr 1765 mitteilte? Seit Jahren hätten viele begehrt, «ich sollte diesen Calender noch mit etlichen Blättern und unterschiedlichen Holz-Stichen vergrössern».

Der *Appenzeller Kalender* begann also spät zu illustrieren, dafür aber regelmässig und ausgiebig. Pro Heft wurden sechs bis neun Holzschnitte eingesetzt – deutlich mehr als in jedem anderen Schweizer Kalender. Hinzu kamen Zierelemente, die strukturierten, Lücken füllten und Textblöcke voneinander absetzten.

Ausgehend von ihrem Kalender, bauten die Sturzeneggers in Trogen ein blühendes Medienunternehmen auf. Ihre eigenen Schreibkalender mit handschriftlichen Notizen sind erhalten geblieben, und so wissen wir einiges über ihren Alltag und die Kalenderproduktion. Ulrich Sturzenegger diversifizierte entgegen dem damaligen Trend den Produktionsprozess nicht, sondern konzentrierte ihn vielmehr: Bald war er Herausgeber, Verleger und Drucker in einem. Er berechnete das Kalendarium, besorgte die Textredaktion und richtete 1766 in seinem Haus eine eigene Druckerei ein – die erste in Ausserrhoden –, womit er das volle finanzielle Risiko trug.

Mit der eigenen Druckerei wuchs die Bedeutung des Bildes im Kalender. Sturzenegger baute nicht nur stetig mehr Bilder ein, sondern platzierte sie auch vor dem dazugehörigen Beitrag und versah sie mit einem eigenen Titel. Das war unüblich. In den meisten anderen Kalendern folgte das Bild erst nach dem Text. Genauso unüblich war es, einen Holzschnitt nur für einen einzigen Beitrag zu verwenden und danach wegzulegen. Die meisten Kalender setzten die Druckstöcke mehrmals ein oder gaben sie weiter.

Der starke Fokus auf das Bild dürfte mit der in Ausserrhoden beheimateten Textilproduktion zusammenhängen. Der Halbkanton gehörte zu den Regionen Europas mit der am stärksten ausgebildeten Protoindustrie. Ulrich Sturzenegger produzierte selbst Baumwollgarn und beschäftigte als Fabrikant Weber und Stickerinnen in Heimarbeit. Sein Sohn Mathias entwarf Muster für Stickereien, schnitzte die Model (Holzdruckstöcke) und bedruckte damit Mousseline – feine Baumwollstoffe, welche die Stickerinnen anschliessend zu Luxuswaren verarbeiteten. Ab 1769 stellten Mathias und sein Bruder Jacob die Zeichnungen und Druckstöcke für den Kalender ihres Vaters her. Als Textautoren blieben sie anonym, ihre Holzschnitte aber signierten sie. Nun lag der gesamte Produktionsprozess in der Hand der Familie.

> Mit der Gründung des Bundesstaats schwanden die «Weltgeschichten». Die Kalender behandelten nun heimatliche Stoffe.

Die Sturzeneggers brachten ihren Leserinnen und Lesern die weite Welt in die niedrigen Holzstuben. Die Auslandberichterstattung ihres Kalenders war bis ins 19. Jahrhundert dominant, jene über das Inland verschwindend klein. Das war zu einem gewissen Teil der rigorosen obrigkeitlichen Zensur geschuldet.

Illustration: Agata Marszalek

Weitaus wichtiger aber war der Reiz des Absonderlichen, Schauderhaften und Fremden. Die Macher des *Appenzeller Kalenders* bewirtschafteten die Sensationsgier ihrer Kundschaft meisterhaft. Unter reisserischen Titeln berichteten sie über Kurioses, Monströses und Exotisches: Bartfrauen, Armlose, Waldteufel, Riesen, bestialische Tiere, Zwerge, fliegende Luftpferde, siamesische Zwillinge, exotische Tiere und Völker, fremde Fürsten, Katastrophen, Unglücksfälle, Verbrechen und Schandtaten bis hin zu technischen Erfindungen wie dem Blitzableiter.

Das meiste von alledem kannten die Kalendermacher nicht aus eigener Anschauung, sie hatten auch kein Korrespondentennetz. Sie zeichneten und schrieben ab. Ihre Vorlagen fanden sie in nächster Nähe: in St. Gallen, wo Ulrich im Oktober 1777 «auf der Stadtbibliothek und im Naturalien Capinet» war. Im Februar 1774 kaufte er dem Pfarrer in Speicher die Zeitungen des vergangenen Jahres ab, woraus er den «Auszug der neuesten Staats und Welt-Geschichte» verfasste. In Trogen und St. Gallen, das verraten die Tagebuchnotizen, sahen die Sturzeneggers aber auch Schausteller und Wanderartisten: beispielsweise «einen Zwerge mit Nammen Joseph Wurm vom Haigerloch im Wirttenbergischen. Er war nur 2½ Schuhe hoch.» Sie beobachteten die aufkommenden Luftballone, worauf Mathias im April 1784 selbst einen «Ballong in die Luft stigen» liess, der «hernach aber wider gesunken». Und im September 1788 verfolgten sie die Hinrichtung des «Weibs Mörders Johannes Züst».

Als rund um die Gründung des schweizerischen Bundesstaats 1848 das Nationalbewusstsein stieg, schwand die Zahl der «neuesten Weltgeschichten», mit denen die Sturzeneggers einst auf der Titelseite ihres Hefts geworben hatten. Die Kalendertexte wurden länger und behandelten nun vorwiegend heimatlich-ländliche Stoffe. Mit wilden Titeln, starken Bildern und voyeuristischer Lust war Schluss. Dennoch hing die «Zeitung von gestern», wie die Kalender der mangelnden Aktualität ihrer Nachrichten halber auch genannt wurden, noch jahrzehntelang an praktisch jeder Stubenwand des Appenzellerlandes und weit darüber hinaus.

Der *Appenzeller Kalender* sei eine «hochwichtige Volksschrift», hatte Pfarrer August Steiger 1885 konstatiert. Er war indes nicht nur fürs «Volk» wichtig, auch Angehörige der Oberschicht interessierte, was am Himmel passiert. Manch einer dürfte dabei nicht nur zum Planen seiner Geschäfte im Kalendarium geblättert, sondern auch hinten im Boulevardteil die eine und andere sensationsheischende «Merkwürdigkeit» verschlungen haben. |G|



Nathalie Büsser, Jahrgang 1971, ist Historikerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Historischen Seminar der Universität Zürich und Kuratorin am Brauchtumsmuseum Urnäsch. Im Appenzeller Volkskundemuseum Stein hat sie die Ausstellungen «Appenzell in Afghanistan» und «Himmel und Erde – 300 Jahre Appenzeller Kalender» kuratiert. Sie ist Mitherausgeberin der Bücher *Universum Kleinstadt* (Chronos 2018) und *Transnationale Geschichte der Schweiz* (Chronos 2020).



Weiterführende Literatur

Ursula Brunold-Bigler: «Den ersten hinkenden Bott neue Zeit herausgegeben» oder die Tagebuchnotizen einer Appenzeller Kalendermacherfamilie (1771–1819), in: Schweizerisches Archiv für Volkskunde 79 (1983), Nr. 1–2, S. 63–84.

Klaus-Dieter Herbst (Hg.): Astronomie und Volksaufklärung. Der Schreibkalender der Frühen Neuzeit mit seinen Text- und Bildbeigaben. Bremen 2012.

Alfred Messerli: Populäre Lesestoffe im 18. und 19. Jahrhundert, in: St. Gallen. Geschichte einer literarischen Kultur, Bd. 1. St. Gallen 1999, S. 471–498.

Walter Schläpfer: Pressegeschichte des Kantons Appenzell Ausserrhoden. Herisau 1978.

Teresa Tschui: Wie solche Figur zeiget. Der schweizerische Volkskalender als Bildmedium vom 17. bis zum 19. Jahrhundert. 2009 Bremen.

Norbert R. Wernicke: «... kurz, was sich in den Kalender schikt.» Literarische Texte in Schweizer Volkskalendern von 1508 bis 1848. Eine Bestandsaufnahme. Bremen 2011.

Neue Medien, neue Wahrheiten

Der Buchdruck, ums Jahr 1450 erfunden, war mehr als nur ein neues Handwerk. Er brachte eine andere Art von Öffentlichkeit, entfesselte Kämpfe um wahr und falsch und liess Obrigkeiten wanken. Das veränderte die Gesellschaft mindestens so tief wie die Digitalisierung heute.

Von Thomas Kaufmann

Einwände gegen historische Vergleiche stellen sich reflexartig ein. Jede Zeit ist irgendwie anders als eine andere, man weiss es aus der eigenen Lebensgeschichte – undenkbar heute, wie leicht noch in den 1970er und 1980er Jahren das N-Wort über die eigenen und die Lippen der Lehrer kam! Je mehr wir über eine Epoche wissen, desto unvergleichbarer erscheint sie.

Diese kurze Warnung muss hier genügen. Denn Phänomene der Gegenwart in einen breiteren Horizont zu stellen und beispielsweise Vorformen von «Globalisierung» bereits im Paläolithikum, im Mittelalter oder in der Frühen Neuzeit aufzuspüren, hat doch auch den Reiz, gegebenenfalls Beobachtungen zu machen, die helfen, uns selbst in unserer Zeit besser zu verstehen.

Auch den Medienwandel an der Schwelle zur europäischen Frühen Neuzeit zu vergleichen mit dem digitalen Zeitalter, kann sich lohnen. Gewiss: Der typografische Medienwandel – der Buchdruck mit beweglichen Metalllettern – erreichte ungleich weniger Menschen, als das für die Nutzung digitaler Medien unserer Tage gilt. Ganz zu schweigen von den Möglichkeiten des totalen und globalen Ausspionierens, den weltweiten Verwicklungen infolge von Datendiebstahl, dem Wirkungsradius sekundenschnell verbreiteter Viren, Lügen oder Verunsicherungen. Und doch ähneln sich einige gesellschaftliche und kulturelle Folgen damals und heute.

Innerhalb von zwei bis drei Generationen veränderte der Buchdruck die europäischen Gesellschaften in sämtlichen Ständen. Die um 1450 vom Mainzer Tüftler Johannes Gensfleisch, genannt Gutenberg, erfundene «schwarze Kunst» setzte im Lauf der folgenden Jahrzehnte Potenziale frei, die anfangs unabsehbar waren. Dabei nahm die neue Technologie Elemente und Instrumente auf, die bereits existierten: das Papier (im 14. Jahrhundert in Europa eingeführt), die Presse (aus dem Weinanbau bekannt), Guss- und Gravurtechniken (in der Metallverarbeitung und der Goldschmiedekunst entwickelt). Ausser der ingeniösen Kombination dieser Elemente war Gutenbergs ureigene Erfindung ein Handgerät, das es erlaubte, gleichförmige, seitenverkehrte Metalllettern herzustellen. Diese konnte man in einzelnen Reihen zu ganzen Seiten setzen, auf Bögen spannen und unter einer Handpresse auf einen Bogen Pergament oder Papier drucken. Das Ziel war, denselben Text in einem Bruchteil der Zeit, die für das Abschreiben benötigt wurde, in beliebiger Menge zu reproduzieren. Dadurch sank der Preis eines gedruckten gegenüber einem handgeschriebenen Text. Zugleich erhöhte sich die Geschwindigkeit der Verbreitung.

Neben den beweglichen Metalllettern des lateinischen Alphabets, deren Kombination immer neue Wörter und Texte ergab, wurden schon rasch nach Gutenbergs Anfängen auch die Holzschnitte verwendet, die um 1400 in Europa aufgekommen waren. Der Medienwandel durch den Buchdruck bedeutete also nicht allein eine grundlegende Veränderung der Reproduktion und Präsentation von Texten, sondern auch eine sprunghafte Vermehrung von Bildern. Insofern machten die Wirkungen des Buchdrucks nicht einfach bei den Lesekundigen halt. Zudem war es damals üblich, Texte laut zu lesen. Lesen konnten zumeist nur die Städter und unter ihnen, bei optimistischen Schätzungen, für die Zeit um 1500 etwa ein Drittel der Einwohner. Wer nicht lesekundig war, konnte durch Zuhören an gedruckten Inhalten teilhaben.

> Der Medienwandel durch den Buchdruck erreichte auch die Analphabeten: Damals las man Texte laut.

Der Buchdruck veränderte nach und nach das Leben vieler Menschen. Nur dies rechtfertigt es, in dieser Technologie einen «agent of change» zu sehen, einen Motor für weitergehende Veränderungen. So kamen im späten 15. Jahrhundert sogenannte Ablasskampagnen auf. Sie dienten nicht zuletzt dazu, Geld einzutreiben, um Kreuzzüge gegen die Türken, die bedrohliche Supermacht jener Zeit, zu finanzieren. Im Rahmen der

Ablasskampagnen verkaufte ein vom Papst legitimierter Tross von Predigern und Mönchen das ewige Seelenheil landauf, landab. Diese Kampagnen wurden vorab durch gedruckte Medien beworben – durch Aushänge in der Volkssprache oder auf Latein, kleine Flugblätter und umfangreiche Instruktionen, die darüber informierten, welcher Art die Heilsgaben waren und was man tun musste, um sie zu erwerben.

Auch um den Ablass zu gewähren, bedurfte es eines gedruckten Mediums: des Ablassbriefs, einer Art Versicherungspolice, auf welcher der Name des Ablassempfängers handschriftlich verzeichnet wurde. Der Ablassbrief verbürgte, dass sein Besitzer einen vollständigen Sündenerlass und den Anspruch erworben hatte, im Fall von Todesgefahr durch jeden beliebigen Priester von allen Sünden freigesprochen zu werden. Das bot den Gläubigen die Sicherheit, unmittelbar nach dem Sterben ins Paradies einzugehen und einer ungewiss langen Zeit im Fegefeuer, zwecks Reinigung der sündigen Seele, enthoben zu sein. Zudem wurde um 1500 das Ablassangebot auf Verstorbene erweitert. Jeder Christenmensch, der etwas für sein eigenes Heil oder das seiner Vorfahren tun wollte, erwarb einen Ablassbrief.

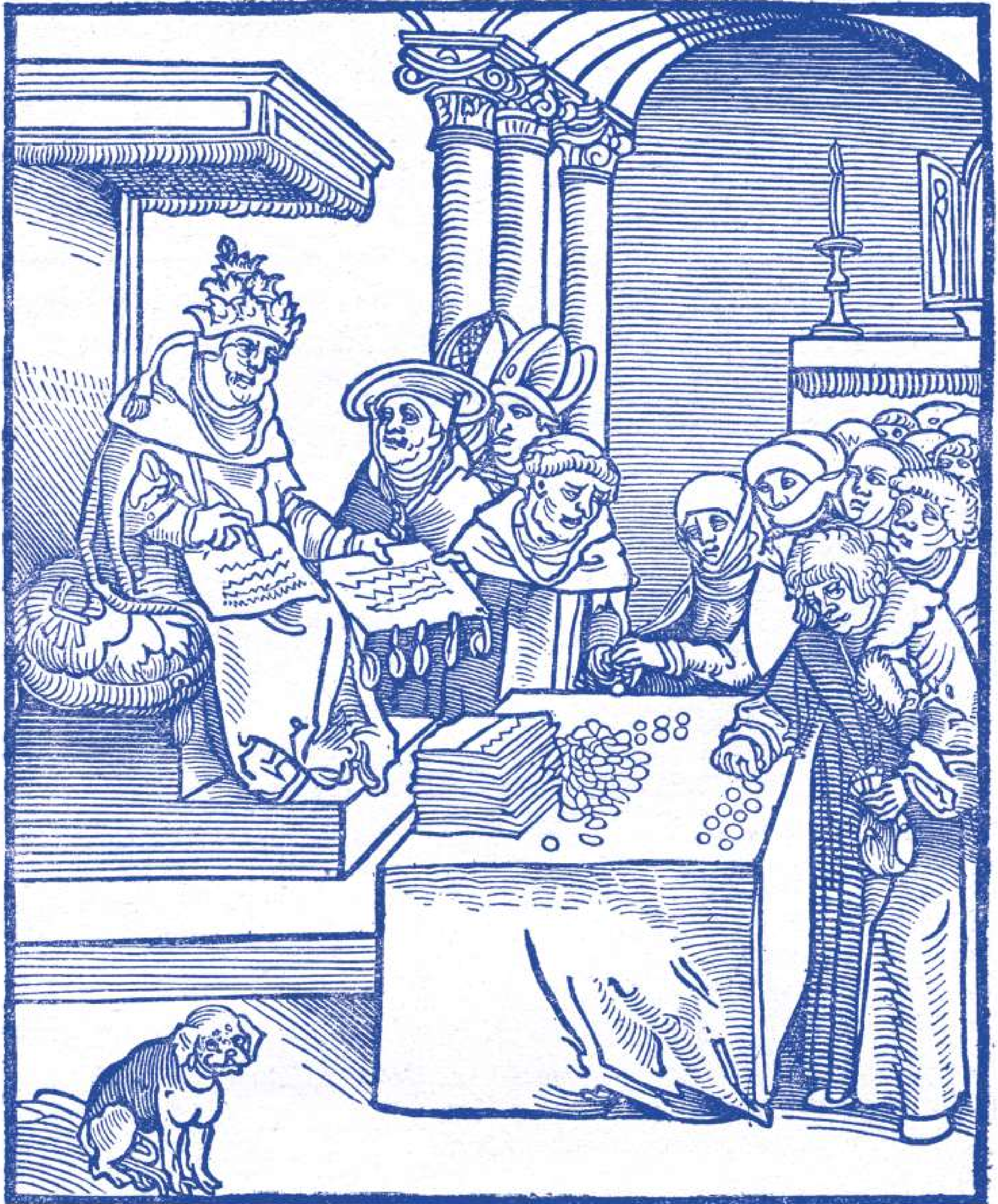
Von einigen Kampagnen wissen wir, dass die Auflagen der hergestellten Ablasszettel in die Hunderttausende gingen. «Türkengefahr» und Ablasshandel forcierten den Aufstieg des Buchdrucks. Umgekehrt feuerte der Buchdruck die Türken- und die Heilsangst an: durch Türkenpredigten, Türkenkalender und bebilderte Berichte vom grausamen Treiben der berittenen «Barbaren», die ganz Europa erobern und unterjochen würden. Der Buchdruck trug also entscheidend dazu bei, dass nicht nur Nachrichten, sondern auch Haltungen, Befindlichkeiten und Vorurteile immer schneller, umfassender und innerhalb Lateineuropas quasi unbegrenzt verbreitet wurden. Auch die Informationen über den Seeweg nach Indien, über die neu entdeckten Länder, über Tiere wie Elefanten oder Nashörner – Albrecht Dürers epochaler Holzschnitt! –, unbekannte Pflanzen und merkwürdige Menschen jenseits der Ozeane gelangten so in die Städte und Gesellschaften Europas.

Durch die Druckerpresse wuchs Lateineuropa schneller zusammen als jemals zuvor. Denn man hatte nicht nur an denselben Ablassangeboten und Bedrohungsängsten teil, man hörte auch von denselben Dingen, las über unbekannte Himmelszeichen und sah die entsprechenden Bilder auf den Titelblättern der Druckerzeugnisse, die auf Märkten und in Wirtschaften feilgeboten wurden. Illustrierte Einblattdrucke drangen als Schmuck oder, etwa in Form von Heiligenbildchen, als Mittel zur Schadensabwehr an öffentliche Orte und in private Haushalte vor – wo immer es in Europa Druckerpressen gab. Und das war nach und nach beinahe überall der Fall. In besonderer Dichte standen die Pressen in Deutschland, Norditalien und Frankreich.

Der Buchdruck veränderte auch die Bildungs- und Forschungslandschaft. Mehr Bücher führten zu mehr und zu öffentlich zugänglichen Bibliotheken, mehr Leserinnen und Lesern, mehr Schulen und Universitäten. Die neuen Bildungseinrichtungen, die einem wachsenden Selbstbewusstsein vor allem der städtischen Laien gegenüber dem Klerus entsprachen, beförderten die Nachfrage nach gedruckten Medien. Weil Vorlesungsdrucke jener Texte hergestellt wurden, die zu besprechen und zu deuten waren, bekam auch die individuelle Interpretation eines akademischen Lehrers mehr Bedeutung. Durch Bücher konnten sich Lesekundige manche Wissensgebiete eigenständig erschliessen, das Autodidaktentum florierte.

Die Frömmigkeitspraxis blieb davon nicht unberührt. Denn nun konnte man durch das Lesen heiliger Texte oder gar der Bibel selbst etwas für sein persönliches Heil tun und war dafür nicht mehr zwingend auf die Teilnahme am kirchlichen Kult angewiesen. Religiöse Lektüre ging mit einer Verinnerlichung der Frömmigkeit einher. So brachte das neue Medium – nicht anders als die Digitalisierung heute – neue Wahrheiten hervor und stellte die hergebrachten Autoritäten infrage. Ohne den Buchdruck wäre der Reformator Martin Luther nicht denkbar gewesen.

Auch der entstehende frühmoderne Staat nutzte die Möglichkeiten der Drucktechnologie



Kombiniert mit der Technik des Holzschnitts, eignete sich der Buchdruck auch für die Bildpropaganda. So nutzte der Künstler Lucas Cranach der Ältere, ein Mitstreiter des Reformators Martin Luther, das neue Medium für einen Angriff auf die Kirche: Er zeigte den Papst als Wucherer, der das Haus Gottes entweiht, indem er dort Ablassbriefe verkauft und das Seelenheil kommerzialisiert (aus der Serie *Passional Christi und Antichristi,* 1521).



Eine Methode, mit der man Texte unendlich viel schneller und billiger als von Hand kopieren konnte: So brachte Johannes Gutenbergs Erfindung eine Medienrevolution ins Rollen. Arbeit in einer Druckerei, dargestellt auf einem Kupferstich von Matthäus Merian dem Älteren, 1632.



rasch und konsequent. Die Verbreitung amtlicher Vorschriften und Anordnungen in Form von Einblattdrucken wurde üblich, namentlich durch den Aushang an Kirchentüren und anderen öffentlichen Orten. Ob diese gedruckten Proklamationen nun die Pestprävention betrafen, die Vorratshaltung in Kornspeichern, Bekleidungsregeln, Bettelei oder politisches Wohlverhalten: Mit den auf diese Weise verbreiteten Normen war die Idee verbunden, dass ihnen allein schon durch den Akt ihrer Bekanntmachung Geltung zukam. Auch für polizeiliche Zwecke wie die Verfolgung von Verbrechern wurde das Printmedium in der Form von Steckbriefen genutzt. Der Buchdruck und die Verdichtung staatlich-administrativen und disziplinatorischen Handelns gingen Hand in Hand.

Noch Weiteres begann sich zu ändern. In der ersten Phase der Frühdruckepoche, der Zeit der Wiegendrucke (Inkunabeln), stand die Reproduktion älterer und bewährter, ja klassischer Texte im Vordergrund. Autoren wie Platon, Aristoteles, Augustin, Cicero, Thomas von Aquin und Textkorpora wie die Bibel oder das *Corpus Iuris canonici* (das Basiswerk des Kirchenrechts) beziehungsweise der *Codex Iustinianus* (das Grundbuch des römischen Rechts) erreichten hohe Zahlen an Nachdrucken. Gegen Ende des 15. Jahrhunderts aber trat eine gewisse Sättigung des Markts mit dieser Art von Texten ein. Stattdessen rückten zeitgenössische Autoren und Themen in den Vordergrund.

> In der Form von Steckbriefen wurde das neue Medium auch für polizeiliche Zwecke genutzt.

Kontroversen wurden nun mittels gedruckter Texte geführt, mit Streit- und Schmähschriften. Im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation war das schon beim berühmten «Judenbücherstreit» der Fall, der kurz vor der Reformation ausbrach und im Lauf eines Jahrzehnts Kreise bis zu Papst und Kaiser zog. Im Zentrum dieses Gelehrtenkriegs stand zum einen Johannes Pfefferkorn, der eine kirchliche Kampagne anführte, die auf die Beschlagnahmung und Vernichtung aller hebräischen Schriften bis auf das Alte Testament zielte. Zum anderen der Jurist und Hebraist Johannes Reuchlin, der für den Schutz der jüdischen Kultur plädierte («Verbrennt nicht, was ihr nicht kennt») und wegen Ketzerei vor Gericht kam. Sein Traktat *Augenspiegel* wurde 1520 von der Kurie in Rom verboten.

In Kontroversen wie dieser zeigte sich eine bestimmte Vorstellung über die Wirkung des neuen Mediums: Etwas in den Druck zu geben, bedeutete demnach, Transparenz zu schaffen, Sachverhalte ins richtige Licht zu rücken, aufzuklären und Teilhabe zu ermöglichen. Das erzeugte einen Argumentations- und Erwiderungsdruck; Gedrucktes brachte neues Gedrucktes hervor, und manche Debatten, die vorher exklusiv in der Sphäre der Universitäten und im Rahmen lateinischer «Disputationen» geführt worden waren, verlagerten sich in die neue Öffentlichkeit der Lesenden. Das wirkte auf die Universitäten zurück, die nach und nach engere Beziehungen zur Gesellschaft entwickelten. So gingen die städtischen Disputationen, die der Zürcher Reformation 1523 zum Sieg verhalfen, aus den durch den Buchdruck veränderten Diskursformen hervor.

Zugleich geriet das traditionelle System der Kontrolle missliebiger oder als ketzerisch verurteilter Gedanken in eine grundlegende Krise. Im Zeitalter der Manuskripte hatte es in aller Regel gereicht, die materiellen Träger dieses Wissens zu vernichten. Doch in der typografischen Ära wurde man kaum je aller gedruckten Exemplare habhaft, so dass nichtkonformes Wissen verfügbar blieb. Damit trug der Buchdruck auch dazu bei, dass Tendenzen der intellektuellen Monopolisierung im kirchlichen Christentum erschüttert wurden: Man lernte, mit pluralen und widersprüchlichen Textwelten zu leben. Dazu gehörte auch die Erfahrung, dass etwas unwahr, ja gelogen sein konnte, obwohl es ordentlich und ansehnlich gedruckt war.

Vom mediengeschichtlichen Wandel an der Wende zur Frühen Neuzeit her beobachtet, lassen sich Analogien zu unserer Gegenwart erkennen. So zeichnen sich die grundlegenden kulturellen und gesellschaftlichen Wirkungen, die mit dem Internet und der Digitalisierung verbunden sind, ebenfalls erst allmählich in ihrer ganzen Breite ab: Es brauchte etwa eine Generation, bis das der Fall war. Die Chancen der Partizipation sind unendlich gesteigert, die Zahl der Vernetzten hat eine universale Kommunikationsgemeinschaft erzeugt. Erfuhren durch den Buchdruck im Lauf einiger Monate viele Europäer von der «Entdeckung Amerikas» oder von Martin Luthers Kritik am Ablass, so weiss heute buchstäblich alle Welt in Sekundenschnelle, dass die Queen gestorben ist und sich Donald Trump Fingerabdrücke nehmen lassen musste. Nahmen in der frühen Ära des Buchdrucks plötzlich Laien an theologischen Debatten teil, kann heute prinzipiell jeder alles kommentieren. Verglichen mit der Zeit des Buchdrucks, hat die Beschleunigung, mit der sich Informationen ausbreiten, gigantisch zugenommen. Insofern erscheint die heutige Medienrevolution als Fortsetzung und Steigerung der ersten.

In anderer Hinsicht scheint Neues und Ambivalentes auf. So können wir heute, sofern die technischen Voraussetzungen gegeben sind, jederzeit mit jedem beliebigen Menschen kommunizieren, uns überall umgehend orientieren und informieren – wir können aber auch überall und jederzeit heimgesucht werden. Kontroversen eskalieren mühelos und erzeugen «shitstorms», die die Polemiken jedes Schriftenstreits in der Frühen Neuzeit in den Schatten stellen. Die Grenzen von Öffentlichem und Privatem verschwimmen; Identitätsfragen stellen sich angesichts der Möglichkeit digitaler Selbstentwürfe neu. Anders als in der Gutenberg-Ära vermehrt sich schliesslich die Aufmerksamkeit nicht mehr, die dem einzelnen Autor und seinem Werk zukommt: Mit der unbegrenzten globalen Produktion von Texten und Bildern schwindet sie dramatisch. Sichtbarwerden und Sichtbarbleiben ist zu einer Überlebensfrage des digitalen Zeitalters geworden.

Unklar ist, was von unserer Zeit einmal bleiben wird. Was geht in verlässliche Wissensspeicher ein? Wie legt man sie an? Bisher waren Bibliotheken Archive der kulturellen Überlieferung. Wer aber mistet das Internet und seine Myriaden an Datenbanken aus? Wer werden die Archivare und Bibliothekare der digitalen Ära sein, und wie werden sie arbeiten? Was werden sie selektieren und löschen? Wenn nichts wertlos genannt zu werden verdient, droht die endlose Gefangenschaft im Präsentismus.

Dabei gibt es erprobte Strategien des Speicherns und Bewahrens aus der ersten Medienrevolution. Den Weg des typografischen Zeitalters flankierten und trassierten verlässliche Institutionen, die aussortierten und aufbewahrten und ein Rechtssystem mit freier Meinungsäusserung und ihren Grenzen, mit Personen- und Urheberrechtsschutz aufbauten. Daran gilt es anzuknüpfen. Wie die Handschrift im Zeitalter des Buchdrucks fortlebte, so sollten wir das Bewährte in der digitalen Ära weiterführen.



Thomas Kaufmann, Jahrgang 1962, lehrt Kirchengeschichte an der Theologischen Fakultät der Universität Göttingen. Sein Forschungsschwerpunkt ist die Geschichte der Reformation und der Frühen Neuzeit. Zurzeit forscht er am Wissenschaftskolleg in Berlin über den Bauernkrieg (1525). Seine Bücher über die europäische Reformationsgeschichte und über Martin Luthers Verhältnis zum Judentum wurden in zahlreiche Sprachen übersetzt.



Weiterführende Literatur

Elizabeth Eisenstein: The Printing Revolution in Early Modern Europe. Cambridge 2009.

Thomas Kaufmann: Die Mitte der Reformation. Eine Studie zu Buchdruck und Publizistik im deutschen Sprachgebiet, zu ihren Akteuren und deren Strategien, Inszenierungs- und Ausdrucksformen. Tübingen 2019.

Ders.: Die Druckmacher. Wie die Generation Luther die erste Medienrevolution entfesselte. München 2022.

Andrew Pettegree: The Book in the Renaissance. New Haven und London 2010.

Ders.: Die Marke Luther. Berlin 2016.

Phantome in der Dunkelkammer

Kann man den Bildern noch trauen? Erst stellte die Digitalisierung die Dokumentarfotografie infrage, nun tut es die künstliche Intelligenz. Dabei hat Wahrheit in diesem Medium nichts mit Technik zu tun.

Von Daniel Di Falco

Man sieht den Fotografen in der *Tagesschau*. Er kommt aus Schweden und erklärt das Bild, das er ein halbes Jahr zuvor gemacht hat, in Gaza, nach einem Bombenangriff der Israeli. Eine enge Gasse, durch die sich ein Trauerzug von Palästinensern drängt; sie sind aufgebracht, sie weinen, die Vordersten tragen zwei Kinderleichen auf ihren Armen. Ist es die Ruhe auf den leblosen Gesichtern der Kleinen, die das Leid der Lebenden umso ergreifender macht? Nicht nur. «Ich habe diesen Teil abgedunkelt, hier etwas aufgehellt und hier wieder abgedunkelt», sagt Paul Hansen, der Fotograf, und weist mit schneller Hand über die Szene, «das ist alles.»

Das war im Februar 2013. Kurz zuvor hatte Hansen den Preis für das beste Bild des Jahres beim Wettbewerb World Press Photo gewonnen. Und sogleich hatte eine internationale Kontroverse darüber begonnen, wie authentisch seine Aufnahme sei. «Das passiert sehr selten im Leben eines Fotografen», berichtet Hansen in der *Tagesschau,* und er meint das Licht in jenem Moment. «Phantastisch», wie es in die Gasse schien, an den Fenstern reflektierte, auf die Gesichter fiel und sie aus der Dunkelheit schälte.

Der Mann verrät aber auch, wie er seinem Glück nachhalf: am Computer, wo er vom gleichen Bild drei Belichtungsvarianten erstellte und sie dann übereinanderlegte. Ergebnis: ein phänomenaler Lichtwertumfang. Die Poren des Mörtels an den schattigen Hauswänden sind so gut zu sehen wie die Züge auf den erhellten Gesichtern. Manchen Kommentatoren war das zu viel. Doch die von den Veranstaltern des Wettbewerbs bestellten Experten gaben Hansen recht: Das Bild sei «eindeutig» nachbearbeitet worden, in den Farben wie in den Lichtwerten, übers ganze Bild hinweg wie an einzelnen Stellen. «Darüber hinaus» fanden sie aber keine Manipulationen: «Jedes Pixel ist am richtigen Ort.» Es blieb beim ersten Preis.

Vom Fall Hansen kann man einiges lernen. Etwa mit welchen Kniffen man ein Foto aufhübschen kann. Oder wie alltäglich die ästhetische Optimierung längst geworden ist, nicht nur in der Kosmetikreklame und in der Kunst, sondern auch in den Medien. Noch bemerkenswerter ist aber, dass es überhaupt zu dieser Diskussion kam. Eine Öffentlichkeit, die sich mit der Authentizität eines einzelnen Fotos auseinandersetzt, mit den Finessen der Lichtführung, der subtilen Grenzziehung zwischen dem Üblichen und dem Erlaubten in diesem Metier – das alles war nicht vorgesehen in den aufgeregten Prophezeiungen,

Beauftragt, die
Gesellschaft mit
visuellem Realismus
zu versorgen:
Ein Fotograf lässt
sich am Grand
Canyon abseilen,
zwischen
1900 und 1910.

die die Digitalisierung der Fotografie am Ende des 20. Jahrhunderts begleitet hatten. «Computerbilder sind die Fälschbarkeit schlechthin», wusste etwa der Medienphilosoph Friedrich Kittler 1998. Davon sprach sein Kollege William Mitchell schon 1992: Bisher sei die Wirklichkeit «kausal» für ein Foto gewesen – das digitale Bild dagegen folge nur noch dem Willen des Bildbearbeiters und den grenzenlosen Möglichkeiten der Manipulation. Grund genug, die Fotografie für tot zu erklären.

Auch andere Theoretiker sahen das «Ende des fotografischen Zeitalters» gekommen, eine «postfotografische Ära», in der es keinen Unterschied mehr gebe zwischen dokumentarisch und künstlerisch, zwischen objektiv und subjektiv. Alles Simulation, und wo das Bild seine Bindung ans Reale verliere, da sollte gleich die gesamte «abendländische Kultur» in die Krise kommen, wie der Kunsthistoriker Hubertus von Amelunxen meinte: «Das Sehen wird in seinem

> Die Fotografie hat mehrere Erfinder, aber alle beteuern das Gleiche: Sie liefere keine Bilder, sondern Fakten.

elementaren Vorgang der Rekognition gestört und vermag eine Übersetzung des Erkannten in das in der Repräsentation gründende Gedächtnis nicht mehr zu leisten.»

Von wegen. Mittlerweile ist die analoge Technik so gut wie verschwunden, aber die dokumentarische, die journalistische Fotografie hat nichts von ihrer gesellschaftlichen Bedeutung verloren – gerade am Fall Hansen zeigt sich der ungebrochene Glaube an die Abbildungskraft des Mediums. Nachher ist man billig schlauer, aber die damalige Aufregung über die «Computerbilder» verdankte sich wesentlich einer falschen Nostalgie: Man verniedlichte das Alte. Als wäre nicht auch die analoge Fotografie von vorn bis hinten ein Ergebnis technischer Operationen gewesen. Als hätte erst die Digitalisierung den Bildern die Simulation beigebracht. Als hätte es einmal ein Paradies des Realen gegeben.

Tatsächlich war die Fotografie schon unter analogen Umständen bloss eine zweidimensionale Abstraktion von einer dreidimensionalen Realität. Sie war niemals das Ganze, sondern ein Ausschnitt, und der war geformt durch Blickwinkel, Brennweite, Blende, Belichtung. Durch Empfindlichkeiten, aber auch durch Blindheiten des Films und der Optik. Durch die Arbeit in der Dunkelkammer, wo man Details verwischen oder hervorheben konnte, Kontraste mildern oder verstärken und den Charakter ganzer Szenen verändern – nichts anderes als das, was Paul Hansen im Jahr 2012 am Computer anstellte. Die eigentliche Retusche an Negativen und Abzügen war lediglich das gröbste aller Mittel; das, was man heute «Pixel bewegen» nennt.

Insofern war jedes Foto immer nur ein Vorschlag, wie man die Dinge sehen könnte. Woher rührt dann aber der Glaube an die Beweiskraft dieses Mediums? Weshalb hat die Digitalisierung dieser Kraft nichts anhaben können, allen Prognosen zum Trotz? Und was bedeutet das für die neueste Neuerung der Technik, die künstliche Intelligenz, der man in diesen Tagen derart viel zutraut?

Die Fotografie hat mehrere Erfinder, doch als sie um die Mitte des 19. Jahrhunderts zur Welt kommt, beteuern sie alle das Gleiche: Fotografien seien keine Schöpfungen aus der Hand eines Künstlers. 1839 veröffentlicht Louis Jacques Mandé Daguerre in Paris als Erster sein Verfahren; er nennt es Daguerreotypie und erklärt, sie sei «keine Methode, die dem Abzeichnen der Natur dient, sondern ein chemischer und physikalischer Prozess, welcher der Natur dabei hilft, sich selbst abzuzeichnen». Davon spricht auch der direkteste Konkurrent Daguerres, der Engländer William Henry Fox Talbot. Im selben Jahr präsentiert er eine Aufnahme seines Wohnhauses mit dem Hinweis, es sei wohl das erste Objekt der Welt, «von dem jemals bekannt wurde, dass es sein eigenes Bild gezeichnet hat».

Sie liefere keine Artefakte, sondern Fakten, eine Kopie der Realität, eine automatische Reproduktion der Dinge: So lautet der Mythos der Foto-

Bild: Hulton Archive / Getty Images

grafie, die Erzählung, die sich schnell durchsetzt. Sie macht bis heute ihre Definition und den Umgang mit ihr aus. «Sich als Medium aufzuheben, nicht mehr Zeichen, sondern die Sache selbst zu sein» – darin liegt, mit einem Wort des Kulturphilosophen Roland Barthes aus seinem Buch *Die helle Kammer* von 1980, das Geheimnis der Fotografie: Sie macht sich unsichtbar. In einem Gemälde gibt es den Pinselstrich, der die Gemachtheit des Werks verrät. Den Betrachter eines Fotos dagegen befällt als Erstes der Eindruck, das sei gar kein Bild, sondern ein Fenster zur Welt. Dieses Medium gibt sich durchsichtig, und darin liegt seine Attraktion. Seine Vertrauenswürdigkeit rührt allerdings woanders her, denn gerade die Technik, mit der sich die Dinge in ein Bild ihrer selbst verwandeln sollten, erwies sich als ausgesprochen unverlässlich.

Schon die ersten Betrachter merken, dass mit diesen Bildern etwas nicht stimmt. Im März 1839 besucht der Amerikaner Samuel Morse, Erfinder der elektrischen Telegrafie, Louis Daguerre in Paris, und der zeigt ihm einige seiner ersten Aufnahmen. «Man kann sich keinen Begriff von der gestochenen Schärfe der Wiedergabe machen, an die keine Malerei und kein grafisches Verfahren heranreichen», berichtet Morse später begeistert. Eine Daguerreotypie, die er zu sehen bekommt, zeigt einen weiten Blick auf den Boulevard du Temple in Paris, aufgenommen aus dem zweiten oder dritten Stock der Häuserzeile. Morse erkennt die Schilder auf der Strasse, und er ist erst recht begeistert, als er sich eine starke Lupe nimmt: «Jeder Buchstabe ist klar und deutlich lesbar, ebenso die winzigsten Risse und Sprünge in den Mauern.»

Die Fotografie zeigt also mehr, als das menschliche Auge sieht. Zugleich ist der Boulevard ganz leer – kein Fussgänger, kein Fuhrwerk, und das zur besten Tageszeit. Die einzigen



In einem Gemälde gibt es den Pinselstrich, der die Gemachtheit des Werks verrät – in der fertigen Fotografie dagegen macht sich das Medium unsichtbar, und in dieser Transparenz liegt seine Attraktion. Porträtsitzung auf einer Strasse in London, wahrscheinlich in der Zeit um 1900.



Fotografie war nie das Ganze, sondern stets nur ein Ausschnitt, geformt durch Entscheide über Blickwinkel, Brennweite, Blende, Belichtung. Pressefotograf mit Ausrüstung am 28. Oktober 1961 beim Grenzübergang Friedrichstrasse in Berlin, als sowjetische (hinten) und amerikanische Truppen aneinanderzugeraten drohen.

Bild: Bettmann / Getty Images

Seelen sind ein Schuhputzer und sein Kunde auf dem Trottoir. Weil sie sich kaum bewegen, werden sie bald berühmt als die ersten fotografierten Menschen, während alle anderen Passanten die Ehre verpassen: Wegen der langen Belichtungszeit lösen sie sich auf in einem fotografischen Nichts. Morse erwähnt wohl, dass bei Daguerre «alles, was sich bewegt», unsichtbar bleibe. Zudem würden die Farben fehlen. Doch das schmälert sein Vertrauen in die Zuverlässigkeit des Verfahrens ebenso wenig wie das des übrigen Publikums.

Während die Fotografie Teile der Wirklichkeit zum Verschwinden bringt, zeigt sie zugleich Dinge, die nicht wirklich, aber wirklich sichtbar sind. Der Historiker Peter Geimer hat in seinem Buch *Bilder aus Versehen* eine ganze Parallelgeschichte der Fotografie aufgedeckt – die Geschichte jener Phantome, die ungefragt in der Dunkelkammer auftauchen und sich ins Bild drängen. Es sind Momente, in denen die gewohnte Transparenz der Bilder verschwindet und die Materialität des Mediums selbst zutage tritt, der Eigensinn des bildgebenden Verfahrens. Die Fachjournale und Handbücher des 19. und des 20. Jahrhunderts sprechen von Fehlern, Anomalien, Unfällen, Störungen, von «Parasiten» und «Feinden des Fotografen»: Auf der Stirn von Porträtierten zeigen sich geschweifte oder sternförmige Lichter, auf anderen Fotos lösen sich Kleider von ihrem Rand her auf, die Beine von Wohnzimmertischen verschwinden in merkwürdigen Nebeln, ganze Häuser sind mit moos- oder flechtenartigen Belägen überwuchert, und die Säulen des Petersdoms zerschmelzen in einer Art fliegendem Magma.

«Seit den ersten fotografischen Verfahren», erklärt Geimer, «hatte man es mit Materialien zu tun, deren chemische Aktivität weder vorhersehbar noch restlos kontrollierbar war.» Hinter vie-

len dieser Erscheinungen finden die Experten die Ursache in Handhabungs- oder Materialfehlern. Aber bei weitem nicht hinter allen. Und die Phantome verschwinden auch nicht mit dem Reiferwerden der Technik: Jeder neue Fortschritt, so Geimer, brachte wieder neue Bilderrätsel hervor. «Existierte, was die fotografischen Platten wiedergaben, überhaupt ausserhalb der Fotografie? Oder handelte es sich um Produkte des fotografischen Instrumentariums selbst?»

Der englische Physiker William Crookes, einer der wichtigsten Naturwissenschafter der viktorianischen Zeit, soll die Dunkelkammer nur nackt betreten haben, um jede Verbreitung von Staub zu verhindern. Und gewaschen habe er sich allein mit Wasser – weil Seifenrückstände die Chemikalien behelligen könnten. Die Physik jener Jahre stiess ins Unsichtbare vor, ins Reich der Kathodenstrahlen, der Elektronen und der Radioaktivität, und es war namentlich die Fotografie, die diese Erscheinungen dingfest machen sollte. Doch ihr Realismus erwies sich als fragil. Und ihre Wahrhaftigkeit als reine Frage dessen, was man noch als Fotografie definieren sollte und was nicht mehr. Es galt, die Grenze abzustecken, wieder und wieder: zwischen neuen physikalischen Phänomenen und neuen fotografischen Phantomen, zwischen gelungenen und fehlerhaften Bildern, zwischen «Fällen und Unfällen» (Geimer). Die fotografische Technik selbst machte diesen Unterschied nicht.

Eine «wahrhafte Verwirrung» beklagte 1897 der Physiker René Colson: Es gebe in der wissenschaftlichen Fotografie so viele mögliche bildgebende Faktoren, dass «sie leicht über die wirkliche Ursache des beobachteten Phänomens hinwegtäuschen». Und der Astronom Julius Scheiner erklärte 1899, es sei «häufig ganz unmöglich», zu unterscheiden zwischen «reellen Gebilden» und «zufälligen Aneinanderreihungen» der Silbersalzkörner in der lichtempfindlichen Schicht: «Es ist völlig der Phantasie des Beobachters überlassen, was er annehmen will.»

Das klingt schon fast wie ein Kommentar zur digitalen Fotografie: Das Bild verliert seine Bindung an die Wirklichkeit, es wird virtuell. Dabei sind wir noch mitten in der fotochemischen Ära – doch schon sie produziert systematische Zweifel an diesem Medium. Und sie betreffen genau jene technischen Grundlagen, die das naturgesetzhafte Funktionieren der Fotografie garantieren sollten. Und doch konnten ihr diese Zweifel nichts anhaben, so wenig wie ihre technische Erneuerung durch die Digitalisierung und die Abschaffung der Chemie im Übergang vom 20. zum 21. Jahrhundert. Das bedeutet: Es kann nicht an der Technik liegen, wenn man dem fotografischen Bild nach wie vor zutraut, etwas Wahres über die Wirklichkeit zu sagen. Diese Wahrheit muss im Auge des Betrachters liegen. Oder in seinem Kopf.

«Wenn man die Fotografie für die realistische und objektive Aufzeichnung der sichtbaren Welt hält, dann deshalb, weil man ihr von Anfang gesellschaftliche Gebrauchsweisen eingeschrieben hat, die als ‹realistisch› und ‹objektiv› gelten», schreibt der Soziologe Pierre Bourdieu im Buch *Eine illegitime Kunst*. Mit einfacheren Worten: Der Realismus der Fotografie ist bloss eine Konvention, eine Zuschreibung, und ihre Bilder sehen nur darum wahr aus, weil sie übereinstimmen mit der «gesellschaftlichen Definition der objektiven Sicht unserer Welt». Noch einfacher: Was die Fotografie wiedergibt, ist unsere Vorstellung von Realität. Wir haben einen fotografisch geformten Blick.

Die Forscher wussten nicht, ob die Bilder «reelle Gebilde» zeigten oder zufällige Effekte der Fotochemikalien.

Pikanterweise war dieser Blick schon da, bevor Daguerre und seine Mitstreiter ihre ersten Aufnahmen zustande brachten. In den 1820er und 1830er Jahren war das neue Medium erwartet worden – von einer Gesellschaft, die ihm seine Beweiskraft von Beginn weg abnahm. Die Fotografie sorgte wohl für eine anhaltende Kontroverse, aber die handelte von etwas anderem:

davon, ob Bilder, die die Welt automatisch und übermenschlich exakt kopieren, auch schön und damit Kunst sein können. Zugleich war es unstrittig, dass sie Kopien waren, die die Dinge besser, objektiver wiedergaben als jedes andere visuelle Medium.

Das hatte damit zu tun, dass man in der Fotografie die Fortschritts- und Objektivitätsideale von Wissenschaft und Technologie verkörpert sah. Und auch damit, dass das Auge schon vor der Fotografie fotografisch funktionierte. Zum einen hatte es sich seit der Renaissance an die Zentralperspektive gewöhnt, an jene Art von zweidimensionaler Projektion, auf der auch die fotografische Optik beruht. Zum anderen waren ihm die Eindrücke der Camera obscura schon vertraut, jenes Apparats, in den durch ein kleines Loch vorn das Licht so einfällt, dass sich auf der transparenten Rückwand ein Bild der Dinge draussen vor dem Kasten abzeichnet. Tatsächlich wurde mit der Fotografie nur die schon lange gesuchte Methode gefunden, die Bilder der Camera obscura mit chemischen Mitteln dauerhaft zu fixieren. Dass diese Bilder unerwartet detailliert ausfielen, war das Wunder, das Samuel Morse und seine Zeitgenossen aus dem Häuschen brachte.

Auch Bourdieu spricht vom fotografisch geformten Blick. Aber für den Soziologen ist etwas anderes entscheidender: So wie eine Gesellschaft eine herrschende Vorstellung davon hat, was wirklich ist, braucht sie Medien, um diese Wirklichkeit zu vermitteln und zu behaupten. Eines dieser Medien ist die Fotografie, und damit ist auch klar, warum sie mit der Digitalisierung nur technisch erneuert wurde, in ihrer «gesellschaftlichen Gebrauchsweise» (Bourdieu) dagegen unverändert blieb: Die Fotografie ist jenes Medium, das uns mit dem visuellen Realismus versorgt, den wir brauchen, um uns zu verständigen.

Wenn nicht alles täuscht, dann wird auch die künstliche Intelligenz daran nichts ändern. «Synthetische Bilder», hervorgebracht von lernfähigen Programmen, von «echten Fotografien» nicht mehr zu unterscheiden – die heutigen Befürchtungen hören sich an wie jene über die Digitalisierung. Oder jene über die Phantome in der Dunkelkammer. Künstliche Intelligenzen sind zwar ungleich leistungsfähiger als ein Fotograf, der per Photoshop am Bildschirm seine Aufnahmen bearbeitet. Oder erarbeitet. Doch mehr als solche Werkzeuge haben auch diese autonomen Automaten nicht zur Hand. Und wenn es um gefälschte oder erfundene Bilder geht, um Betrug, dann lag weder das Problem noch die Lösung jemals in der Technik, noch wird es je dort liegen: Die Wahrheit der Fotografie ist keine technologische, sondern eine gesellschaftliche Norm.

Auch wenn der Mythos der Fotografie etwas anderes erzählt: Jedes Medium besteht aus einem technischen Verfahren, aber auch aus menschlichen Akteuren und Instanzen. Und sowenig die Technik seit Daguerres Tagen die Zuverlässigkeit dieses Mediums garantieren konnte, so wenig wird sie das in Zukunft können. Die Frage nach der Wahrheit mussten und müssen andere beantworten – die Fotografen, die Redaktionen, Agenturen, Archive und, nicht zuletzt, das Publikum. Um eine Verständigung darüber, was wir für realistisch halten und was nicht, kommen wir, wie im Fall Hansen, nicht herum. |G|

Daniel Di Falco ist Redaktor von *NZZ Geschichte*.
daniel.difalco@nzz.ch



Weiterführende Literatur

Roland Barthes: Die helle Kammer. Bemerkung zur Fotografie. Frankfurt am Main 1989 (Orig. 1980).

Pierre Bourdieu u. a.: Eine illegitime Kunst. Die sozialen Gebrauchsweisen der Photographie. Frankfurt am Main 1981 (Orig. 1965).

Philippe Dubois: Der fotografische Akt. Versuch über ein theoretisches Dispositiv. Amsterdam u. a. 1998 (Orig. 1990).

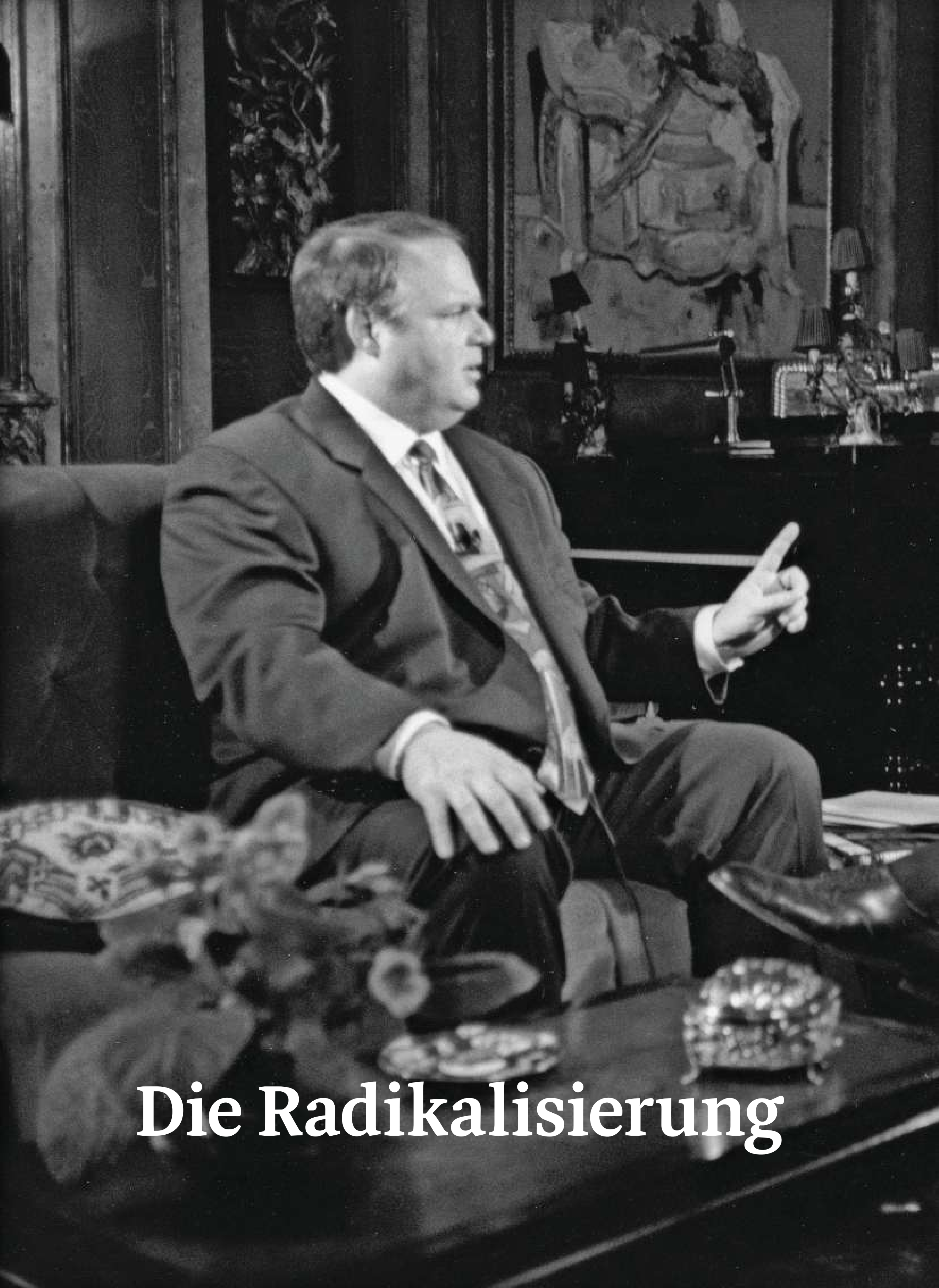
Michel Frizot (Hg.): Neue Geschichte der Fotografie. Köln 2001 (Orig. 1994).

Peter Geimer: Bilder aus Versehen. Eine Geschichte fotografischer Erscheinungen. Hamburg 2010.

Bernd Stiegler: Theoriegeschichte der Photographie. München 2006.

Nächste Ausgabe:

BUNDESRAT



Die Radikalisierung

Wachablösung der Influencer: William F. Buckley (rechts), damals der einflussreichste konservative Intellektuelle der USA, interviewt in seiner Sendung *Firing Line* den aufstrebenden Meinungsmacher Rush Limbaugh (links). New York, 16. September 1992.

In den USA ist die Demokratie in Bedrängnis. Verantwortlich dafür ist hauptsächlich die Republikanische Partei. Warum wurden die amerikanischen Konservativen so, wie sie heute sind?

Von Alan Cassidy

Der Gastgeber sass da wie immer, tief im Sessel, die Beine übereinandergeschlagen, vor sich ein Klemmbrett mit Fragen. Der Gast schwitzte, zupfte sich an der Nase und rutschte auf dem Sofa hin und her. Doch er war nur scheinbar nervös. Er wusste: Seine Stunde war gekommen.

Aufgezeichnet wurde in jenem Herbst 1992 der Polittalk *Firing Line*. William F. Buckley, der einflussreichste konservative Intellektuelle in den USA, empfing in einem New Yorker Fernsehstudio Rush Limbaugh, den aufstrebenden Radiomoderator, dessen wütende Tiraden Millionen von Amerikanern erreichten. Die beiden Männer sprachen über Feminismus und elitäre Medien, aber wichtig war an dieser Sendung nicht der Inhalt. Wichtig war die Symbolik. Es war die Inszenierung einer Wachablösung: Buckley stand für die Vergangenheit der Konservativen, Limbaugh für ihre Gegenwart und Zukunft.

Was damals geschah: Es ist die Erklärung für den heutigen Zustand der Partei.

Nach Donald Trumps Abwahl hofften viele Kommentatoren – auch in Europa –, dass die extremen, demokratiefeindlichen Kräfte, die sich unter anderem im Sturm auf das Capitol gezeigt hatten, wieder gebannt seien. Doch für diese Hoffnung gibt es wenig Anlass. Die Republikanische Partei hat ihre Rolle bei Trumps Angriff auf die letzten Wahlen nie aufgearbeitet. Weite Teile ihrer Wählerschaft glauben laut Umfragen die falsche Erzählung von einer gestohlenen Wahl. Trumps Chancen, 2024 erneut zum Präsidenten gewählt zu werden, sind intakt. Wie kann das sein?

Es hat eben gerade nicht damit zu tun, dass der frühere Immobilienunternehmer die Republikaner gekapert und danach geformt hat, wie es in vielen Erklärungsversuchen über ihn bis heute heisst. Trump hat vielmehr von einer Radikalisierung der Partei und ihrer Anhängerschaft profitiert, die lange vor ihm begonnen hatte – und die von den konservativen Eliten gezielt geschürt worden war. Die Republikaner bestätigten die Amerikaner in den vergangenen Jahrzehnten in ihren schlimmsten Überzeugungen. Sie züchteten Extremismus und profitierten davon. Trump war die logische Folge.

Womit wir wieder im TV-Studio in New York wären, im Herbst 1992. Gastgeber William F. Buckley war seit den 1950er Jahren der Vordenker von Amerikas Konservativen. Er war ein Berater und Freund des Präsidenten. Und er war ein «Gatekeeper»: Er bestimmte, welche Personen, Kräfte und Ideen innerhalb des rechten Lagers Platz erhielten und – fast noch wichtiger – welche nicht. Politiker und Autoren, die in seiner Zeitschrift *National Review* oder in seiner Sendung *Firing Line* Gelegenheit erhielten, ihre Vorstellungen von konservativer Politik darzulegen, wurden hochgehoben. Jene, die in Buckleys Augen vom richtigen ideologischen Pfad abkamen, wurden gebrandmarkt. Die *National Review* war zwar nie ein Massenmedium, aber was auf ihren Seiten stand, diente den führenden Kreisen der Republikaner als intellektuelle und politische Orientierungshilfe. Mit *Firing Line* erreichte Buckley in 1500 Sendungen in 33 Jahren auch Millionen Amerikaner, die keine politischen Zeitschriften lasen. Daneben schrieb Buckley zweimal pro Woche eine Kolumne *(On the Right)*, die in über 300 Zeitungen des Landes abgedruckt wurde – und das während Jahrzehnten.

Vieles an Buckley wirkte altmodisch und elitär: sein Akzent, der ihn mehr wie einen Briten klingen liess als einen Amerikaner. Seine Art, sich in langen und gewundenen Sätzen auszudrücken. Selbst die Titelmusik seines Polittalks, ein Ausschnitt aus einem Brandenburgischen Konzert von Bach, schien aus der Zeit gefallen.

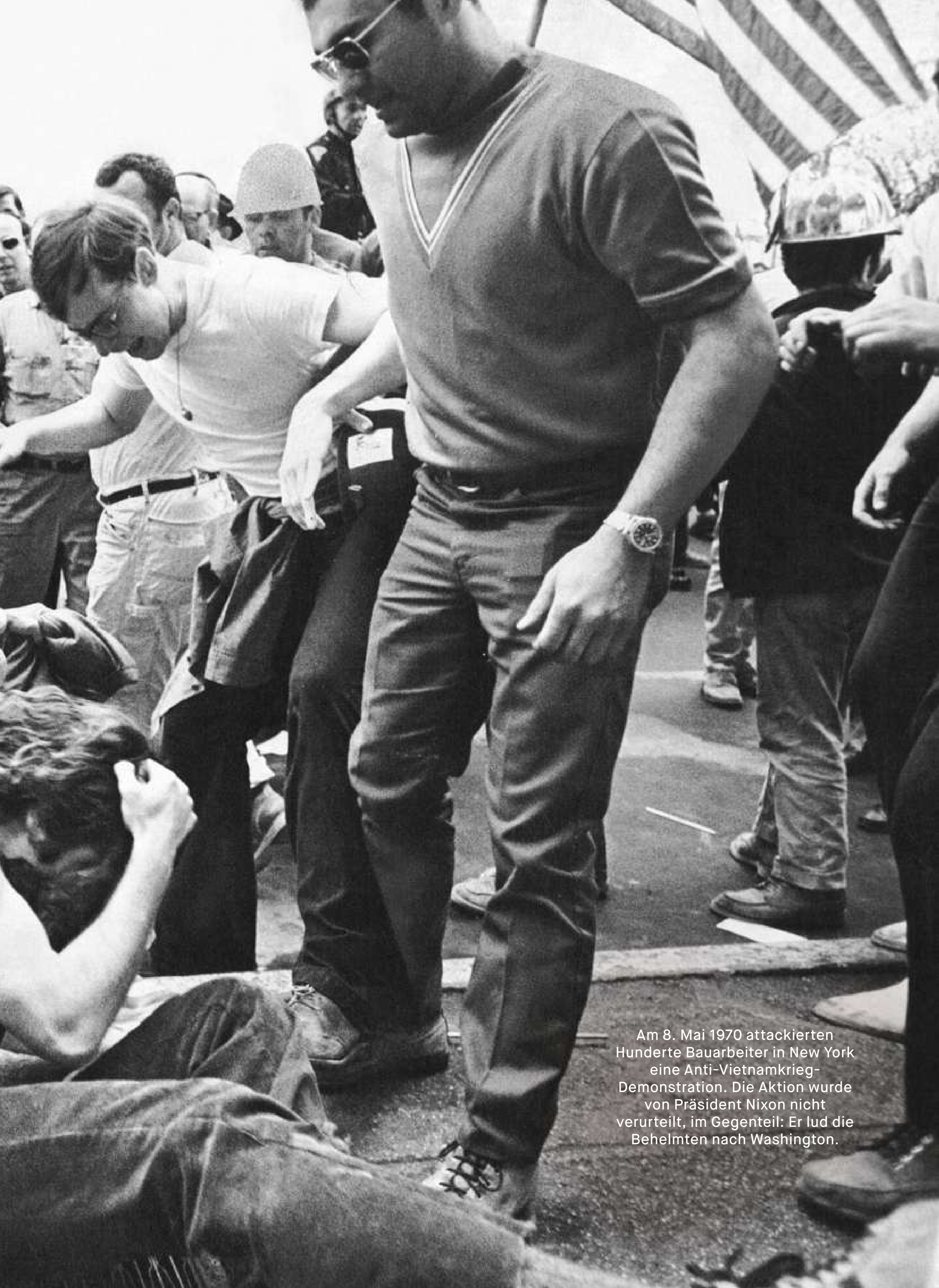
Limbaugh dagegen war ein Mann eines neuen Medienzeitalters. Auch er vertrat knochenkonservative Ansichten. Und er sah in Buckley lange ein Vorbild. Doch er führte mit seiner Talkshow einen anderen Stil ein: wütend, schrill, giftig und hasserfüllt. Seine Mittel waren die permanente Empörung und der ständige Tabubruch. Limbaugh prägte ab den 1990er Jahren die konservative Medienlandschaft. Er war Vorbild für eine Generation von konservativen Talkshow-Moderatoren und Inspiration für die Gründer des TV-Senders Fox News. Republikanische Politiker, die seine Ansichten und seine Rhetorik teilten, belohnte er mit Einladungen in seine Sendung – und mit Wahlempfehlungen.

Bild S. 70/71: Firing Line (Television Program) broadcast records, Box 135, Folder FL #2211, Hoover Institution Library & Archives; Bild S. 73: Francis Miller / The LIFE Picture Collection / Shutterstock



Patriotismus in extremis: Mitglieder der John Birch Society schwören 1961 an einem Treffen in Chicago Treue zur amerikanischen Flagge. Die rechtsradikale Organisation erlangte in den 1960er Jahren zunehmend Einfluss, wurde von William F. Buckley aber noch in die Schranken gewiesen.





Am 8. Mai 1970 attackierten Hunderte Bauarbeiter in New York eine Anti-Vietnamkrieg-Demonstration. Die Aktion wurde von Präsident Nixon nicht verurteilt, im Gegenteil: Er lud die Behelmten nach Washington.

Das Gespräch zwischen Buckley und Limbaugh fiel in die Zeit, als Amerikas Konservative eine Antwort auf die Frage finden mussten, was sie nach dem Ende des Kalten Kriegs noch zusammenhielt. Die Präsidentschaft von Ronald Reagan (1981 bis 1989) war ihre goldene Zeit gewesen, doch die Erinnerung daran verblasste bereits. «Kaum war Reagan aus dem Amt geschieden, begann die konservative Bewegung, die er repräsentierte, sich rasch zu wandeln», schreibt die Historikerin Nicole Hemmer. «Sie entfernte sich von der Politik, der Rhetorik und sogar der Ideologie, die Reagan ins Amt gebracht hatten.» Buckley hatte auf diese Entwicklung keine klare Antwort. Darin liegt eine gewisse Tragik, denn in der Amtszeit seines Freundes Reagan sah Buckley die Krönung seines Schaffens: den Aufbau einer konservativen Bewegung, die zur dominanten Kraft im Land wurde.

> Rush Limbaugh führte einen neuen Stil ein: wütend, schrill, hasserfüllt. Er suchte die Empörung und den Tabubruch.

Buckley war 1925 als sechstes von zehn Kindern in New York zur Welt gekommen. Sein Vater war ein Anwalt, der im Ölgeschäft reich geworden war, die Familie seiner Mutter Aloise Steiner war aus der Schweiz in die Südstaaten eingewandert. Die Familie war streng katholisch, was sie vom traditionell protestantischen Milieu des Ostküsten-Establishments unterschied. Mit der Schweiz fühlte sich Buckley zeitlebens verbunden. Er reiste jeden Winter nach Gstaad, wo er Ski fuhr, in seinem Chalet Gäste bewirtete und schrieb – viel schrieb. Von den mehr als fünfzig Büchern, die er verfasste, entstanden etliche im Berner Oberland. Er mochte die Schweiz auch wegen ihres politischen Systems. «Der Präsident der Schweiz ist schlicht und einfach nicht identifizierbar», schrieb er einmal. «Man könnte im Schweizer Fernsehen eine *Was bin ich?*-Sendung mit dem Präsidenten der Schweiz einrichten, und ich schwöre, niemand würde erraten, wer er ist und welchen Beruf er ausübt. Das nenne ich eine gute Regierung: unsichtbare Regierende.»

Darin kommt zum Ausdruck, wie Buckley auf den Staat blickte: kritisch. Das machte ihn im Amerika der 1950er Jahre zum Angehörigen einer Minderheit. Die USA waren damals geprägt vom «New Deal», den Reformen des früheren demokratischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt. In beiden politischen Parteien herrschte der Konsens, dass es einen starken Staat brauche, um die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen des Landes zu lösen. Dahinter stand ein technokratisches Verständnis von Politik: Wenn man nur an den richtigen Stellen schraube, liessen sich Konjunktur, Teuerung und Arbeitslosigkeit steuern. Buckley kämpfte gegen dieses Verständnis an, so wie er auch gegen den progressiven Zeitgeist kämpfte, den er während seines Studiums an der Yale University angetroffen hatte. 1951 schrieb er mit *God and Man at Yale* ein vielbeachtetes erstes Buch, in dem er das kapitalismus- und religionskritische Klima an der Eliteuniversität anprangerte.

1955 gründete Buckley die Zeitschrift *National Review*. Im Namen klingt schon an, welches Ziel er damit verfolgte: Das Blatt sollte die unterschiedlichen konservativen Strömungen vereinigen. Dazu gehörten Libertäre, die das Wachstum des Staats als grösstes Problem sahen. Dazu gehörten traditionelle Christen, die den Verfall moralischer Werte beklagten. Dazu gehörten Antikommunisten, die der Sowjetunion mit maximaler Härte und Aufrüstung entgegentreten wollten. Und dazu gehörten (zumindest zu Beginn) Segregationisten, die zu verhindern versuchten, dass die US-Bundesregierung die Diskriminierung der Schwarzen in den Südstaaten beendete (sie waren lange in den Reihen der Demokraten zu finden gewesen, bevor sie sich den Republikanern zuwandten).

Bild S. 74/75: Neal Boenzi / The New York Times / Redux / Laif

Für all diese Kreise wurde die *National Review* zum Leitmedium. Und es war einer der Autoren von Buckleys Zeitschrift, der gemeinsam mit dem republikanischen Senator Barry Goldwater eines der wichtigsten Manifeste der amerikanischen Geschichte verfasste: *The Conscience of a Conservative (Das Gewissen eines Konservativen).* Das Buch wurde 1960 zum nationalen Bestseller und machte Goldwater zu einem politischen Star. Das lag an programmatischen Sätzen wie diesen: «Ich habe wenig Interesse daran, die Regierung effizienter zu machen, denn ich will sie verkleinern. Ich habe nicht vor, den Wohlstand zu fördern, denn ich will die Freiheit erweitern. Mein Ziel ist es nicht, Gesetze zu erlassen, sondern sie aufzuheben.» Buckley unterstützte Goldwater, als dieser 1964 für die Präsidentschaft kandidierte. Er verteidigte ihn vehement gegen seine vielen Kritiker. Und obschon Goldwater die Wahl krachend verlor, prägte die Kampagne eine Generation von Republikanern, allen voran Ronald Reagan. In seiner berühmten Grundsatzrede *A Time for Choosing,* die er auf dem Höhepunkt des Wahlkampfs hielt, plädierte er dafür, den Staat zurückzudrängen.

Buckley war nie ein Softie. Er war überzeugt: Damit die Konservativen erfolgreich sein konnten, mussten sie ein Stück weit auch populistisch sein. Doch in entscheidenden Momenten ging der Publizist öffentlich auf Distanz zu den extremen Elementen des rechten Lagers. Er erklärte in seiner *National Review* Antisemiten, Rassisten und Verschwörungstheoretiker als unerwünscht. Indem er diesen Kreisen eine Plattform verweigerte, bestimmte er, welche Argumente legitim waren und welche nicht. So steckte er die Grenzen der konservativen Bewegung ab.

Nie zeigte sich Buckleys Funktion deutlicher als zu der Zeit, als die Republikaner mit der Frage rangen, wie sie mit der rechtsextremen John Birch Society umgehen sollten. Die 1958 von einem Geschäftsmann gegründete Organisation erlangte in konservativen Kreisen rasch Einfluss und zählte zu Beginn der 1960er Jahre 100 000 Mitglieder im ganzen Land. Diese beteiligten sich besonders häufig an Vorwahlen, bombardierten ihre Abgeordneten in den Parlamenten mit Sammelbriefen und versuchten, die Partei in ihre Richtung zu lenken. Der Gründer der John Birch Society verbreitete unter anderem die Verschwörungstheorie, wonach die US-Regierung bis in höchste Kreise von Kommunisten unterwandert sei. Selbst der republikanische Präsident Dwight D. Eisenhower war in den Augen der «Birchers» ein Agent Moskaus. Buckley schrieb in zahlreichen Leitartikeln und Kolumnen gegen dieses «paranoide und antipatriotische Geschwätz» an – und rief die Republikaner auf, die John Birch Society zu meiden.

Diese Art von Hygiene wirkte. Die Macht der «Birchers» schwand nach Buckleys Intervention. Aber die Abgrenzung von den wütenden Kräften am Rand war bei den Republikanern nicht immer so klar. Unter Richard Nixon wurde aus dem gelegentlichen Flirt mit den Extremen eine Strategie. Als der Kalifornier 1968 zum zweiten Mal versuchte, zum Präsidenten gewählt zu werden, tat er das mit Avancen gegenüber den Wählern in den Südstaaten, die an der Rassendiskriminierung festhalten wollten. Er profitierte auch davon, dass die USA in dieser Zeit von gewaltsamen Unruhen erschüttert wurden. In den Vorstädten wuchs der Widerstand gegen die sozialen Bewegungen, die für Bürgerrechte und gegen den Vietnamkrieg kämpften. Nixon zapfte diese Ängste und Ressentiments an, indem er eine harte Law-and-Order-Politik versprach.

Vor allem aber machte Nixon gezielt Stimmung gegen progressive Eliten: Journalisten, Professorinnen und Filmschaffende aus Hollywood. Oft schickte er dafür seinen Vizepräsidenten Spiro Agnew vor, dessen Karriere von Korruption umweht war. Agnew sagte einmal über sich: «Meine grösste politische Leistung war es, das amerikanische Volk zu spalten. Ich bekenne mich nicht nur schuldig im Sinne dieser Anklage, ich fühle mich von ihr geschmeichelt.»

Nixon distanzierte sich nicht von Gewalt, wenn er glaubte, daraus politischen Nutzen ziehen zu können. 1970 attackierten Hunderte von Bauarbeitern in New York die Teilnehmer eines Studentenstreiks. Ein führender Berater Nixons hielt danach in einem Schreiben an den Präsidenten fest: «Eine Gruppe von Bauarbeitern kam

die Wall Street hoch und prügelte den Demonstranten die Hölle aus dem Leib. Ob man diese Art von Gewalt gutheisst oder nicht, wahrscheinlich hat man in der Hälfte der amerikanischen Wohnzimmer applaudiert.» Kaum ein Bauarbeiter hätte vor zehn Jahren für Nixon Partei ergriffen, schrieb der Berater. Aber dies seien «jetzt unsere Leute, wenn wir sie wollen».

Es gelang Richard Nixon, die Basis der Republikaner zu verbreitern. Seine glanzvolle Wiederwahl verdankte er Millionen von Amerikanern, die sich von den friedens- und hippiebewegten Demokraten abgestossen fühlten. Buckley hingegen wurde mit Nixon nie richtig warm. Aus seiner Sicht war dieser ideologisch unberechenbar. Zum Schrecken vieler Republikaner schuf der Präsident eine Reihe von neuen Behörden, darunter die nationale Umweltschutzbehörde EPA. Als Nixon 1972 mit seiner Reise nach Peking auch noch die Annäherung an das kommunistische China einleitete, brach Buckley endgültig mit ihm. Er sah ein, dass Nixon als Vehikel für seine konservativen Ideen nicht taugte. Nixons ausschliessliches Interesse galt seiner eigenen Macht.

Reagan bekämpfte das Recht auf Abtreibung, obwohl er anderer Meinung gewesen war. Es ging ihm um die Stimmen der Evangelikalen.

Grösser waren die Hoffnungen, die Buckley in Reagan setzte. Die beiden Männer begegneten sich erstmals zu Beginn der 1960er Jahre, kurz nachdem der frühere Hollywood-Schauspieler in die Politik eingestiegen war. Sie wurden Freunde. Reagan war ein eifriger Leser der *National Review.* «Die Rolle, die Buckley bei der Förderung von Reagans Karriere spielte, sowohl durch seine Schriften als auch durch seine persönliche Fürsprache für Reagan, kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden», notierte Buckleys Biograf Alvin Felzenberg. Ihre enge Beziehung riss auch nicht ab, als Reagan ins Weisse Haus einzog. Buckley empfahl ihm Leute, die sich für eine Aufgabe in der Regierung eigneten. Darunter war auch ein Mitarbeiter der *National Review,* der zu einem der wichtigsten Redenschreiber des Präsidenten wurde.

Reagans politische Positionen lagen weit rechts von denen Nixons. Er setzte sich für drastische Steuersenkungen und Kürzungen des Staatshaushalts ein (das Militär war davon ausgenommen). Reagan wollte den Ausbau des Sozialstaats rückgängig machen, und er kombinierte dieses Ansinnen mit einem optimistischen Ton. Das Resultat war ein fröhlicher Populismus.

Selbst Reagan biederte sich jedoch bei den Wählern am rechten Rand an. Nachdem er im Sommer 1980 als offizieller Präsidentschaftskandidat der Republikaner feststand, reiste er als Erstes nach Philadelphia im Gliedstaat Mississippi. In der Stadt war einige Jahre zuvor ein Lynchmord an drei Bürgerrechtsaktivisten verübt worden. Die lokale Polizei hatte den Ku-Klux-Klan bei den Morden unterstützt. Ausgerechnet dort hielt Reagan eine Rede, in der er sich gegen eine Einmischung der Bundesregierung in die Angelegenheiten der Gliedstaaten aussprach. Das war klassisches «dog whistling»: Politik mit der Hundepfeife, die nur jene hören sollen, die es betrifft. In diesem Fall die Kreise, die sich gegen die Durchsetzung der Gleichberechtigung für schwarze Amerikaner stellten.

Reagan war auch der erste Präsidentschaftskandidat, der offen gegen das Recht auf Abtreibung kämpfte – und das, obschon er selbst lange anderer Meinung gewesen war. Er erkannte, dass er sich mit dieser Haltung die Stimmen der evangelikalen Christen sichern konnte, die erstmals nach Jahrzehnten wieder begannen, sich der Parteipolitik zuzuwenden. Sie sahen in Reagan ihren Bannerträger. «Seit dem Kampf gegen die Sklaverei hatten sich die protestantischen Kirchen nicht mehr offen politisch betätigt, doch in den 1970er Jahren schlossen sich die Evangelika-



Berater von Barry Goldwater während dessen Präsidentschaftskampagne 1964 in Phoenix, Arizona. In *The Conscience of a Conservative* hatte Goldwater sowohl den Demokraten als auch dem republikanischen Präsidenten Dwight D. Eisenhower vorgeworfen, die Freiheit auf dem Altar der Gleichheit zu opfern.

len der konservativen Revolution an, entschlossen, die Familie und die Kirche vor dem Staat zu schützen», schreibt die Historikerin Jill Lepore.

Im Weissen Haus tat Reagan dann allerdings wenig, um die Anliegen der Evangelikalen, die in der breiten Bevölkerung nicht mehrheitsfähig waren, in die Tat umzusetzen. «Reagans Popularität und sein sonniges Gemüt machten es allzu leicht, anzunehmen, dass die verschiedenen Gruppen der Konservativen miteinander harmonierten», schreibt Matthew Continetti, der bei einem konservativen Think-Tank forscht. Dabei wurde gegen Ende von Reagans Amtszeit zunehmend deutlich, dass es vor allem der Antikommunismus war, der diese verschiedenen Strömungen zusammenhielt.

Sichtbar wurde das schon unmittelbar nach dem Ende des Kalten Kriegs. «Mangels einer äusseren Bedrohung von der Grössenordnung des Sowjetkommunismus wandten sich die Konservativen nach innen», schreibt Continetti. «Sie konzentrierten ihre Energien auf einen langwierigen Zermürbungskrieg gegen den einheimischen Liberalismus.» Das schloss die liberalen Kräfte mit ein, die bei den Republikanern noch immer wichtig waren. Zu ihnen gehörte Reagans Vizepräsident George H. W. Bush. Er kandidierte nach Reagans Abgang selbst für die Präsidentschaft. Und musste dabei feststellen, dass grosse Teile der republikanischen Basis ihn nicht als einen der Ihren betrachteten.

Nach vier Jahren im Amt hatte der gemässigte Ostküsten-Patrizier Bush den konservativen Rand gegen sich aufgebracht – nicht zuletzt, weil er die Waffengesetze verschärfte. Bei den innerparteilichen Vorwahlen 1992 hatte er nur mit Mühe den Rechtsaussenpolitiker Pat Buchanan besiegt. Um dessen Wähler zu besänftigen, räumte ihm die Republikanische Partei am Parteitag die Bühne frei für einen grossen Auftritt. Buchanan setzte den Ton für die kommenden Jahre, indem er sagte: «In diesem Land findet ein

Religionskrieg um die Seele Amerikas statt. Es ist ein Kulturkampf, der für unsere Nation genauso entscheidend ist wie der Kalte Krieg.»

Dass William F. Buckley, der grosse «Gatekeeper» der Konservativen, Buchanan kurz zuvor als Antisemiten gebrandmarkt hatte: Es war der Partei egal. Buckleys Einfluss war am Schwinden. Im selben Sommer 1992 lud Bush einen anderen Medienmann ein, ihn in Washington zu besuchen: Rush Limbaugh. Der Präsident versuchte verzweifelt, dem Radiomoderator eine Wahlempfehlung zu entlocken. Dafür trug er ihm sogar persönlich den Koffer hoch ins Gästeschlafzimmer des Weissen Hauses, wo Limbaugh übernachten durfte.

Bush erhielt Limbaughs Segen, aber er verlor die Wahl gegen den Demokraten Bill Clinton. Der Aufstieg Limbaughs als konservativer Taktgeber war ab diesem Zeitpunkt dennoch nicht mehr zu stoppen. «Er war zu einer unausweichlichen Präsenz im amerikanischen Leben geworden», so die Historikerin Nicole Hemmer.

Limbaugh wurde 1951 in Cape Girardeau in Missouri geboren. Dort begann er ein Studium, das er nach zwei Semestern schmiss. Er arbeitete als Musik-DJ bei Lokalsendern in Kalifornien und erhielt bald seine erste eigene Talkshow. Ab 1988 war er landesweit im Radio zu hören. Er profitierte von einem neuen Netzwerk von Radiosendern, die sich insbesondere an evangelikale Christen richteten. Vor allem im ländlichen Raum waren diese Sender für viele eine wichtige Informationsquelle. Sie verbanden Unterhaltung mit Predigten und politischen Talkshows, in denen es um die Themen und Ängste der konservativen Christen ging: Abtreibung, Homosexualität, Gleichheit der Geschlechter.

Limbaugh bewirtschaftete diese Themen geschickt. Er tat es mit einem derben Humor und Sprüchen über Andersdenkende und politische Gegner, die oft unter die Gürtellinie gingen. Feministinnen bezeichnete er als «Feminazis», er zog über «Schwuchteln» her, machte sich über Aids-Opfer und Obdachlose lustig. Dazwischen nahm er Telefonate seiner Hörerschaft entgegen. Wenn ihm jemand widersprach, führte er eine «Anruferabtreibung» durch: ein saugendes Geräusch, ein Schrei – und der Anrufer wurde ausgeblendet. Limbaughs liebste Zielscheibe waren der neue Präsident Bill Clinton und dessen Familie. Stilistisch war Limbaugh also: das Gegenteil von Buckley.

Was auch für konservative Ohren noch bis vor kurzem zu schrill gewesen wäre, fand nun ein grosses Publikum. Limbaugh erreichte mit seinen Provokationen täglich dreissig Millionen Hörer. Weniger erfolgreich war sein Versuch einer eigenen TV-Sendung, den er Anfang der 1990er Jahre mit dem republikanischen Politikberater Roger Ailes startete. Die Sendung wurde nach kurzer Zeit wieder eingestellt, aber ihre Spuren sind noch da: Ailes liess sich davon zur Gründung des Senders Fox News inspirieren.

Vor allem aber gewann Limbaugh zunehmend die Anerkennung durch das republikanische Establishment. Reagan nannte ihn 1992 «die wichtigste Stimme des Konservatismus in unserem Land». Die *National Review* setzte ihn 1993 auf die Titelseite und rief ihn zum «Anführer der Opposition» aus. Und als die Republikaner ein Jahr darauf einen Sieg bei den Zwischenwahlen errangen, machten sie Limbaugh zum Ehrenmitglied ihrer Fraktion. Einer ihrer Senatoren schwärmte: «Wenn Rush Limbaugh redet, weiss man, dass man der richtigen Welt zuhört.»

Die «richtige Welt» versus die Welt der Eliten: Das wurde unter dem Einfluss von Limbaugh ab den 1990er Jahren zur zentralen Erzählung der Republikaner. Sie waren lange die Partei der wohlhabenden und gut ausgebildeten Amerikaner gewesen. Doch die Wähler mit Hochschulabschluss fühlten sich zunehmend bei den Demokraten heimisch. Die Demokratische Partei war zum Sammelbecken jener geworden, die von der Globalisierung, dem technologischen Fortschritt und der kulturellen Öffnung profitierten. Unter Clinton wurden sie zu Fürsprechern des Freihandels – und verprellten damit Teile der traditionellen Arbeiterschaft. Die Republikaner hingegen appellierten an all jene (weissen) Wähler, die sich vom raschen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Wandel bedroht fühlten. Dabei tauschten sie die Hundepfeife zunehmend gegen das Megafon.

Illustration: Agata Marszalek

Der nächste Republikaner im Weissen Haus, George W. Bush, versuchte es zunächst mit einer differenzierten Strategie. Er sprach einerseits über Streitthemen wie die Homo-Ehe und verkündete andererseits einen «mitfühlenden Konservatismus». Letzterer erstickte in den Staubwolken der islamistischen Terroranschläge vom 11. September 2001. Bushs «Krieg gegen den Terror» sorgte unter Konservativen für geschlossene Reihen. Doch je klarer wurde, dass die Militäroperationen in Afghanistan und im Irak auch für die Amerikaner mit grossen Opfern verbunden waren, desto mehr wuchs in beiden Parteien der Groll auf das «Establishment», das die USA in diesen Krieg hineingeführt hatte.

Bush ging, Barack Obama kam, Limbaugh blieb. Der Talkshow-Host schürte sogleich die Paranoia und den Hass auf den ersten schwarzen Präsidenten, den es im konservativen Lager gab. Er erklärte Obama zu einem «extremistischen, tyrannischen Präsidenten». Er erzählte seinen Zuhörern, Obama und die Demokratische Partei planten, den USA «eine naziähnliche Sozialismus-Politik aufzuzwingen», und das Weisse Haus schicke Schläger aus, um rechtschaffene Leute bei Versammlungen zu verprügeln. Limbaugh verbreitete auch pausenlos die Verschwörungstheorie, wonach Obama nicht in den USA geboren worden sei.

Besonders die Anhänger der staatskritischen «Tea Party», die sich nach Obamas Wahl überall im Land formierte, sogen solche Töne gierig auf. Angst durchflutete die Basis, die Waffenverkäufe schossen in die Höhe. Und Limbaugh war mit seinen Tiraden längst nicht mehr allein. Inzwischen hatte sich ein ganzes Universum von konservativen Medienorganisationen herausgebildet, die um die Deutungshoheit (und um Werbeeinnahmen) kämpften, allen voran der TV-Sender Fox News. Gleichzeitig rissen die sozialen Netzwerke die letzten Brandmauern zu den rechten Rändern nieder.

William F. Buckley starb 2008. Und die von ihm gegründete *National Review* verlor nach und nach ihren Einfluss auf die Republikanische Partei. Als Donald Trump 2016 in den republikanischen Vorwahlen für die Präsidentschaft antrat, unterzeichneten 21 konservative Kommentatoren der *National Review* einen Aufruf unter dem Titel *Never Trump (Niemals Trump)*. Er blieb wirkungslos. Die Parteispitze setzte dem Populisten keinen ernsthaften Widerstand entgegen, und sie grenzte sich auch nicht von ihm ab, als er im Weissen Haus eine demokratische Norm nach der anderen brach, krude Verschwörungstheorien verbreitete und schliesslich versuchte, die Wahl seines Nachfolgers Joe Biden umzukehren.

In seiner letzten Rede zur Lage der Nation, die Donald Trump als Präsident vor dem Kongress hielt, überreichte er überraschend die Freiheitsmedaille an Rush Limbaugh. Sie ist die höchste zivile Auszeichnung, die ein US-Präsident zu vergeben hat. Während Trumps Rede sass Limbaugh auf der Zuschauertribüne. Er war zu diesem Zeitpunkt schon todkrank, aber er lächelte. Die Republikaner im Saal standen auf und applaudierten. |G|



Alan Cassidy, Jahrgang 1983, war 2018 bis 2021 USA-Korrespondent für den *Tages-Anzeiger* und die *Süddeutsche Zeitung*. Heute ist er Redaktor im Inlandressort der *NZZ am Sonntag*.



Weiterführende Literatur

Matthew Continetti: The Right. The Hundred Year War for American Conservatism. New York 2022.

Alvin Felzenberg: A Man and His Presidents. The Political Odyssey of William F. Buckley Jr. New Haven 2017.

Nicole Hemmer: Messengers of the Right. Conservative Media and the Transformation of American Politics. Philadelphia 2016.

Dies.: Partisans. The Conservative Revolutionaries Who Remade American Politics in the 1990s. New York 2022.

Jill Lepore: Diese Wahrheiten. Eine Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika. München 2019.

John Micklethwait und Adrian Wooldridge: The Right Nation. Conservative Power in America. New York 2005.

«Ich weiss nicht, warum sie uns misstrauten»

Morddrohungen, Medienkampagnen und «Asylantenbatzen» statt Sozialhilfe: Wie die Schweiz in den 1980er Jahren die tamilischen Flüchtlinge empfing. Und wie die Asylpolitik zu jenem polarisierten Thema wurde, das sie bis heute ist.

Von Giorgio Scherrer

Erst angefeindet, dann willkommen, weil sie den Bedarf nach ungelernten Arbeitskräften befriedigen konnten: Ein Tamile reinigt den roten Teppich vor dem Bundeshaus für einen diplomatischen Anlass, Oktober 1990.

Bild: Fotoagentur ASL / Schweizerisches Nationalmuseum, LM-179563.32





Die Behörden verfolgen eine restriktive Praxis, weil sie einen «Sog-Effekt» bei den Tamilen in Sri Lanka fürchten. Der stadtbernische Polizeidirektor Marco Albisetti, Stadtpräsident Werner Bircher und Bundesrat Rudolf Friedrich (von links) informieren an einer Pressekonferenz über Asylentscheide, 15. März 1984.

Es ist eine seltsame Demonstration, die im Frühjahr 1986 durch die Stadt Thun zieht. Keine Plakate, keine Slogans, keine Sprechchöre. Nur etwa sechzig junge Schweizerinnen und Schweizer, die sich zur Migros aufmachen, um dort einzukaufen – und statt mit Geld mit Jetons aus Messing bezahlen wollen. Die Jetons bestehen aus dünnem Blech, sie haben etwas mehr als drei Zentimeter Durchmesser, und sie sind ein nationales Politikum. Der Volksmund nennt sie «Tamilenbatzen» oder «Asylantenbatzen». Abgegeben von den Thuner Behörden, berechtigen sie zum Kauf von Lebensmitteln in ausgewählten Geschäften.

Die einen sehen in den Jetons die pragmatische Lösung für ein Problem, das in den 1980er Jahren die Schweiz bewegt: für den Umgang mit Flüchtlingen aus Sri Lanka, die zu Tausenden ins Land kommen. Andere – so auch die Thuner Demonstrierenden – halten sie für einen Ausdruck von Misstrauen und Kleinlichkeit. Zwar sind die Batzen mit dem Porträt eines Königs gestanzt. Aber das hat nichts zu bedeuten: Die Gemeinde hat die Jetons aus Kostengründen mit anderweitig vorhandenen Stempeln prägen lassen. Das erklärt auch die merkwürdige Beschriftung, die sich um den Kopf des Königs zieht: «Best best German silver / Made in Switzerland».

Die Kassiererin in der Migros starrt ungläubig auf eine Demonstrantin. «Sie sind doch Schweizerin», sagt sie. «Das geht nicht. Sie können damit nicht bezahlen.» Nur Asylbewerber dürften das, erklärt der Filialleiter. Man kontrolliere zwar keine Ausweise, die «dunkelhäutigen Tamilen» erkenne man aber gut. Ähnliches bekommen die Demonstrierenden im Coop und in einer Metzgerei in der Innenstadt zu hören: Nur Tamilen dürfen mit dem Batzen einkaufen.

Bild: Keystone/Str

Eingeführt worden ist er ein Jahr zuvor. Das Ziel der Thuner Behörden: die Bevölkerung beruhigen. Man wolle verhindern, dass die Flüchtlinge das Geld für Luxusgüter ausgeben oder an die Familien zu Hause schicken, erklärt der städtische Sozialvorsteher im Schweizer Fernsehen. Wie das mit fünfzehn Franken am Tag möglich sein soll, erklärt er nicht. Ein ebenfalls befragter Passant wird noch deutlicher: «Es ist nicht richtig, dass wir Bürger Geld hergeben sollen für diese Asylanten, die zum grössten Teil wirtschaftliche und nicht richtige Asylanten sind.»

1982 kommen die ersten tamilischen Flüchtlinge in die Schweiz. Sie stammen aus Sri Lanka, wo sich seit längerem ein Bürgerkrieg anbahnt. 1983 bricht er aus. Die tamilische Minderheit kämpft gegen die singhalesische Mehrheit. Nach einem Angriff der Tamil-Tigers-Miliz auf einen Militärstützpunkt kommt es zu Pogromen an der Zivilbevölkerung. Dreitausend Tamilinnen und Tamilen werden ermordet. Wer sich politisch exponiert hat, verlässt das Land.

Suppiah Vadivelu zum Beispiel, der sich in seinem Dorf für die Sache der Tamilen einsetzt. 1983 flieht er mit einem Touristenvisum in die Schweiz. Er ist 27, als er hier ankommt, in einem Durchgangszentrum im Berner Oberland. Zum ersten Mal in seinem Leben sieht er Schnee, steht allein zwischen hohen Bergen. Er denkt an seine Heimat und weint. Die Berge, sagt der unterdessen 68-Jährige im Rückblick, seien hier seine ersten Freunde gewesen. «Heute lieben uns die Schweizer. Damals war das nicht so.»

Im Berner Hauptbahnhof trifft sich Vadivelu in jener Zeit mit anderen Tamilen. Sie tragen Lederjacken mit einem Produktionsfehler, eine Hilfsorganisation hat sie ihnen gegeben. Jetzt zeigen die Schweizer empört darauf, machen wütende Bemerkungen: «Der Luxus, den sich die Tamilen leisten!» Andere schimpfen nicht, sondern drücken Vadivelu eine Zehnernote in die Hand. Dann gehen sie rasch weiter.

Kurze Zeit später wechselt Vadivelu nach Thun, wo er 1985 im Bahnhofbuffet zu arbeiten beginnt. An den Tamilenbatzen erinnert er sich nur vage, aber die Proteste dagegen hat er miterlebt. Neben den Schweizer Demonstrierenden wehren sich auch Tamilen. Manche weigern sich, den Batzen anzunehmen, legen in den Beschäftigungsprogrammen der Stadt die Arbeit nieder und verlangen normales Geld statt einer «Flüchtlingswährung». Ohne Erfolg.

Vadivelu war einer der ersten vierhundert tamilischen Flüchtlinge, die ab 1983 in der Schweiz ankamen. «Ich weiss nicht, warum sie uns misstrauten», sagt er. «Vielleicht weil wir die ersten dunklen Menschen waren, die in grösseren Gruppen kamen. Vielleicht weil ein paar von uns depressiv waren und tranken. Aber eigentlich wollten wir vor allem eines: möglichst schnell arbeiten und uns vom Kriegstrauma erholen.»

Dass die Tamilen und Tamilinnen in der Schweiz von Solidarität bis zu blankem Hass solch unterschiedliche Emotionen auslösten, ist kein Zufall. Ihre Ankunft steht stellvertretend für einen Wendepunkt in der Schweizer Flüchtlingsgeschichte: In den 1980ern steigt die Zahl der individuellen Asylgesuche stark an – die Zeit der Aufnahme in grossen Kontingenten, etwa aus Ungarn oder der Tschechoslowakei, ist vorbei. Zwischen 1980 und 1990 wird sich die Zahl der individuellen Gesuche mehr als verzehnfachen. Zudem kommen die Flüchtlinge vermehrt aus dem globalen Süden, neben Sri Lanka etwa aus der Türkei oder aus Kongo. In den 1980ern stammt die Hälfte aller Gesuche von Tamilen und türkischen Kurden.

Lange war die Migrationsgeschichte jener Jahre wenig erforscht. Eine kürzlich an der Universität Freiburg abgeschlossene Doktorarbeit leistet nun Abhilfe. Darin beschreibt der Historiker Jonathan Pärli, wie die Asyl- und Flüchtlingspolitik damals «innert kürzester Zeit einen grundlegenden restriktiven Wandel erlebte». Grosszügige Regelungen wurden auf politischen Druck hin verschärft, die Bearbeitung von Gesuchen wurde in die Länge gezogen, und in einigen aufsehenerregenden Fällen wurde demonstrativ Härte gezeigt. Statt sich wie in den Jahrzehnten davor mit ihrer humanitären Tradition zu schmücken, setzte die offizielle Schweiz jetzt alles daran, als unattraktives Fluchtland zu gelten.

Die 1980er Jahre waren aber auch eine Zeit, in der diese Tendenz auf die massive Gegenwehr

einer neu formierten Asylbewegung stiess. Zu ihr gehörte die 1986 gegründete Bewegung für eine offene, solidarische und demokratische Schweiz (Bods). Sie stellte ihre Gründungscharta unter den Titel *Wir rufen die andere Schweiz* und schrieb darin: «Wir fühlen uns nicht bedroht von ein paar Tausend Türken und Tamilen, sondern von einer Politik, die die Demokratie aushöhlt und die Menschenrechte missachtet.»

Gleichzeitig entdeckten auch rechte Gruppierungen, dass sich mit Flüchtlingen Politik machen liess. Neben diversen politischen Vorstössen zeigte sich das im grössten Ausbruch rassistisch motivierter Gewalt in der jüngeren Schweizer Geschichte. Brandanschläge auf Asylheime, brennende Kreuze und tödliche Angriffe am helllichten Tag fielen Ende der 1980er Jahre zusammen mit einem Erstarken der rechtsextremen Szene und des Rechtspopulismus in der Politik. In jenem Jahrzehnt wurde eine Grundlage geschaffen für die bis heute anhaltende Politisierung des Asylthemas – von links wie von rechts.

Wie konnte es dazu kommen? Anfang der 1980er Jahre steht die Asylpolitik noch im Zeichen der Öffnung. In den Jahrzehnten davor hat die Schweiz in grosser Zahl Flüchtlinge aus Ostblockstaaten aufgenommen und so ihren Antikommunismus demonstrieren können. Zugleich ist die restriktive Haltung im Zweiten Weltkrieg zum Thema geworden. Journalisten wie Alfred Häsler *(Das Boot ist voll)* oder Niklaus Meienberg *(Die Erschiessung des Landesverräters Ernst S.)* haben ein kritisches Licht auf das humanitäre Selbstverständnis der Schweiz geworfen. Der Historiker Edgar Bonjour hat 1970 gar von einer «Mitschuld des Gesamtvolkes» an der «Unmenschlichkeit gewisser Aspekte der behördlichen Asylpolitik» während des Kriegs gesprochen.

Nun will die offizielle Schweiz zeigen, dass sie eine andere geworden ist. Und so tritt am 1. Januar 1981 das erste Asylgesetz ihrer Geschichte in Kraft, ein grosszügiges und liberales Regelwerk. Es führt einheitliche Regeln und Verfahren ein, die für alle Flüchtlinge gleichermassen gelten – ein Novum. Das Asylgesuch soll von einer politischen zu einer rechtlichen Angelegenheit werden, mit mehr Transparenz und weniger Willkür. Doch dann bekommt die Politik Angst vor ihrem Mut. Kurz nachdem das Gesetz in Kraft getreten ist, wird es bereits ein erstes Mal verschärft. Und noch bevor diese erste Revision in Kraft tritt, wird schon die nächste angestossen, durch eine breit getragene Motion des Zürcher FDP-Nationalrats Hans Georg Lüchinger. Ihr Ziel: «die Ausscheidung zwischen unechten und echten Flüchtlingen». Ihr Hauptthema: die Tamilen. «Diese asiatischen Mitmenschen», schreiben Lüchinger und seine 101 Mitunterzeichner, «werden in der Schweiz kaum je heimisch werden.»

Dürfen die Tamilen zur Schweiz dazugehören? Um diese Frage kreist in den nächsten Jahren die nationale Politik. Die tamilischen Flüchtlinge werden zum zentralen Bezugspunkt, wenn es um die Verschärfung des Asylgesetzes geht – und um den Widerstand dagegen. Die Auseinandersetzung darum findet auf lokaler Ebene statt, vor allem im Kanton Bern, wo die meisten Flüchtlinge aus Sri Lanka landen. Hier schreiben in den nächsten Jahren die einen Willkommensbriefe und die anderen Morddrohungen.

Willkommensbriefe schreiben zum Beispiel Peter und Heidi Zuber aus Ostermundigen. Das Ehepaar bietet tamilischen Flüchtlingen per Zeitungsinserat ein Dach über dem Kopf und Schutz vor Ausschaffung an. Der Hintergrund: Im Oktober 1984 beschliesst der Bundesrat trotz anhaltendem Bürgerkrieg, Tamilen nach Sri Lanka zurückzuschicken. Schweizer Helfern drohen laut der Berner Fremdenpolizei Busse und Gefängnis. Peter Zuber sagt dazu im Schweizer Fernsehen: «Ich werde mich zur Wehr setzen. Ich bin entschlossen, die Menschlichkeit über jedes Gesetz zu stellen, um jeden Preis.»

Es ist der Ursprungsmoment einer politischen Bewegung, die Mitte der 1980er Jahre in Bern entsteht. «Tamilenfreunde» aus dem linken und aktivistischen Umfeld schliessen sich mit solchen aus kirchlichen und ländlichen Kreisen zusammen. Die Aktion für abgewiesene Asylsuchende (AaA) organisiert Mahnwachen, Petitionen und Proteste und kann schliesslich so viel Druck aufbauen, dass die Ausschaffungen gestoppt werden. Eine zentrale Rolle spielen dabei die Kirchen des Kantons, die den Ausschaffungs-

Bild: Keystone/Str



Der Bund heisst kaum Asylgesuche gut, setzt aber auch kaum Rückschaffungen durch: Tamilische Flüchtlinge bei einer unbekannten Unterkunft, Januar 1987.

kandidaten Kirchenasyl gewähren und dafür vom Bischof von Basel bis zum Uno-Flüchtlingskommissar Unterstützung erhalten. Auf den Kirchen entlädt sich allerdings auch die Wut all jener Schweizerinnen und Schweizer, die keine Tamilen im Land wollen. So sind die Zuschriften an die Pfarrgemeinde Bern-Bethlehem voller Hass und Verachtung. Menschen werden mit Schädlingen verglichen, als Träger von Krankheiten diffamiert oder mit dem Tod bedroht:

> *Tamilen? Das sind doch Opportunisten und Terroristen und Drogenhändler!!*
>
> *Mit vollen Händen werden diese hergelaufenen Tamilen, Türken, Schwarzen usw. unterstützt, wobei kein Tag vergeht, wo nicht unsere Kinder mit Drogen von Tamilen ins Unglück gestürzt werden, unsere Töchter und Frauen vergewaltigt und sexuell belästigt werden.*

Und, direkt an einen Pfarrer gerichtet:

> *Sie können auch gerade gehen. Sie Lumpenseckel. Die alten Eidgenossen hätten einen solchen Pfaff schon längst erschossen. Dies kann Ihnen noch blühen!!!!!!!!*

Bei Drohungen bleibt es nicht. In den späten 1980er und frühen 1990er Jahren häufen sich in der Deutschschweiz rechtsextrem motivierte Angriffe auf Flüchtlinge und Flüchtlingsheime. Allein 1989 und 1990 werden laut einer Chronologie des Journalisten Jürg Frischknecht mindestens sieben Menschen getötet, fünf davon Tamilen. Dutzende weitere werden beschimpft, zusammengeschlagen oder terrorisiert.

Chur, 2. Juli 1989: Eine Flüchtlingsunterkunft geht in Flammen auf. Im Bekennerschreiben steht: «Raus mit dem Asylanten- u. Rauschgiftpack aus unseren Dörfern u. Städten. Oder wir

verheizen das Gesindel, bis keiner mehr in unseren Häusern ist!» Vier Tamilen sterben, unter ihnen zwei Minderjährige. Ihre Namen: Sathviel Thambirajah, Thevarajah Sinnethamby, Balamurali Kandian und Balamuganthan Kandian.

Steinhausen, Kanton Zug, 4. November 1989: Eine Gruppe Neonazis trifft sich zu einem Geburtstagsfest und stürmt eine Asylunterkunft, während die Polizei danebensteht. Danach posieren die Neonazis vor einem brennenden Kreuz für einen Fotografen der Boulevardzeitung *Blick*.

Regensdorf, Kanton Zürich, 21. Juli 1990: Der 23-jährige Anthakumar Sivaguru sitzt auf dem Dorfplatz, als ein 39-jähriger Ex-Boxer aus einem Restaurant tritt. Der Boxer ist betrunken und uriniert in eine Blumenkiste. Dann tritt er zu Sivaguru, ruft «Tamilen raus!» und streckt ihn mit einem Faustschlag nieder. Sein Opfer stirbt einen Tag später im Spital. Es ist der Auslöser für eine Demonstration gegen Fremdenfeindlichkeit, an der über zweitausend Personen teilnehmen.

Die «Tamilenfrage» bringt in jener Zeit nicht nur Fremdenfeinde auf den Plan, sondern auch die Flüchtlingsfreunde dazu, sich politisch besser zu organisieren. So etwa die Berner Flüchtlingskoalition, die sich erst lokal und dann schweizweit vernetzt. 1986 ergreift die Gruppe gar das Referendum gegen die zweite Asylrechtsrevision. Es ist das erste Mal in der Geschichte der Schweizer Demokratie, dass keine etablierte Gruppierung, sondern eine aktivistische Basisbewegung für ein Referendum sorgt.

Derweil macht die Bewegung den Tamilenbatzen zum Symbol für die Kaltherzigkeit gegenüber Asylsuchenden. Linke Aktivisten tragen daraus gefertigte Ohrringe. Unter dem Vermerk «Flüchtlingsbatzen» werden Spenden für die Bewegung gesammelt. Während einer Fragestunde zur Asylpolitik vergleicht Nationalrätin Barbara Gurtner (Partei der Arbeit, Bern) den Batzen sogar mit dem Stempel, den Juden im «Dritten Reich» in den Pass bekamen. Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier diskutieren noch über das Thema, als sie von seltsamen Gegenständen am Kopf getroffen werden. Sie blicken hoch zur Zuschauertribüne, wo Aktivisten Tamilenbatzen auf sie herunterregnen lassen. Wie das *Thuner Tagblatt* berichtet, sind es Nachbildungen aus Schokolade.

Scheinflüchtlinge und Schmarotzer hier, Menschenrechtsverletzungen und Nazi-Vergleiche dort: Der Ton wird rauer – und die Asylpolitik zu jenem polarisierten Thema, das wir heute kennen. Auch medial wird die Diskussion um die Tamilen immer aufgeladener. Der *Blick* fährt eine regelrechte Kampagne gegen sie.

Messerstechereien, Rauschgift, Vergewaltigungen: Wächst das Tamilen-Problem den Behörden über den Kopf?

Tamilin mit 2,7 kg Heroin erwischt – sie wollte Asyl

9 Heroin-Tamilen aus Gefängnis getürmt!

Die Tamilen als Drogenhändler und Verbrecher: Von diesem Bild wird später wenig übrigbleiben. Eine Untersuchung, im Auftrag des Bundes durchgeführt von der Universität Neuenburg, wird 2007 zum Schluss kommen, dass die Kriminalität unter Sri-Lankerinnen und Sri-Lankern im langjährigen Schnitt etwa gleich hoch ist wie in der Schweizer Gesamtbevölkerung. Eine Ausnahme bildet das Jahr 1986, als es einen kurzzeitigen Anstieg der Drogendelikte gab.

Wer in der aufgeheizten Berichterstattung zur «Tamilenfrage» damals selten zu Wort kam, waren die Tamilinnen und Tamilen selbst. «Ich habe schon gemerkt, dass wir vom *Blick* schlecht dargestellt wurden», sagt Suppiah Vadivelu. «Aber ich hatte andere Sorgen.» Vadivelu arbeitete – erst im Bahnhofbuffet, dann bei einem Maler und schliesslich in einer Uhrenfabrik, wo er zum Lageristen mit Staplerfahrausweis aufstieg. Eine Erfolgsgeschichte. Und doch eine, die von den politischen Konflikten nicht unberührt blieb. Er habe immer wieder rassistische Sprüche gehört, sagt Vadivelu. «Und ich hatte immer diese Angst: Was wird morgen sein?» Denn wie viele tamilische Flüchtlinge wartete auch er lange auf einen Asylbescheid. Erst 1988, fünf Jahre nach der Ankunft, bekam er eine Aufenthaltsbewilligung.

Illustration: Agata Marszalek

Das hatte System. Die offizielle Schweiz reagierte auf die «Tamilenfrage» nicht nur mit Ausschaffungsdrohungen und rechtlichen Verschärfungen, sondern auch mit einer Verschleppung der Asylgesuche. So lautete zumindest der Vorwurf des Südostasien-Verantwortlichen im Bundesamt für Polizeiwesen, das die Gesuche behandelte. Aus Protest kündigte der Jurist Christoph Fisch 1984 seine Stelle und bemängelte öffentlich, dass zu jenem Zeitpunkt erst ein einziger Tamile offiziell als Flüchtling anerkannt worden war, während über tausend Gesuche unbeantwortet blieben. Auch Berichte über die Menschenrechtslage in Sri Lanka seien ignoriert worden. Fisch erklärte das damit, dass sich auch im Bundesamt «Forderungen fremdenfeindlicher Bewegungen» immer stärker bemerkbar machten. Der Historiker Jonathan Pärli schreibt, dass die Behörden mit ihrer restriktiven Praxis einen «Sog-Effekt» verhindern wollten. Das heisst: Die Schweiz sollte nicht als attraktives Fluchtland gelten.

Wie andere angefeindete Gruppen von Migranten vor und nach ihnen empfing die offizielle Schweiz auch die Tamilinnen und Tamilen mit der Erwartung, dass sie höchstens vorübergehend bleiben würden. Und wie im Fall der anderen Gruppen – etwa der Saisonniers aus Italien oder der Kriegsflüchtlinge aus dem zerfallenden Jugoslawien – erwies sich diese Erwartung als Irrtum. Obwohl der Bund nur wenige tamilische Asylgesuche guthiess, nahm deren Zahl bis 1992 kontinuierlich zu. Aber auch Rückschaffungen setzte der Bund nur wenige durch. Dreimal (1990, 1994 und 2000) erhielten mehrere tausend Tamilinnen und Tamilen, die seit Jahren im Land waren, eine provisorische Aufenthaltsbewilligung.

Heute ist die tamilische Diaspora aus der Schweiz nicht mehr wegzudenken. Es gab zwar auch in den vergangenen zwanzig Jahren Negativschlagzeilen, etwa zu Alkoholismus oder mutmasslichen Zwangsspenden an die Tamil Tigers. Mit der Integration in den Arbeitsmarkt hat sich der Ruf der Tamilinnen und Tamilen aber markant verändert. Die Wandlung von Hassfiguren zu Lieblingsflüchtlingen begann Ende der 1980er Jahre und war Anfang der 2000er Jahre weitgehend Realität. 2005 fasste das *Magazin* des *Tages-Anzeigers* die Haltung der Schweizer so zusammen: «Der Tamile ist fleissig und unauffällig. Er hat und macht keine Probleme. Er ist der ideale Immigrant.» Diesen Imagewandel erklärt die vom Bund veranlasste Studie damit, dass tamilische Flüchtlinge in den Bereichen Gastronomie, Pflege, Betreuung und Reinigung «die wirtschaftliche Nachfrage nach ungelernten Arbeitskräften befriedigen» konnten.

Der frühere Flüchtling Suppiah Vadivelu sagt es so: «Erst als die Schweizer merkten, dass wir fleissige Arbeiter sind, durften wir bleiben.» Vadivelu ist stolz, dass viele seiner Landsleute nun ihr eigenes Geschäft haben oder, wie seine beiden Töchter, studiert haben und sich in der Lokalpolitik betätigen. «Ich bin der Schweiz unendlich dankbar für die Sicherheit, die sie mir gegeben hat.» Vadivelu weint, als er das sagt. 2002 wurde er eingebürgert.

Der Thuner Tamilenbatzen wurde derweil im Dezember 1986 still und leise abgeschafft, nachdem ein Rechtsgutachten ihn als illegal bezeichnet hatte. Das Referendum gegen die Verschärfung des Asylgesetzes scheiterte im Jahr darauf. Seither gab es sieben weitere Verschärfungen. Alle wurden angenommen. |G|



Giorgio Scherrer, Jahrgang 1995, ist Redaktor im Ressort Zürich der NZZ. Er hat an den Universitäten Zürich und Oxford Geschichte und Politikwissenschaften studiert.



Weiterführende Literatur

Jürg Frischknecht: «Schweiz wir kommen». Die neuen Fröntler und Rassisten. Zürich 1991.

Joëlle Moret, Denise Efionayi und Fabienne Stants: Die srilankische Diaspora in der Schweiz. Hg. vom Bundesamt für Migration. Bern 2007.

Jonathan Pärli: Die andere Schweiz. Asyl und Aktivismus 1973–2000. Dissertation. Freiburg 2022.

Damir Skenderovic: The Radical Right in Switzerland. Continuity and Change, 1945–2000. New York 2009.

Ein zeitgemässer Mord

Was bringt einen Pazifisten dazu, den Ministerpräsidenten seines Landes zu erschiessen? Und weshalb wird er schliesslich begnadigt und gefeiert? Die Geschichte von Friedrich Adler.

Von Philipp Blom

Am 21. Oktober 1916 ass der kaiserlich-königliche Ministerpräsident Karl Graf Stürgkh, wie es seine Gewohnheit war, im Hotel Meissl & Schadn am Hohen Markt in Wien zu Mittag. Die politische Lage des Habsburgerreichs war mehr als angespannt. Alle Hoffnungen auf einen schnellen Sieg im Ersten Weltkrieg waren verpufft, die überlasteten Verkehrsnetzwerke im Reich standen am Rand des Zusammenbruchs, die Bevölkerung hungerte, und der Winter drohte schrecklich zu werden. Stürgkh regierte mit harter Hand im Namen des greisen Kaisers Franz Joseph, der noch exakt einen Monat leben würde. Das Essen nutzte der Regierungschef häufig für politische Besprechungen.

An einem Tisch gegenüber hatte um etwa 13 Uhr ein Gast Platz genommen, der einem Zeugen gleich aufgefallen war. Er sollte sich später an «einen jungen Mann mit langen, wirren Haaren» erinnern, «eine auffallende Erscheinung, die nicht in das konservative Gepräge dieses Saales passte, in dem sie als ein ganz fremdes Element erschien». Der junge Mann hatte ein Menu bestellt und ass mit Bedacht Suppe, Hauptgang und Dessert. Dazu trank er Mineralwasser und eine Tasse Kaffee. Anderthalb Stunden später, um 14 Uhr 30, trank er seinen Kaffee aus, stand auf und ging mit raschen Schritten auf den Ministerpräsidenten zu. Er zog einen Revolver und feuerte aus ungefähr dreissig Zentimeter Abstand vier Schüsse auf ihn ab. Einer streifte Stürgkh, die anderen drei trafen ihn im Kopf. Er war augenblicklich tot.

«Nieder mit dem Absolutismus, wir wollen Frieden!» will der Attentäter direkt nach den Schüssen gerufen haben, aber tatsächlich konnte sich kein Zeuge daran erinnern. Der weitere Ablauf der Dinge aber ist deutlich. Der Attentäter versuchte zu entkommen, mehrere Menschen stürzten auf ihn zu, darunter ein Kellner und mehrere deutsche Offiziere, die zufällig in der Nähe waren. Es kam zum Handgemenge. Der Mörder wurde zu Boden geworfen und gewürgt, seine Brille wurde ihm abgerissen, ein Offizier kam mit drohend gezogenem Säbel auf ihn zu, und der Gefangene rief: «Ich stelle mich dem Gericht, ich heisse Doktor Adler!»

Den Anwesenden war in der Erregung des Augenblicks nicht gleich klar, wen sie da überwältigt hatten, denn dieser Gewaltverbrecher war weder Anarchist noch Spion einer feindlichen Macht oder irgendein hergelaufener Verrückter. Dr. Friedrich Adler, geboren 1879 und damit kein ganz junger Mann mehr, war Sekretär der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich. Bevor er in die Politik gegangen war, hatte er gemeinsam mit Albert Einstein Physik studiert und sich als Freund und Nachbar im selben Haus intensiv mit ihm ausgetauscht. Ausserdem war Adler überzeugter Pazifist und der Sohn von Victor Adler, der als Zeitungsherausgeber, Mitgründer und Vorsitzender der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei eine Berühmtheit war.

Mit diesem Namen und dieser Familie bekommt der Mord im Hotelsaal eine besondere Bedeutung. Er wird zu einer Linse, durch die sich ein historischer Moment vertieft ausleuchten lässt. Die Arbeit eines Historikers ist oft genug von der frustrierenden Tatsache beherrscht, dass die meisten Fakten und Schicksale, die seinen Gegenstand beleben könnten, nicht oder nur unzureichend dokumentiert sind und deswegen Vermutung bleiben müssen. Nur selten liefert die Forschung Fundstücke, die das Gesicht einer Epoche und den Charakter ihrer Protagonisten so beleuchten können, dass sie über sich selbst hinaus strahlen.

Die Geschichte um Friedrich und Victor Adler und den Mord an Stürgkh gehört zu diesen raren Momenten. Vor einem Jahrhundert war sie kurzzeitig eine Sensation, geriet dann aber fast völlig in Vergessenheit. Es ist eine Episode, in der ein einzelner Strang der kollektiven Erzählung so

Er hatte seine Prinzipien, und er ging weit, weiter als die meisten, um ihnen treu zu bleiben: Friedrich Adler, Anführer der Sozialdemokratie in Österreich, Physiker und Kollege von Albert Einstein, hier porträtiert in der Zeit zwischen 1920 und 1930.

intensiv mit anderen verbunden ist, dass sie einen ganzen geschichtlichen Kontext erschliessen kann. Die Ereignisse führen nach Zürich und nach Wien, in die letzten Jahre des Habsburgerreichs, als ein über Jahrhunderte ziemlich stabiles politisches Gebilde innerhalb weniger Jahre atomisiert wurde; in eine Zeit der Industrialisierung, der Moderne, der wissenschaftlichen Revolutionen, der erschütterten Männlichkeit und der triumphierenden Arbeiterbewegung. Mittendrin: ein junger Mann, der seinen Weg suchte und ihn nicht fand.

Vieles an diesen Ereignissen ist nur mehr von historischer Bedeutung. Dennoch hallen die Echos bis in die Gegenwart. Wie weit darf man, muss man gehen, um seinen Prinzipien treu zu bleiben? Was ist gerechtfertigt in einer verzweifelten Situation, sowohl in der Politik als auch im privaten Leben? Was sind Überzeugungen wert, und wo liegen die Grenzen des legitimen Handelns? Für Friedrich Adler, der von seiner Familie Fritz genannt wurde, waren diese Grenzen weit verschoben, was auch von den Befindlichkeiten und Ängsten der Welt um 1900 zeugt, einer Welt, die bereits sehr modern war.

Die Nachricht vom Mord verbreitete sich innerhalb kürzester Zeit. Ein anonymer Anruf erreichte Friedrichs Mutter Emma Adler zu Hause. Ihr Mann Victor hielt gerade seinen Mittagsschlaf, und sie wollte ihn nicht beunruhigen, weswegen sie Friedrich Austerlitz anrief, der ein Freund der Familie war und ausserdem Chefredaktor der sozialdemokratischen *Arbeiter-Zeitung*. «Der Fritz macht ja immer solche Sachen!», reagierte der. Als Vater Adler endlich erwachte, gaben die beiden auch ihm die schreckliche Nachricht weiter. Er lächelte nur und sagte: «Aber gehen S', das kann doch nicht sein.»

Am nächsten Tag schrieb Austerlitz in der *Arbeiter-Zeitung:* «Für alle, die ihn gekannt, bleibt nur die Erklärung, dass seine schon lange fassungslose Seele durch eine jähe Sinnesverwirrung zu einer Untat hingerissen wurde, zu einem Entschluss, von dem bis in die letzte Stunde auch nicht ein Anzeichen sichtbar wurde. Der schreckliche Entschluss scheint in seinem Gehirn ganz plötzlich aufgetaucht zu sein.»

Unterwegs in den Untergang: Österreichs politisch-militärische Führung mit Ministerpräsident Karl Graf Stürgkh (links) berät die diplomatischen Schritte gegen Serbien, die den Ersten Weltkrieg entfesseln. Fotomontage aus einer Wiener Zeitung, 16. Juli 1914.

Der Tatort im Hotel Meissl & Schadn, wo Friedrich Adler am 21. Oktober 1916 den österreichischen Ministerpräsidenten ermordet.

Fritz Adler allerdings hatte nicht im Wahn oder im Affekt gehandelt. Er hatte seine Tat zwar amateurhaft, aber doch minuziös geplant. Den Entschluss, sie an diesem Tag auszuführen, hatte er gefasst, als er erfuhr, der Ministerpräsident habe eine politische Versammlung an der Universität verbieten lassen. Nach eigener Aussage traf ihn «mit äusserster Wucht der Gedanke, dass man sich das diesmal unter keiner Bedingung gefallen lassen dürfe und dass jetzt der Moment sei, den langgehegten Plan auszuführen, nämlich den Grafen Stürgkh zu töten».

Seit dem Beginn seiner Amtszeit hatte Graf Stürgkh mit Notstandsgesetzen regiert und Versammlungs- und Pressefreiheit radikal eingeschränkt. Was in den vorigen Jahrzehnten an demokratischen Rechten errungen worden war, war so gut wie zunichtegemacht. Seine gesamte Karriere über war Stürgkh ein Reaktionär, ein Antidemokrat, der gegen das Frauenwahlrecht und andere demokratische Bestrebungen gekämpft hatte. Fritz Adler hatte durchaus recht mit seiner Meinung, der Ministerpräsident würde das zutiefst erschütterte Reich in eine Diktatur führen. Zugleich achtete er Stürgkh sogar als Feind, denn er sei «nicht von dieser österreichischen Immoral angekränkelt», sondern «ein Mann, der sich auf den Boden der Gewalt gestellt hat, und kein österreichischer Lehmpatzen, wie sie sonst üblich sind».

Entgegen der Erinnerung des Zeugen hatte Fritz Adler seinen besten Anzug angezogen, und er hatte auch weder langes noch wirres Haar.

Bilder: Brandstätter Images / Keystone; VGA-Personenarchiv



Er trug es relativ kurz und zurückgekämmt, und er hatte einen buschigen Schnurrbart, der ihn nicht nur wie seinen Kollegen Einstein, sondern auch wie seinen Vater Victor aussehen liess. Am Morgen hatte er seine Mutter angerufen, um ihr mitzuteilen, dass er an diesem Tag nicht wie sonst üblich bei ihr zu Mittag essen würde, hatte seinen Browning-Revolver eingesteckt und war mit der Strassenbahn zum Hohen Markt gefahren.

Auf dem Weg ins Gefängnis wurde Fritz Adler von einem höheren Polizeibeamten gefragt, was ihm denn eingefallen sei. Er antwortete mit Vehemenz: «Eingefallen? Können Sie sich nicht in mein Innerstes hineindenken? Wo alles in unserer Partei so feig ist und niemand Ideale hat? Ich habe mein Leben in die Schanze geschlagen, um den Zuständen ein Ende zu machen. Ich habe schon lange Zeit an die Notwendigkeit, irgendeine befreiende Tat zu verüben, gedacht. Ich erwarte meine Verhandlung. Diese Verhandlung wird sehr wichtig sein, dann werden Sie mich verstehen.»

Die Adlers lebten und atmeten Politik. Victor und seine Frau Emma waren in wohlhabende bürgerliche Verhältnisse geboren worden, sie waren Kinder des Wiener Fin de Siècle. Emma Braun, wie sie damals noch hiess, war die intelligente und geliebte Tochter eines Eisenbahnunternehmers und Kunstliebhabers, der seinen Kindern auch ein ausgeprägtes Sozialbewusstsein mitgab. Für sie kämen nur zwei Ehemänner infrage, meinte sie als Teenager einmal selbstbewusst: «Friedrich Nietzsche oder Victor Adler.»

Nietzsche hat wohl nie von dieser Verehrung gehört. Victor Adler aber, der schon als junger Arzt wegen seiner Arbeit für die Ärmsten der Stadt und seine scharfe Feder bekannt war, wurde tatsächlich Emmas Mann. Er behandelte nach seinen offiziellen Sprechstunden noch Bedürftige gratis, gleichzeitig ging die Praxis an der Berggasse 19 glänzend. Die Adresse sollte später durch einen anderen Doktor namens Freud zu weltweiter Berühmtheit gelangen, aber zuerst einmal war es der glamouröse Wohnort des jungen Ehepaars Adler. Künstler und Intellektuelle gingen bei ihnen ein und aus oder besuchten sie auf ihrer Sommerfrische im Salzkammergut. Das Leben meinte es gut mit ihnen. Drei Kinder machten das Eheglück perfekt. Der Älteste, Fritz, war laut seinem Vater «das zartfühlendste Kind, das mir je untergekommen ist».

Das bürgerliche Idyll hielt der Realität allerdings nicht stand. Wien war in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Stadt der Weltausstellung und des Ringstrassenbaus, eines monumentalen Infrastrukturprojekts. Die alten Befestigungen, die noch den Belagerungen durch die Türken standgehalten hatten, wurden durch einen Prachtboulevard ersetzt, mit ausladenden Palais und öffentlichen Bauten, von Konzeption und Finanzierung her ein Vorhaben meist jüdischer Grossbürger, die in der Hauptstadt kulturell den Ton angaben. Stilistisch reichte der Horizont dieses Bürgertums von den Historienmalereien eines Hans Makart bis zu den Porträts von Gustav Klimt, von der Romantik eines Johannes Brahms bis zu Gustav Mahlers sinfonischen Landschaften und vom allgegenwärtigen Neobarock bis zu den ersten Produkten der Wiener Werkstätte, einer Bewegung, die die Gestaltung von Alltagsgegenständen reformieren wollte.

Hinter dieser Welt des Luxus und der Hochkultur aber stand eine andere soziale Wirklichkeit. Die Ringstrassenpalais mit ihren korinthischen Säulen und würdevoll-klassischen Figuren waren aus Ziegeln gebaut und damit fest verbunden mit dem Schicksal der «Ziegelböhmen», Wanderarbeiter aus verschiedenen Ländern des Reichs, besonders oft aber aus den Gebieten der heutigen Tschechischen Republik, Sloweniens und Ungarns. Fast wie Sklaven, unter elenden Umständen und für Hungerlöhne, bauten sie die Kulisse der Reichshauptstadt.

Populisten wie Karl Lueger, der umstrittene Bürgermeister von Wien, nutzten die Misere der Arbeiter, die für das «jüdische Kapital» schufteten, um mit antisemitischen Parolen Stimmen zu gewinnen. Zugleich stellten sich nicht nur immer mehr Arbeiter, sondern auch Teile des Bürgertums gegen diese Zustände und forderten Reformen. Der ursprünglich deutschnational gesinnte Arzt Victor Adler wurde auf die skandalösen Verhältnisse auf den Baustellen der neuen Hauptstadt aufmerksam und war so be-

stürzt über das, was seine Patienten ihm berichteten, dass er beschloss, seine Kräfte und sein Vermögen dafür einzusetzen, diese Umstände zu verbessern. Auch seine Frau Emma, nicht weniger idealistisch als er und später Autorin eines Buchs über Frauen in der Französischen Revolution, begann politisch zu arbeiten. Sie stellte sich hinter seine Entscheidung, die *Arbeiter-Zeitung* zu gründen und sich in der Arbeiterbewegung einzusetzen. Ein Engagement, das ihm mehrere Verurteilungen und insgesamt achtzehn Monate Gefängnis einbrachte.

Der persönliche Einsatz veränderte das Leben der Adlers grundlegend. Victor investierte

Sogar sein idealistischer Vater war verstört von der Absolutheit der Standpunkte, die Friedrich Adler vertrat.

sein gesamtes Vermögen in die *Arbeiter-Zeitung* – und verlor fast alles. Nur durch die diskrete Unterstützung des Familienfreunds Friedrich Engels, der auch seinen Mitstreiter Karl Marx finanziert hatte, konnte eine Katastrophe abgewendet werden. Aber auch so mussten sich die Adlers von bürgerlichen Ornamenten wie dem Flügel trennen, den der Komponist Gustav Mahler für sie ausgewählt hatte, und aus der Berggasse in eine weniger vornehme Stadtgegend ziehen. Die Zeiten der Gesellschaftsabende und der Sommerfrische im Salzkammergut waren vorbei, die alten Freunde machten sich rar. Das Haus in der Berggasse 19 verkauften die Adlers an den Kollegen Sigmund Freud.

Sogar der Idealist Victor Adler aber war verstört von der Intensität und von der Absolutheit der politischen Standpunkte, die sein ältester Sohn vertrat. Er tat sein Möglichstes, um ihn von einer politischen Karriere fernzuhalten, und war erleichtert, als Fritz sich entschloss, nach Zürich zu gehen, um dort Physik zu studieren. An der ETH lernte er Albert Einstein kennen. Beide konnten kaum ihre jungen Familien ernähren. Albert musste eine Stelle als Gutachter beim schweizerischen Patentamt annehmen, Fritz hoffte weiter auf eine Professur, die dann aber ausgerechnet an seinen Freund ging.

Auch in dieser Zeit war Victor Adler um seinen Sohn besorgt und schrieb ihm mit der unbeholfenen Liebe eines Vaters: «Ich habe den Eindruck, dass du zuviel arbeitest; das ist unösterreichisch, tue es nicht.» Und: «Eines muss ich sagen, es liegt mir auf der Seele: Warum bist du so schrecklich ernst, so traurig, so nervös, so düster fast? Ein junger, fähiger Mensch, der was leisten kann – warum lachst Du nicht, warum ist nicht eine Spur von Humor, von Jugend in Dir?»

Die Umstände waren nicht dazu angetan, die Stimmung des jungen Physikers aufzuhellen. Die Richtung seiner Wissenschaft stand gegen sein Interesse an der Philosophie von Ernst Mach, der rundweg in Abrede stellte, dass es objektiv erkenn- und beschreibbare Teilchen in der physischen Welt gab. Mach bestritt nicht nur die Existenz von Atomen, die bis dahin allein als theoretische Modelle bestanden, sondern auch fundamentale Unterschiede zwischen Geist und Materie. Fritz Adler teilte und verehrte Machs Denken und vermerkte stolz: «Ich zähle keine Elektronen, wie die Physiker, die heute in Mode sind, es tun, nicht weil die Fähigkeiten dazu meine übersteigen, sondern weil ich glaube, dass es keine gibt.»

Ernst Machs physikalische Theorien werden heute als ein interessanter Irrweg der Wissenschaft betrachtet, hatten vor der Jahrhundertwende aber zahlreiche und einflussreiche Anhänger, besonders in Wien, wo er von 1895 bis 1898 lehrte. Die Schriftsteller Hugo von Hofmannsthal und Hermann Broch waren unter seinen Hörern, mit Arthur Schnitzler war er gut befreundet, Robert Musil schrieb bei ihm seine Doktorarbeit, und das Frühwerk des Philosophen Ludwig Wittgenstein zeigt Machs Einfluss. Fritz Adler war somit in guter Gesellschaft.

Die Prinzipientreue des jungen Physikers war seinen Karrierechancen allerdings nicht zuträglich. Die Chancen auf eine feste Stelle schwanden mit dem Insistieren auf seinen Positionen. Unfähig, von der Physik zu leben, kehrte Fritz Adler 1911 nach Wien zurück. Gegen den Willen des Vaters warf er sich jetzt in die Politik und wurde gleich zu einem der Parteisekretäre der Sozialdemokraten ernannt.

Die Familientragödie nahm nach dem Mord an Karl Graf Stürgkh ihren Lauf. Victor, der über sich selbst sagte, er sei seit dem Moment des Mords ein «zerbrochener Mann» , tat alles, um zu beweisen, dass sein Sohn geisteskrank war. Fritz seinerseits fürchtete nichts mehr als diese Diagnose und warf sich in der Untersuchungshaft mit frenetischer Energie in das Vorhaben, Albert Einsteins Relativitätstheorie im Sinne der physikalischen Theorien von Ernst Mach zu widerlegen und damit gleichzeitig zu beweisen, dass er sich im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte befand.

Für Friedrich Adler lag der ganze Sinn seiner Tat darin, dass er beim Prozess nicht nur das Gericht, sondern die gesamte Öffentlichkeit des Reichs zum Publikum haben würde. Seine Interpretation des Kriegs, der Regierung, der Geschichte würde endlich und ohne Unterbrechung Gehör finden. Von Anfang an war er sich bewusst, dass er zum Galgen verurteilt werden würde, aber er war bereit, diesen Preis zu zahlen, um endlich eine «befreiende Tat» zu vollbringen und seine Ideen vertreten zu können.

Aus der Sicht des Häftlings waren seine Arbeiten mit geradezu wunderbarem Erfolg gesegnet, wie er am 14. Februar 1917 euphorisch schrieb: «Liebe Eltern! Ich muss mich vorsichtig ausdrücken, damit Ihr nicht an meinem Geisteszustand zweifelt. Aber es ist wahr: Mir ist eine grosse Entdeckung geglückt. Etwas so Grosses, wie ich es nie gewagt hätte, auch nur zu denken. Der Umwälzungsprozess, der sich in der Physik vollzieht, kommt mit einem Schlage zur vollen Klärung. Es ist der volle Abschluss der Mechanik, indem anstelle der Newton'schen Prinzipien ein neues allgemeines Elementargesetz tritt. Die Sache ist so einfach, wie alle grossen Sachen einfach sind. Aber der Zusammenhang ist so tiefgreifend, dass der Bleistift nicht nachkommt, die Resultate zu schreiben.»

Es war die soziale Misere hinter den Kulissen der Weltstadt Wien, die das politische Engagement in der Familie Adler weckte: Schlafraum in einem «Asyl» für Obdachlose an der Flossgasse, aufgenommen in der Zeit um 1900.

Adler arbeitete wie ein Besessener. In Briefen an seine Familie und an Einstein bat er immer wieder um Bücher und Artikel, gab Instruktionen und mahnte zur Eile. Er schöpfte sein begrenztes Papierkontingent aus und schrieb so klein wie möglich, immer in der berauschenden Gewissheit, das grösste Problem der Physik auf einen Schlag gelöst zu haben.

Für Victor Adler war die Euphorie seines Sohns ein Indiz für dessen geistige Verwirrung. Er versuchte vergeblich, Sigmund Freud dazu zu bewegen, sich des Falls anzunehmen, und schickte Friedrichs Brief an den psychiatrischen Gutachter, der vom Gericht mit einer Expertise beauftragt worden war. Friedrich war ausser sich vor Zorn gegen den Vater. «Du suchst meinen Leib zu retten auf Kosten meiner geistigen Persönlichkeit», warf er ihm vor. Nach wie vor war der Prozess für ihn die Plattform, die er unbedingt haben wollte. Dafür stellte er sich auch gegen seine Familie: «Ich will Dir keinen Zweifel darüber lassen, dass ich Dich als meinen politischen Gegner in dieser Sache betrachtet habe. Du triffst ja bei Deiner Taktik zwei Fliegen auf einen Schlag. Indem Du für die Erhaltung meines Lebens sorgst, förderst Du Deine politischen Geschäfte.»

Tatsächlich waren Victors Bedenken wegen der geistigen Gesundheit seines Sohns auch in der Geschichte der Familie begründet. «Nervenschwäche», die grosse Angst jener Zeit, habe beide Seiten der Familie belastet, betonte er gegenüber den gerichtlichen Gutachtern. Sowohl die mütter-

liche Familie der Brauns als auch die Adlers hatten immer wieder mit psychischen Erkrankungen zu kämpfen gehabt. Emma Adler war schon während der Kindheit von Fritz und seinen Geschwistern zweimal in eine Nervenheilanstalt eingeliefert worden, weil sie unter schweren Depressionen und Wahnideen litt. Bezeichnenderweise halluzinierte sie vom Hungertod ihrer eigenen Kinder, nachdem ihr politisches Engagement die finanziellen Verhältnisse der Familie zerrüttet hatte. Ihre Tochter Marie, Friedrichs Schwester, wurde mit siebzehn Jahren in eine psychiatrische Klinik eingeliefert, nachdem sie versucht hatte, ihren Vater zu erwürgen, und blieb für den Rest ihres Lebens dort.

Victor Adler, der selbst als «Nervenarzt» gearbeitet hatte, bevor er sich ganz der Politik verschrieb, glaubte einerseits als Fachmann, diese Symptome bei Fritz zu erkennen. Andererseits aber war er auch ein verzweifelter Vater, der sich an Strohhalme klammerte, um seinen Sohn vor dem Galgen zu bewahren. Friedrich Adler aber wollte nicht gerettet werden. Er hatte endlich seine befreiende Tat vollbracht und erwartete die Stunde der Wahrheit, seiner Wahrheit, vor Gericht. Mitten im Krieg, in dem Tausende an der Front starben und er sich über die mangelnde Courage seiner Parteigenossen entsetzte, in einer Zeit, in der allgemein die Furcht vor Unmännlichkeit und Schwäche umging, hatte er sich seine eigene innere Kraft bewiesen. Umso mehr, als er ein schwaches Herz hatte. «Meine Erkrankung des Herzens hat mich gezwungen, bei allen meinen Handlungen immer abzumessen, wie viel ich vermag, und ich glaube, so weh mir dies ist, einer grossen erregten Aktion nicht gewachsen zu sein.» Was er sich bewiesen hatte, trotz allem, war sein Mut angesichts seiner «physischen Minderwertigkeit». Und für ihn war dieser Mut auch die «Überkompensation der Feigheit anderer».



Bild: Hermann Drawe / Brandstätter Images / Keystone

In zahlreichen Briefen versuchte er, seinen Freund Albert Einstein von seinen Entdeckungen zu überzeugen. Der allerdings sah sich in eine unmögliche Situation gebracht, denn einerseits versuchte er immer wieder, hinter den Kulissen zu helfen und als Zeuge für Adlers Charakter aufzutreten, andererseits beurteilte er ihn wenig schmeichelhaft. Fritz Adler sei, so schrieb er an einen Freund, ein «ziemlich steriler Rabbinerkopf, starrsinnig, ohne Sinn für das Wirkliche. Ultra-selbstlos, mit starkem Stich ins Selbstquälerische, ja Selbstmörderische. Eine richtige Märtyrernatur. Ich erhielt gerade ein in den letzten Tagen fertiggestelltes Manuskript über Relativität von ihm, in dem er mit der Überzeugung des Propheten recht wertlose Spitzfindigkeiten überaus breit darlegt, sodass ich in der peinlichen Verlegenheit darüber bin, was ich dazu sagen soll…»

Am 5. Juni 1917 wurde Adler zum Tod verurteilt. Ihn hinzurichten, hätte aber die politische Lage nur noch verschlimmert.

Mit grosser Höflichkeit und Ausführlichkeit fand Einstein dennoch einen Weg, seinem Kollegen zu antworten, ohne allerdings Konzessionen in der Sache zu machen, so dass seine Antwort Stellen enthielt wie: «Der Rest dieses Kapitels kann im Einzelnen nicht widerlegt werden, weil er auf frühere Irrtümer aufgebaut ist.» Wieder war Adler enttäuscht.

Auch das Gericht folgte erwartungsgemäss nicht seinen Ausführungen zur Notwendigkeit seiner Tat, und trotz allen väterlichen Bemühungen hatte sich kein Psychiater gefunden, der ihm Wahnsinn oder verminderte Zurechnungsfähigkeit attestieren wollte. Nachdem Friedrich Adler, der seine eigene Verteidigung übernahm, seine Tat historisch begründet und stundenlang seine Sicht der Dinge und seine Überzeugungen über den Krieg, den Pazifismus, die Sozialdemokratie, die Arbeiterbewegung und das Kaiserreich dargelegt hatte, wurde er am 5. Juni 1917 zum Tod verurteilt. Gleichzeitig aber wurde er «der allerhöchsten Gnade anempfohlen», per «Kaiserliche Entschliessung» zu achtzehn Jahren Haft begnadigt und durchaus privilegiert als politischer Häftling in der Haftanstalt Stein an der Donau untergebracht. Mit persönlicher Verpflegung, Befreiung von Sträflingsarbeit, eigener Kleidung und der Möglichkeit, wissenschaftlich zu arbeiten.

Die Begnadigung hatte viel mit der politischen Grosswetterlage zu tun. Während die Reaktionen auf Adlers Gewalttat ursprünglich bemerkenswert verhalten gewesen waren, hatte sich inzwischen viel Unterstützung für ihn gefunden. Die Hungersnot in Wien war über den Winter unerträglich geworden, und die öffentliche Zustimmung zum Krieg und zur autoritären Regierung war geschwunden. Gerade in der Rüstungsindustrie hatten viele Beschäftigte die Arbeit niedergelegt, insgesamt streikten in Wien 48 000 Arbeiter und Arbeiterinnen. Sie feierten Friedrich Adler als Tyrannenmörder, und auch international gewann er an Profil. Sogar der kommunistische Revolutionär Leo Trotzki lobte ihn und schlug ihn gemeinsam mit Lenin als Ehrensekretär der Kommunistischen Internationale vor. Adler wurde Ehrenmitglied des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrats; Strassen, Kasernen und Regimenter wurden nach ihm benannt. Ihn hinzurichten, hätte eine ohnehin instabile politische Situation verschlimmert.

Tatsächlich wurde Adler noch im nächsten Jahr vollständig amnestiert und konnte als freier Mann nach Wien zurückkehren. Sein Zug traf am frühen Morgen des 10. November 1918 am Wiener Franz-Josefs-Bahnhof ein. Dort erwartete ihn ausgerechnet das kaiserliche Hofautomobil. Der junge Kaiser Karl, Nachfolger Franz Josephs und letzter Herrscher der Habsburgermonarchie (*NZZ Geschichte* Nr. 42, September 2022), stellte es ihm zur Verfügung, damit er als Anführer der Sozialdemokratie zwi-

Illustration: Jindrich Novotny

schen der Innenstadt und Schloss Schönbrunn hin- und herfahren konnte. In der kaiserlichen Residenz verhandelten Friedrich Adler und der Monarch während der letzten Tage des verlorenen Kriegs über das Ende des Reichs und eine künftige Republik, in der Adler Aussenminister werden sollte. Der begnadigte Mörder war zum Volkshelden geworden.

Am folgenden Tag, dem 11. November 1918, erlitt Vater Adler einen tödlichen Infarkt.

Am 12. November wurde die Republik Österreich ausgerufen.

Emma Adler hatte nach dem Tod ihres Ehemanns einen weiteren psychischen Zusammenbruch. Nach der Entlassung aus der Heilanstalt zog sie es vor, Wien hinter sich zu lassen, und übersiedelte nach Zürich. Sie hatte für ihren Idealismus einen hohen Preis bezahlt. «Manchmal denke ich jener vergangenen Tage, die über unser aller Schicksal entschieden haben, die Tage, in denen mein Mann mit dem bürgerlichen Leben gebrochen hatte, um sich fortan der Politik zu widmen», erklärte sie in ihren handschriftlichen Memoiren gegen Ende ihres Lebens. «Angenommen, man hätte mir die Frage vorgelegt, ob es mein Wille sei, all das Schwere auf mich zu nehmen, auf Ruhe und Behagen zu verzichten, ein sorgen- und kummervolles Leben zu leben, ich hätte glatt Nein gesagt, wenn ich in die Zukunft hätte sehen können.»

Ihrem Sohn Fritz waren solche Bedenken weiterhin fremd. Er engagierte sich nach seiner Freilassung weiter für seine Prinzipien. 1921 wurde er zum Sekretär der Sozialistischen Internationale gewählt, später war er als Jude gezwungen, nach Amsterdam und dann nach New York zu emigrieren, wo er eine Organisation zur Unterstützung sozialistischer Flüchtlinge leitete, bis er nach dem Zweiten Weltkrieg nach Europa zurückkehren konnte. Zeit seines Lebens ein Einzelkämpfer, der von seinen Gegnern als starrköpfiger Ideologe kritisiert wurde, konnte er sich mit dem Kurs der österreichischen Sozialdemokratie so wenig anfreunden, dass er es vorzog, sich ebenfalls in Zürich niederzulassen, wo er sich eine Wohnung mit seiner Mutter teilte. Er starb dort am 2. Januar 1960. |G|



Philipp Blom, Jahrgang 1970, ist Historiker und Philosoph. In seinen Büchern, Vorträgen, Fernseh- und Radiosendungen beschäftigt er sich mit der Ideengeschichte, der Gesellschaft der Gegenwart und der Klimakrise. 2009 erschien von ihm *Der taumelnde Kontinent. Europa 1900-1914*, 2011 *Böse Philosophen. Ein Salon in Paris und das vergessene Erbe der Aufklärung*, 2014 *Die zerrissenen Jahre. 1918–1938*, 2017 *Die Welt aus den Angeln. Eine Geschichte der Kleinen Eiszeit von 1570 bis 1700* und 2022 *Die Unterwerfung. Anfang und Ende der menschlichen Herrschaft über die Natur* (alle im Hanser-Verlag).



Weiterführende Literatur

Rudolf G. Ardelt: Friedrich Adler. Probleme einer Persönlichkeitsentwicklung um die Jahrhundertwende. Wien 1984.

Julius Braunthal: Victor und Friedrich Adler. Zwei Generationen Arbeiterbewegung. Wien 1965.

Wolfgang Maderthaner: Der Adlerhorst. Eine Familie der sozialdemokratischen Gründerzeit, in: Helene Maimann (Hg.): Die ersten 100 Jahre. Österreichische Sozialdemokratie 1888–1988. Wien u. a. 1988, S. 70–79.

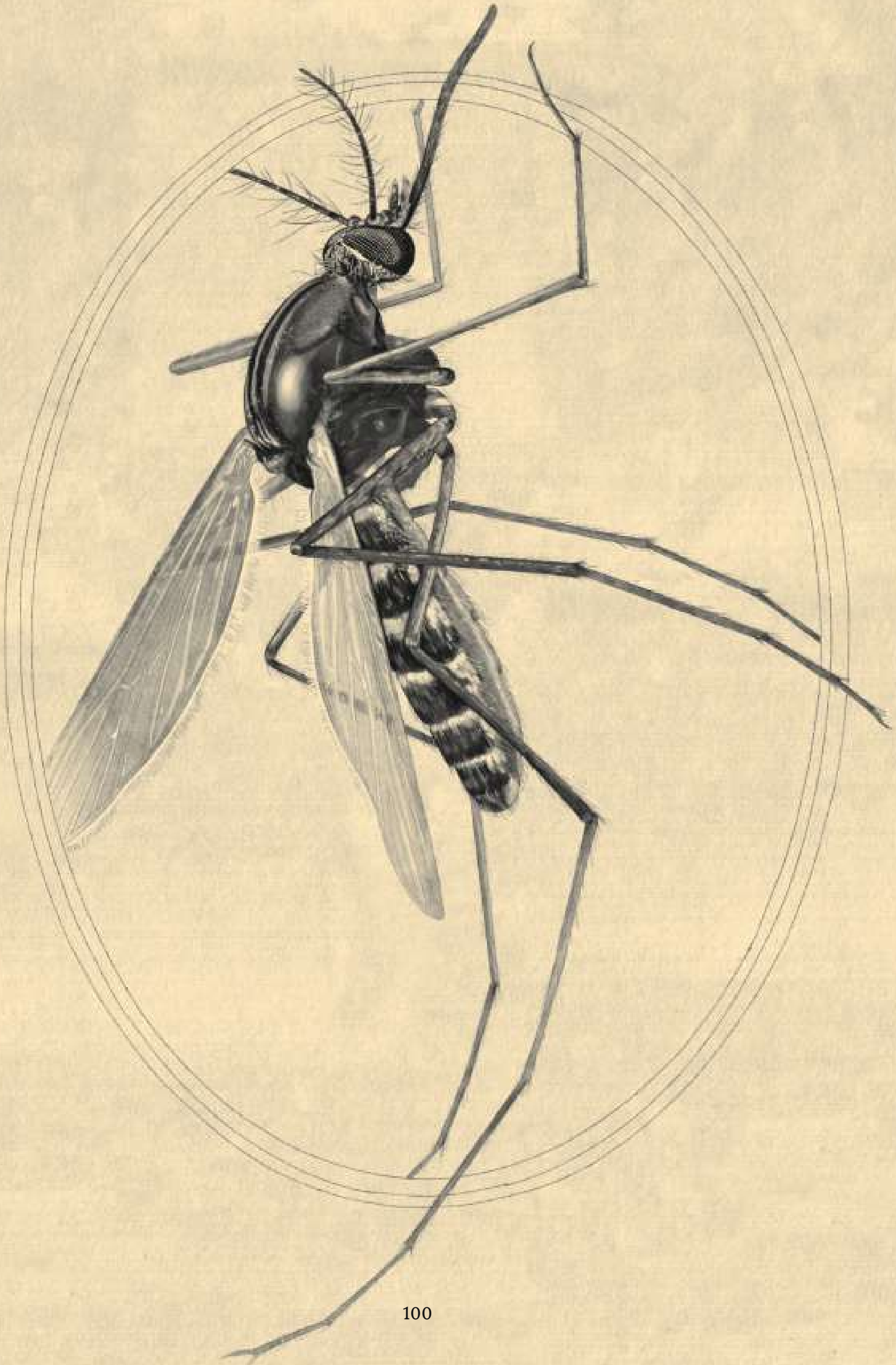
Michaela Maier und Wolfgang Maderthaner (Hrsg.): Physik und Revolution. Friedrich Adler – Albert Einstein. Briefe – Dokumente – Stellungnahmen. Wien 2006.

Lucian O. Meysels: Victor Adler. Die Biographie. Wien 1997.

Die Mücke

Sie nervt! Das weiss man seit ewigen Zeiten. Dass die Mücke auch Krankheiten überträgt, weiss man dagegen noch nicht sehr lange. Das Insekt hat Leid und Tod gebracht, aber auch den Städtebau beeinflusst und die Umweltbewegung inspiriert.

Text Claudia Mäder **Bild** Marta Zafra



Im Jahr 1881 wollten die Franzosen der Welt den Meister zeigen: Die genialsten Ingenieure des Landes begannen, in Panama einen Kanal zu bauen. Schon seit Jahrhunderten hatte man sich im Westen eine Verbindung zwischen Atlantik und Pazifik gewünscht. Nun, im Zeitalter des unaufhaltsamen Fortschritts, sollte der alte Traum Wirklichkeit werden. Ferdinand de Lesseps, ein pensionierter Diplomat, trommelte Kleinanleger zusammen, Abertausende liessen sich vom Projekt begeistern und machten den Baustart möglich. Ihr Geld sollten sie nie mehr wiedersehen. Die stolze Kanalbaugesellschaft musste 1889 Konkurs anmelden. Es war die grösste Firmenpleite des Jahrhunderts, verursacht von einem Desaster sondergleichen: Auf den Baustellen waren in chaotischen Verhältnissen an die 25 000 Arbeiter gestorben.

1902 traten die Amerikaner in Panama an. Sie übernahmen die Baustellen und das Equipment der Franzosen – und brachten das Projekt in etwas mehr als zehn Jahren zu Ende. Die Ingenieurskunst hatte in der Zwischenzeit keine Sprünge gemacht, aber in einem anderen Bereich war just um die Jahrhundertwende ein entscheidender Durchbruch gelungen: 1897 hatten britische, deutsche und italienische Forscher herausgefunden, dass Malaria von Mücken übertragen wird. Kurz darauf war klar, dass die Insekten auch Gelbfieber verbreiten.

Damit wusste man, was in Panama zu tun war: Im feuchten Kanalbaugebiet galt es, die Mücken zu eliminieren. Die meisten der französischen Männer waren nämlich an einer Fieberkrankheit gestorben. Unter Anleitung eines Tropenmediziners trockneten die Amerikaner also jedes stehende Gewässer aus. Die Brutstätten der Mücken sollten verschwinden, und um auch ihre Larven abzutöten, wurden fast drei Millionen Tonnen Öl ausgeschüttet. Ein voller Erfolg – 1914 fuhr das erste Schiff durch den Panamakanal.

Die Erkenntnis von 1897 war epochal: Sie hat den Blick auf Krankheiten verändert, welche die Menschheit seit Urzeiten begleitet hatten. Und sie rückte ein Tier in den Fokus, das bis dahin nur genervt, aber kaum interessiert hatte. Mücken galten als «beschwerliches Ungeziefer», das wegen seiner Stecherei schon «mehr als zu viel bekannt» war, wie Johann Heinrich Zedler um 1750 in seinem *Universal-Lexicon* festhielt. Auch die Naturforscher gaben sich nicht weiter mit dem Plagegeist ab. Der Franzose Georges-Louis Leclerc de Buffon etwa riet explizit, den winzigen Insekten im Kopf keinen grossen Platz einzuräumen.

Blickt man mit dem heutigen Wissen auf die Geschichte der Menschheit, erscheint dieses Desinteresse sträflich. Denn die Mücke spielte darin eine bedeutendere Rolle als jedes andere Tier. Das schreibt jedenfalls der Historiker Timothy C. Winegard unter Berufung auf eine erdrückende Zahl: Geschätzte fünfzig Milliarden Menschen – oder rund die Hälfte aller je geborenen Vertreter unserer Spezies – sind im Verlauf der Jahrtausende an Krankheiten gestorben, die von einigen Stechmückenarten übertragen wurden. Indirekt, über diese Leiden, lässt sich die Beziehung zwischen Menschen und Mücken denn auch

weit zurückverfolgen. In prähistorischen Skeletten, aber auch in ägyptischen Mumien wurden Spuren gefunden, die auf Malaria hinweisen. Zudem sind aus allen frühen Kulturen Beschreibungen von Wechselfieberkrankheiten überliefert.

In der Antike hat Hippokrates die Malaria ausführlich abgehandelt und auch eine Erklärung für ihr Auftreten geliefert: Laut dem griechischen Arzt wurde das Fieber von modrigen Dünsten ausgelöst, die über Sumpfgebieten entstanden. Um sich zu schützen, schien es deshalb geraten, nicht in der Nähe von Feuchtgebieten in der Ebene zu wohnen, sondern irgendwo am Hang: Die vermögende Elite zog in die Höhe. Bis in die Neuzeit prägte dieses Muster den Städtebau. Und auch die unterliegende Theorie hatte lange Bestand: Wie viele andere Krankheiten führte man die Malaria bis ins 19. Jahrhundert auf «schlechte Luft» (wörtlich: «mala aria») zurück.

Man mag heute über diese Theorie spotten. Aber ist es viel besser, wenn wir wie Timothy Winegard davon reden, dass «ruchlose Tiere» für die Übel der Menschheit verantwortlich seien? Auch wenn die Stechmücken tödliche Krankheiten übertragen: Sie agieren dabei so wenig niederträchtig wie der Mensch selbst, der ihre Ausbreitung auf unbewusste Weise immer wieder begünstigte. Schon als unsere Vorfahren sesshaft wurden, förderten sie ihre «Feinde». Indem sie Wälder rodeten und Bewässerungssysteme für die Landwirtschaft anlegten, schufen sie ideale Lebensräume für die Mücken. Durch das enge Zusammenleben mit Rindern, Schweinen und anderen Zuchttieren konnten überdies etliche Krankheitserreger auf den Menschen überspringen. Und da er seine Siedlungen und Reiche zusehends ausdehnte, transportierte er die stechenden Insekten auch dauernd in neue Gebiete. Mit römischen Legionären etwa kamen sie bis nach Britannien, später folgten sie Spaniern und Portugiesen in die Neue Welt.

Als die Europäer Südamerika eroberten, schleppten sie alle möglichen Krankheiten ein – mit verheerenden Folgen für die Indigenen. Viehzucht nach europäischer Art war in Amerika unbekannt, entsprechend hatte sich dort gegen Infektionskrankheiten wie Masern oder Grippe keinerlei Immunität ausgebildet. Auch Malaria war bis zur Ankunft der Europäer nicht vorgekommen. Im feuchten Klima vermehrten sich die Stechmücken aber hervorragend, so dass sich auch das Fieber, das sie übertrugen, rasant ausbreitete.

Man geht davon aus, dass innert zwei Jahrhunderten über neunzig Prozent der amerikanischen Indigenen an Krankheiten starben, die auf den Schiffen der Eroberer importiert worden waren. Diese Tragödie wiederum setzte eine grausame Spirale in Gang: Da in Amerika aufgrund des grossen Sterbens die Arbeitskräfte fehlten, liessen die Europäer immer mehr Sklaven aus Afrika kommen, wodurch wieder neue Krankheitserreger auftraten – ab dem 17. Jahrhundert gehörte auch das Gelbfieber zur Palette der amerikanischen Plagen.

Mit dieser lange nur in Afrika verbreiteten Krankheit hatten die Europäer ähnlich wenig Erfahrung wie die Indigenen, so dass auch sie

immer wieder dahingerafft wurden. Die Franzosen zum Beispiel hatten nicht erst in Panama mit Gelbfieberausbrüchen zu kämpfen. Gut hundert Jahre zuvor waren sie in Saint Domingue, dem heutigen Haiti, von der Krankheit zur Kapitulation gezwungen worden. Nachdem in der Kolonie eine Sklavenrevolte ausgebrochen war, hatte Napoleon Truppen losgeschickt, um die französische Herrschaft zu sichern. Doch nur jeder fünfte Soldat hatte den Einsatz im seuchengeprägten Gebiet überlebt; 1804 hatten die viel besser immunisierten ehemaligen Sklaven die Unabhängigkeit Haitis errungen.

Im 20. Jahrhundert gab es gegen Gelbfieber endlich ein wirksames Mittel: 1937 war ein Impfstoff entwickelt. Die Malaria hingegen vermochten weder Vakzine noch Medikamente einzudämmen, also versuchte man beim Überträger anzusetzen, sprich: die Mücken auszurotten. Kurz nachdem die Gelbfieberimpfung bereit war, schien auch dieser Plan aufzugehen – 1939 fand der Schweizer Chemiker Paul Hermann Müller heraus, dass sich Dichlordiphenyltrichlorethan (DDT), ein schon lange bekanntes Gift, hervorragend für die Tötung von Insekten eignete. 1948 gewann Müller für diese Erkenntnis den Nobelpreis für Medizin, im gleichen Jahr wurde die Weltgesundheitsorganisation gegründet und schickte sich sogleich an, den Stechmücken mit DDT den Garaus zu machen. Auch die USA taten sich als grosse DDT-Promotoren hervor, denn im Kalten Krieg war ihnen daran gelegen, mit segensreichen Innovationen Länder auf der ganzen Welt auf ihre Seite zu ziehen.

Tatsächlich gingen die Malariafälle von Indien bis Venezuela schnell und stark zurück, nur waren die Erfolge nicht von Dauer. Ein Tier wie die Mücke, das seit fast zweihundert Millionen Jahren auf der Erde lebt, ist Widrigkeiten gewohnt: Überall gab es Exemplare, die den DDT-Einsatz überlebten und resistente Nachkommen hervorbrachten. Schon 1968 hatten sich 38 Stechmückenarten an das Gift angepasst, weltweit stiegen die Infektionszahlen wieder an.

Die Wirkung des Insektizids ist aber nicht nur verpufft, es war bald auch verpönt. 1962 prangerte die Biologin Rachel Carson die Folgen des DDT-Einsatzes an und brachte unter anderem den Rückgang diverser Vogelarten mit dem Mittel in Verbindung. Carsons Buch *Silent Spring* dominierte die Bestsellerlisten und ist heute ein Klassiker: Kein anderes Werk dürfte die Umweltbewegung, die sich ab den späten 1960er Jahren formierte, so entscheidend beeinflusst haben.

Einmal mehr haben die Mücken damit Weltgeschichte geschrieben. Weitere Kapitel werden wohl folgen. Denn noch immer begünstigt der Mensch die Expansion der ihm eigentlich so verhassten Insekten: Dank der Klimaerwärmung fühlen sich gefährliche Stechmückenarten an immer mehr Orten auf der Welt immer wohler. |G|



Claudia Mäder, Jahrgang 1980, ist Redaktorin bei der *NZZ am Sonntag*.



Weiterführende Literatur

Andrew Spielman und Michael D'Antonio: Mosquito. A Natural History of Our Most Persistent and Deadly Foe. London 2001.

Robert N. Wiedenmann und J. Ray Fisher: The Silken Thread. Five Insects and Their Impacts on Human History. New York 2021.

Timothy C. Winegard: Die Mücke. Das gefährlichste Tier der Welt und die Geschichte der Menschheit. Salzburg und München 2020.

Illustration: Agata Marszalek

Rod

Zugaben

Der Tod macht nicht alle gleich

Seit 1991 organisiert der Frauenstadtrundgang Zürich Rundgänge durch die Stadt und macht Frauen sichtbar. Unterwegs mit den Historikerinnen Dorothee Rempfer und Aline Suter auf dem Friedhof Sihlfeld – wo man viel über die Lebenden erfährt.

Text Urs Hafner **Bild** Katharina Lütscher

Schellengeläut nähert sich. Eine Frau mit weissem Kopftuch kommt der Gruppe entgegen, sie schwingt eine Handglocke und ruft den Namen eines frisch Verstorbenen aus. Flugs hat sich Dorothee Rempfer in eine «Leichenbitterin» verwandelt, wie sie in der Frühen Neuzeit zum Stadtbild gehörte. Die versammelten Gäste stocken kurz, man lacht verlegen. Auch wenn der Auftritt nur gespielt ist, so nah kommt ihnen der Tod an diesem Tag nicht mehr.

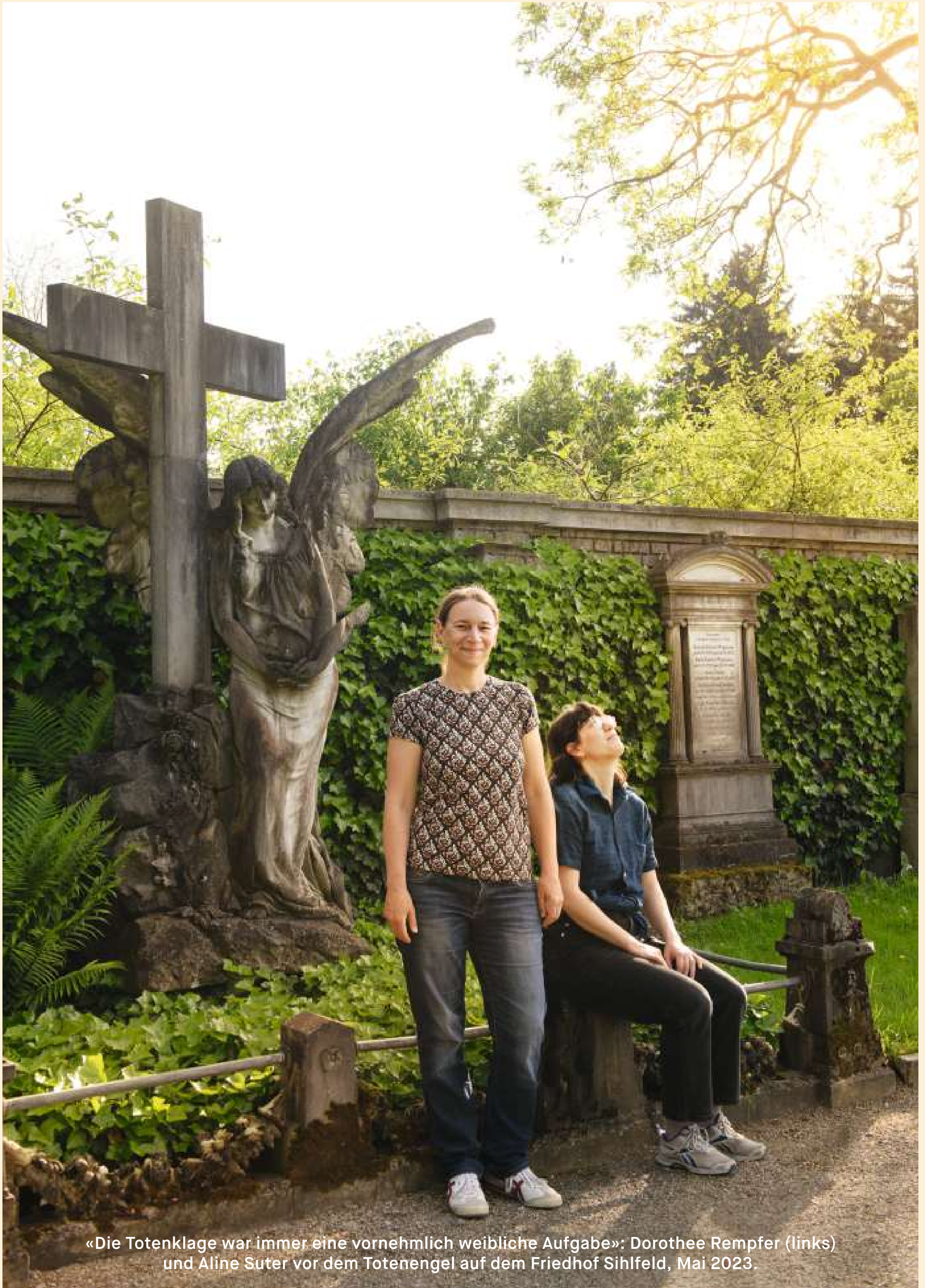
Die Historikerinnen Dorothee Rempfer und Aline Suter führen eine Gruppe von jungen Frauen während eineinhalb Stunden über den Zürcher Friedhof Sihlfeld. Eine der Teilnehmerinnen hat zum Geburtstag die Tour «Die Frauen und der Tod» geschenkt erhalten, die der Frauenstadtrundgang Zürich anbietet. Bevor die Freundinnen auf die Jubilarin anstossen und ihr Leben feiern, möchten sie an diesem Sonntagmittag in die Vergänglichkeit eintauchen – eine besinnliche Party ist das Ziel.

Schnell zeigt sich: So abwegig ist diese Idee nicht. Der Tod hat viel mit dem Leben zu tun, er wird von der Gesellschaft organisiert und verwaltet. Die Leichenbitterinnen waren lange die einzigen weiblichen Personen, denen bei Tod und Bestattung eine offizielle Funktion zukam; alle anderen Akteure, die Pastoren, Ärzte, Richter und Bestatter, waren Männer. «Leichenbitterinnen stehen in der Tradition der Klageweiber», erklärt Dorothee Rempfer. «Die Totenklage war immer eine vornehmlich weibliche Aufgabe.»

Mitte des 19. Jahrhunderts befand die Obrigkeit, der klagende, von Gebimmel untermalte Todessingsang halle zu penetrant durch die Stadt. Man wollte ihn nicht mehr hören, er wurde untersagt. Fortan verkündeten «Totenzettel» die Namen der Verstorbenen. Damit wich der Tod aus dem öffentlichen Leben.

Zum Rundgang gestartet ist die Gruppe bei einem Grabengel, der seine verwitterten Flügel über den Toten ausbreitet. Die nach italienischem Vorbild angefertigten Engel seien um 1900 in Mode gekommen, erklären Suter und Rempfer. Während Engel üblicherweise männlich oder geschlechtslos waren, gestaltete man die Grabengel als attraktive Frau. Gut sichtbar zeichnen sich die Brüste unter dem dünnen Marmorkleid ab. Der grösste Gottesacker der Zwinglistadt Zürich hat eine barocke Seite, die man ihm nicht gegeben hätte.

1877 eröffnet, war der Friedhof Sihlfeld die erste staatliche und konfessionsneutrale Grabstätte Zürichs. Der Frauenstadtrundgang ist um einiges jünger: 1991, just im Jahr, als der erste nationale Frauenstreik die Schweiz aufschreckte, gründeten feministisch gesinnte Historikerinnen und Geschichtsstudentinnen den Verein. Sie wollten die Frauen- und Geschlechtergeschichte, für die sich die Universitätshistoriker kaum interessierten, in die Öffentlichkeit tragen und zeigen, dass auch Frauen eine Geschichte haben. Ihr Vorbild waren die kurz zuvor entstandenen Frauengeschichtsvereine in Köln und in Basel.



«Die Totenklage war immer eine vornehmlich weibliche Aufgabe»: Dorothee Rempfer (links) und Aline Suter vor dem Totenengel auf dem Friedhof Sihlfeld, Mai 2023.

Thema des ersten Zürcher Rundgangs war der Alltag der Arbeiterinnen. Er dauerte mehr als drei Stunden.

Plaudernd schlendert die Gruppe zur nächsten Station. Rempfer und Suter machen nicht halt bei prominenten Frauen, von denen hier einige liegen, sondern an Orten, die Geschichten bergen über den geschlechtsspezifischen Umgang mit dem Tod – und damit über die unterschiedlichen Rollen von Frau und Mann im Leben. Sie schieben den Schleier der Pietät kurz beiseite, damit der Friedhof Sihlfeld, ja die Friedhöfe überhaupt, in ungewohntem Licht erscheinen. Es wird deutlich: Trauernde Männerfiguren sind hier fast keine zu sehen, dafür viele Büsten toter Männer. Bei den Frauen ist es gerade umgekehrt, sie treten vor allem als Allegorien auf. Im Kindbett verstorbene Wöchnerinnen wurden gar an den Rand der Friedhöfe verbannt, weil man sie mit Unglück in Verbindung brachte. Man wollte ihnen nicht zu nahe kommen.

Vor dem pompösen Krematorium, das an eine antike Anlage erinnert, kommt dann doch noch eine prominente Frau ins Spiel: Marie Heim-Vögtlin, die erste akademisch ausgebildete Ärztin der Schweiz. Sie war in den 1870er Jahren zusammen mit ihrem Mann, dem nicht minder berühmten Geologen Albert Heim, treibende Kraft hinter dem «Leichenverbrennungsverein», der zur europäischen Avantgarde zählte. Heim-Vögtlin war nicht die einzige Frau, die sich für die Kremation starkmachte. Rund sechshundert Frauen nahmen am Gründungstreffen des Vereins teil, und von den ersten zwanzig Menschen, die sich in Zürich zum Entsetzen der Kirche einäschern liessen, waren acht weiblich. Was die Frauen an der Kremation anzog, sei eine Frage, die genauer zu erforschen wäre, sagt Aline Suter.

Noch bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts marschierten Leichenzüge durch die Stadt, von denen man die Frauen zuweilen ausschloss, damit die Prozessionen nicht zu lang wurden. Beim Begräbnis des deutschen Arbeiterführers August Bebel, der 1913 auf dem Friedhof Sihlfeld bestattet wurde, formierten 15 000 männliche und weibliche Trauernde einen schier endlosen Zug. Die Männer gingen voran.

Der Frauenstadtrundgang Zürich arbeitet seit seinen Anfängen wissenschaftsnah. Seine über zwanzig Mitglieder sind alle Geschichtsstudentinnen oder Historikerinnen. Sie konzipieren nicht nur die Rundgänge, sondern publizieren Bücher, arbeiten an Filmen mit und führen Touren eigens für Schulklassen durch. «Wir wollen auch ein jüngeres Publikum erreichen, darum binden wir heute vermehrt dialogische und interaktive Elemente in die Rundgänge ein», sagt Dorothee Rempfer. Nicht immer jedoch taugt das Neue: Die Versuche mit Tablets scheiterten, die gute alte Schautafel kommt besser an, vor allem bei Rundgängen im lauten Gedränge der Stadt. Einem Bedürfnis entspricht die neue Tour zum Thema Frauen und Kolonialismus. «Inwiefern Frauen das koloniale Projekt mitgestaltet haben und dieses im Alltag in Zürich erlebten, wird bis jetzt kaum thematisiert. Hier setzen wir an», sagt Rempfer.

Und wie stellt sich der Frauenstadtrundgang zur radikalen Gender-Bewegung, die nicht mehr von «Frauen» spricht, weil das ausschliessend sei, sondern von «gebärfähigen Personen»? Aline Suter zögert kurz. «Wir sind uns bewusst, dass die Geschlechtsidentitäten vielfältiger sind als die beiden Kategorien Mann und Frau. Wir wollen aber zeigen, wie das Frausein in unserer patriarchalen Gesellschaft definiert wurde und was das in den jeweiligen historischen Zeiten bedeutete.» Die Frau wird also nicht aus dem Namen des Vereins verschwinden.

Nun steht die Gruppe vor einem Grabmal für Soldaten, die im Ersten Weltkrieg fielen. An dieser Station erläutern die beiden Historikerinnen, wie die Spanische Grippe, die zwischen 1918 und 1920 über zwanzig Millionen Menschen das Leben kostete, in Zürich Einzug hielt. Was eine Pandemie ist, brauchen sie nicht mehr zu erklären, und auch die damaligen Aufrufe der Regierung, keine Versammlungen abzuhalten, erinnern an die jüngste Gegenwart. An vorderster Front bei der Bekämpfung der Pandemie standen Frauen, 1918 und auch 2020. Manchmal steht die Zeit still, nicht nur auf dem Friedhof. |G|

www.frauenstadtrundgangzuerich.ch

Impressum
Ausgabe 47, Juli 2023

Redaktion
Redaktionelle Leitung: Lea Haller
Redaktion: Daniel Di Falco
Art Direction: Claudio Gmür
Bildredaktion: Barbara Stauss
Korrektorat: Christina Heyne, Barbara Stuppia

Wissenschaftlicher Beirat
Prof. Dr. Irène Herrmann, Universität Genf
Prof. Dr. Caspar Hirschi, Universität St. Gallen
Prof. Dr. Gisela Hürlimann, TU Dresden
Prof. Dr. Sacha Zala, Universität Bern

Chefredaktion der «NZZ am Sonntag» (ad interim)
Anja Burri, Daniel Foppa, Thomas Stamm, Christoph Zürcher

Adresse Redaktion
NZZ Geschichte, Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich
Tel. +41 44 258 11 11, geschichte@nzz.ch

Verlag
Neue Zürcher Zeitung AG, Postfach, CH-8021 Zürich

Leserservice
Tel. +41 44 258 10 00, leserservice@nzz.ch
www.nzz.ch/leserservice

Jahresabonnement
NZZ Geschichte (inkl. E-Paper):
98 Fr. (Schweiz), 107 € (Deutschland und Österreich),
107 Fr. (übriges Ausland)
NZZ Geschichte digital (E-Paper):
98 Fr. (Schweiz), 90 € (Ausland)
Tel. +41 44 258 10 00, go.nzz.ch/geschichte

Einzelheftbestellung (inkl. Mehrwertsteuer und Porto)
19 Fr. (Schweiz und Ausland),
shop.nzz.ch/geschichte, shop@nzz.ch

Anzeigenverkauf
NZZone, Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich
Tel. Deutschschweiz +41 44 258 16 98,
Westschweiz +41 21 311 48 95
inserate@nzz.ch, www.nzzone.ch

Konzept und Creative Direction
Winkreative

Druck
Multicolor Print AG, Baar

Management
Unternehmensleitung: Felix Graf
Projektleitung: Lukas Leuenberger

Nächste Ausgabe
28. September 2023

ISSN 2297–2722

Erdbeben in der Sonnenstube

Alexander Grass: Grenzland Tessin. Hier und Jetzt 2023. 280 S., um 39 Fr.



ddf. Im Norden hört die Sprachregion auf, zugleich geht die Schweiz dort weiter. Im Süden endet sie, dafür öffnet sich dort das Tor zum Wirtschaftsraum der Lombardei. Das Tessin ist ein «Grenzland», nach Alexander Grass, mehr als jeder andere Kanton. Und wenn der frühere Tessinkorrespondent von Radio SRF von den Entwicklungen berichtet, die den Kanton in der Nachkriegsära umgewälzt, ja auf den Kopf gestellt haben, dann immer mit dem Blick auf diese spezielle Lage. Sie brachte es mit sich, dass Infrastrukturen – Eisenbahnen, Kraftwerke, Strassentunnels – für die Tessiner existenzieller waren als für andere Bewohner dieses Landes. Zugleich kam der wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandel später und umso radikaler: In einer Generation wurde der Bergbauernkanton zum drittgrössten Finanzplatz des Landes, und das mit allen Risiken. Gehört das Tessin noch zur Schweiz? Für die Südschweiz ist das eine chronische, eine chronisch ernste Frage.

Zärtliches Patriarchat

Johannes Kleinbeck: Geschichte der Zärtlichkeit. Matthes & Seitz 2023. 334 S., um 39 Fr.

lha. Kann man sich eine «ekelhaftere Barberey» denken als die des «Zwanges zum Beyschlafe»? Das fragte sich der Philosoph Wilhelm Krug um 1800. Gemeint war die «eheliche Pflicht» zum Sex, die Jean-Jacques Rousseau bereits 1762 für völlig kontraproduktiv hielt. Der *Code civil* schaffte sie ab, doch bald kam sie wieder – erst die Frauenbewegung räumte sie endlich aus dem Weg. Mit der geforderten Freiheit im Bett entstand im bürgerlichen Zeitalter indes ein neues Problem, wie der Literaturwissenschafter Johannes Kleinbeck in diesem klugen Buch darlegt: Wie moderiert man die Launen der Natur? Wer hat welche Rolle im nun offenen Spiel der Verführung? Die Frau soll zwar zärtlich «herrschen», der Mann jedoch «regieren», argumentierte Immanuel Kant. Das zeigt: Auch private Zustimmung ist gesellschaftlich geprägt.



Glück und Elend

Adeline Favre: Ich, Adeline, Hebamme aus dem Val d'Anniviers. Limmat 2023. 208 S., um 32 Fr.

lha. «Um Himmels willen, eine Frau, so etwas!», rief der Fahrprüfungsabnehmer von Sitten, als Adeline Favre, just dreissigjährig, 1938 zum Test antrat. Adeline bestand – und fuhr künftig auf vier statt auf zwei Rädern zu Geburten. Als Hebamme war sie nach dem Pfarrer die zweitwichtigste Person im hochgelegenen Val d'Anniviers im Wallis. Rund achttausend Kindern hat sie in ihrem langen Berufsleben auf die Welt geholfen – und dabei Einblick erhalten in zahlreiche



Familienschicksale. Ihre Lebensgeschichte, 1981 erstmals erschienen und nun vom Limmat-Verlag überarbeitet wieder aufgelegt, ist ein berührendes und aufschlussreiches Zeitdokument. Es zeugt vom Willen, unter widrigsten Umständen das Bestmögliche zu leisten, und es erzählt von Glück und Elend in einer traditionsverhafteten Lebenswelt.

Wie Tiere im Zoo

Rea Brändle: «Wilde, die sich hier sehen lassen». Jahrmarkt, frühe Völkerschauen und Schaustellerei. Chronos 2023. 288 S., um 38 Fr.

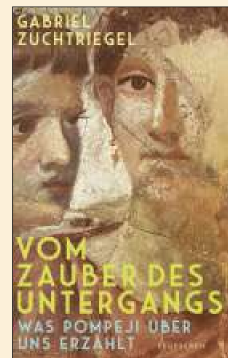


ddf. Kann man die Geschichte des kolonialen Erbes erzählen und die Moral den Lesern überlassen? Man muss, fand die 2019 gestorbene Zürcher Journalistin und Historikerin Rea Brändle, die sich schon vor über dreissig Jahren mit dem Thema beschäftigte, als eine der Ersten überhaupt: Recherche geht vor. Das gilt auch für das letzte, unvollendet gebliebene Buch aus ihrem Nachlass, das nun erschienen ist. Brändle leuchtet darin die Anfänge der «Völkerschauen» aus: Schon im 18. und im frühen 19. Jahrhundert brachten Schausteller «Wilde» nach Europa und präsentierten sie wie exotische Tiere im Zoo auf Jahrmärkten und an Fürstenhöfen. Warum liessen sich Indigene aus Afrika, Amerika und Asien darauf ein? Mittlerweile haben auch die Akademiker die Handlungsmacht der Opfer entdeckt. Rea Brändle wusste schon lange davon.

Im Angesicht der Katastrophe

Gabriel Zuchtriegel: Vom Zauber des Untergangs. Was Pompeji über uns erzählt. Propyläen 2023. 240 S., um 46 Fr.

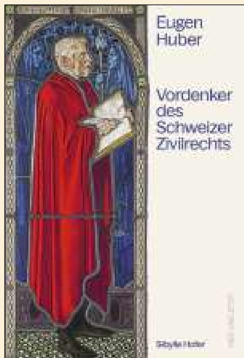
lha. Dieser Untertitel irritiert: «Was Pompeji über uns erzählt» – ist da nicht die Chronologie verrutscht? Mitnichten, wie Gabriel Zuchtriegel, Direktor des Archäologischen Parks von Pompeji, in diesem äusserst lesenswerten Buch klarmacht. Archäologische Forschung gibt sich gern wissenschaftlich durch das Anhäufen von Fakten – Anzahl Säulen, Ikonografie antiker Vasen, Vermessung von Architektur – und vergisst darob die wichtigste aller Fragen: Wieso geht uns das alles etwas an? Was macht Geschichte mit uns? Vor dem verheerenden Ausbruch des Vesuvs 79 nach Christus lebten rund 20 000 Menschen in Pompeji – zwei Eruptionen töteten sie. Die Katastrophe liegt in Asche konserviert vor uns, als wäre alles gestern passiert. In diesem Reich des Todes erfahren wir viel über das Leben.



Ein Recht für alle

Sibylle Hofer: Eugen Huber. Vordenker des Schweizer Zivilrechts. Hier und Jetzt 2023. 256 Seiten, um 39 Fr.

ddf. Die Frage klingt nicht, als hätte sie 1893 schon eine Rolle gespielt: «Inwieweit soll die Ehefrau auch ohne besondere Erlaubnis ihres Ehemannes selbständig ein Geschäft betreiben können?» Aber der Jurist Eugen Huber hat sie gestellt, als er sich in jenem Jahr daranmachte, dem Auftrag des Bundesrats nachzukommen: ein Zivilgesetzbuch zu entwerfen. 1912 trat das ZGB in Kraft. Erstmals bekam die Schweiz damit einheitliche Rechtsregeln für zentrale Bereiche des Privatlebens: für das Familien-, das Sachen- und das Erbrecht. Wie tief sich Huber in akute soziale



Fragen kniete, wie er die Politiker überzeugte und wie sein ZGB Geschichte machte, zeigt die Rechtsprofessorin Sibylle Hofer. Ihr Buch ist kein Juristenfutter, sondern von jener gelehrten «Volkstümlichkeit», die auch Eugen Huber mit seinem Werk vor Augen hatte.

Mensch bleiben

Habbo Knoch: Im Namen der Würde. Eine deutsche Geschichte. Hanser 2023. 480 S., um 33 Fr.

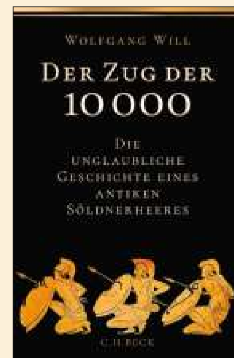


lha. Seit 1949 heisst es im deutschen Grundgesetz: «Die Würde des Menschen ist unantastbar.» Nach den Schrecken des Holocaust formulierte man diese Würde als Fundamentalprinzip des Verfassungsrechts. Doch was ist Würde genau? Darauf gibt es keine abschliessende dogmatische Antwort, sondern nur eine historische: Der Begriff von Würde hat sich immer wieder gewandelt. Habbo Knoch, Professor für Geschichte in Köln, geht diesen Gebrauchsweisen nach, von der aristokratischen Ehr- und Amtswürde über die moralische Verhaltensnorm des Bürgertums bis zu den politischen Forderungen im Namen eines universellen Persönlichkeitsrechts. Er zeigt: Im Verlust wird die Bedeutung der Menschenwürde erst deutlich. «Wir sind nicht tot, aber wir sind Tote», schrieb die jüdische Widerstandskämpferin Hanna Lévy-Hass im KZ Bergen-Belsen.

Grosses Kino

Wolfgang Will: Der Zug der 10 000. Die unglaubliche Geschichte eines antiken Söldnerheeres. C. H. Beck 2022. 314 S., um 39 Fr.

ddf. Das meistgelesene Buch der Antike? Die *Anabasis* des Atheners Xenophon. Die Geschichte ist tatsächlich grosses Kino, und Xenophon hat sie selbst erlebt: Ein Perserprinz bestellt ein Heer griechischer Söldner nach Babylon, um seinen Bruder vom Thron zu stürzen. Die Söldner siegen, doch der Auftraggeber fällt und lässt sie im Feindesland zurück. Die Rückkehr wird zum Abenteuer – und Xenophon vom eingebetteten Kriegsreporter zum Anführer der Armee. Der Historiker Wolfgang Will zeichnet sein Leben anhand der *Anabasis* nach, und weil sich Xenophon nicht nur fürs Militärische interessierte, sondern auch für die fremden Gebiete, die sein Heer durchquerte (und ausplünderte), für das Leben in den Dörfern, Ruinen untergegangener Reiche und bizarre Tiere wie den Vogel Strauss, kommt man der antiken Welt hier so nah wie selten.



Alltag im Verborgenen

Henrike Lähnemann und Eva Schlotheuber: Unerhörte Frauen. Die Netzwerke der Nonnen im Mittelalter. Propyläen 2023. 224 S., um 33 Fr.

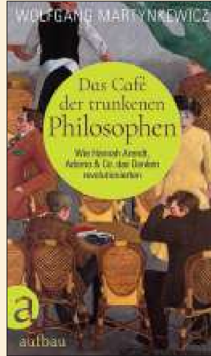
lha. «Ins Kloster einsperren» ist eine gebräuchliche Wendung. Realitätsnah allerdings ist sie nicht, wie die Mittelalterhistorikerinnen Henrike Lähnemann und Eva Schlotheuber nahelegen, im Gegenteil: Das Kloster war auch ein Schutzraum. Mussten die Frauen ihn – etwa wegen Kriegsgefahr – verlassen, taten sie das nicht bereitwillig. Begehrt war auch der Eintritt, der meist früh erfolgte und von der Familie beantragt wurde. Eine künftige Zisterzienserin brauchte zwar auch eine Mitgift, doch eine Heirat war ungleich



teurer. Wie aber lebten die Nonnen, was dachten sie, wie funktionierte die Willensgemeinschaft? Tagebucheinträge geben einen Blick auf das Leben und die komplexe Verwaltungsarbeit in dieser Institution: Klöster waren Arbeitgeber und Dienstleister.

Die Welt neu denken

Wolfgang Martynkewicz: Das Café der trunkenen Philosophen. Aufbau 2022. 459 S., um 42 Fr.

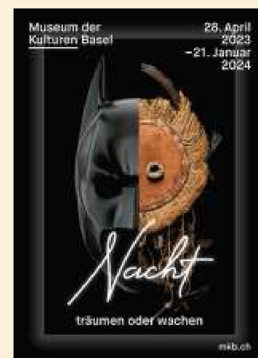


ddf. Dass es auf der Welt keine absolute Wahrheit gibt, nur verschiedene Wahrheiten, die verschiedene Bewohner der Welt für absolut halten – das ist heute selbstverständlich. Aber die Einsicht musste sich erst entwickeln. Der Literaturwissenschafter Wolfgang Martynkewicz erzählt, wo das passierte: in Frankfurt am Main, in einem gepflegten Café namens Laumer nahe der Universität. Es war der Stützpunkt einer losen Gruppe von Intellektuellen, die als «Frankfurter Schule» bald das 20. Jahrhundert prägen sollten, unter ihnen Theodor Adorno, Hannah Arendt, Norbert Elias, Karl Mannheim und Erich Fromm. Martynkewicz führt ihre Lebenswege und Denkweisen zusammen und macht aus nächster Nähe ein entscheidendes Kapitel Geistesgeschichte verständlich, das von den letzten Jahren der Weimarer Republik ins Exil und in die Nachkriegsära führt.

Was läuft im Dunkeln?

Florence Roth (Kuration): Nacht. Träumen oder wachen. Museum der Kulturen Basel, bis 21. Januar 2024.

lha. Nachts steht das Leben nicht still. Es locken Vergnügungen, es beginnt der Rausch, es warten böse Geister, der Schlaf will nicht kommen, oder man zögert ihn hinaus. Moskitos schwirren, Nachtschwärmer lärmen, der Mond geht auf, Reklamen leuchten, es gilt Albträume zu vertreiben und Kinder zu wiegen. Die Ausstellung *Nacht* im Museum der Kulturen in Basel zeigt, wie vielfältig Menschen auf dieser Erde die Nächte verbringen, und stellt unerwartete Verbindungen her – zwischen Weisswäsche aus der Schweiz und einem japanischen Kimono, zwischen Nackenstützen aus dem italienischen Aostatal und Hängematten aus Kolumbien. Geschlafen und gewacht wird überall, von jeher. Aber an der Laterne eines Nachtwächters oder einem Laubsack, wie er bei uns noch lange üblich war, wird deutlich, wie sehr sich die Nacht verändert hat.



Baruch Spinoza: Die Ethik

Von Oded Fluss

Über das «Buch meines Lebens» zu schreiben, ist eine persönliche Aufgabe, und es ist fast paradox, dies über Spinozas *Ethik* zu tun – ein philosophisches Werk, dessen Hauptziel es war, alles Persönliche auszulöschen und das eigene Leben und Streben zu behandeln, als wären es «Linien, Flächen oder Körper». Begegnet bin ich dem Buch erstmals als Kind, im Arbeitszimmer meines Grossvaters. Es war mit hebräischen Buchstaben geschrieben, die ich kannte, aber in einer mir unverständlichen Sprache: Jiddisch, der «Geheimsprache» meiner Grosseltern. Als ich später in einem Antiquariat in Jerusalem erstmals eine eigene Ausgabe erstand, fand ich heraus, dass das Buch ursprünglich auf Latein verfasst worden war.

Baruch Spinoza wurde 1632 in Amsterdam geboren, als Sohn sephardischer Juden, die aus Portugal immigriert waren. In ihrer alten Heimat mussten diese «Marranen» zum Christentum konvertieren. Übten sie ihren jüdischen Glauben heimlich aus, wurden sie brutal verfolgt; viele flohen. Im liberalen Amsterdam erhielt Spinoza eine orthodoxe jüdische Erziehung, er lernte aber auch Latein und kam mit westlicher Philosophie und Naturwissenschaft in Kontakt. Musste er nun zwischen Gott und der Natur wählen? Er zog das lateinische «sive» vor: Gott «oder auch» die Natur. Diese Gleichsetzung brachte ihm sowohl den Zorn der jüdischen Gemeinde ein, die ihn mit einem der schärfsten Bannsprüche belegte, als auch die Verfolgung durch die dogmatische katholische Kirche. Einsam und verarmt zog er sich in eine Dachkammer zurück – und schrieb eines der einflussreichsten und radikalsten philosophischen Werke der Neuzeit.

Die *Ethik* ist ein ungewöhnliches Buch. In «geometrischer Ordnung» aufgebaut, strebt es nach einem metaphysischen Vokabular. Man springt zwischen Axiomen, Definitionen und Erklärungen hin und her, und jeder Abschnitt endet mit «Was zu beweisen war». Wenn man die Monotonie der Sprache überwindet, findet man hier jedoch die lebendigsten Gedanken zu den grossen Fragen der Menschheit. Spinoza hebt sämtliche Hierarchien auf. Er schafft eine Welt, in der alles gleichwertig ist, weil es Teil («Modus») Gottes ist. Das befreit den Menschen von allem, was ihn innerlich und äusserlich unterwirft: Er muss nur die Ablenkungen ausblenden und seinen Platz in der Ordnung der Natur begreifen.

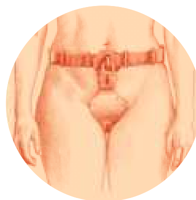
Das mag gerade in unserer Zeit eine schwierige Aufgabe sein. Aber wie Spinoza am Ende schreibt: «Alles Erhabene ist ebenso schwer wie selten.» |G|



Oded Fluss, Jahrgang 1981, ist durch Schicksal Jude, durch Zufall in Jerusalem geboren worden und durch Fügung in die Schweiz gekommen. Er leitet die Bibliothek der Israelitischen Cultusgemeinde Zürich und schreibt über das jüdische Buch: www.breslauersammlung.com.

Illustration: Agata Marszalek

NZZ


Nr. 23 | Sexualität


Nr. 24 | Computer

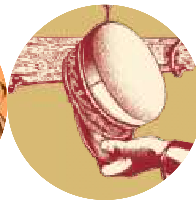


Nr. 25 | Demokratie


Nr. 26 | Konsum



Nr. 27 | Erdöl


Nr. 28 | Nach dem Krieg


Nr. 29 | Seuchen



Nr. 30 | US-Präsident

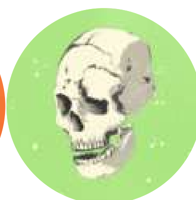

Nr. 31 | Familie


Nr. 32 | Frauenstimm-recht


Nr. 33 | Steuern


Nr. 34 | Söldner

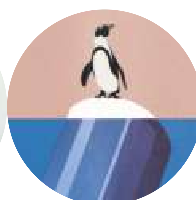

Nr. 35 | Ernährung


Nr. 36 | Kelten


Nr. 37 | Zeit


Nr. 38 | Bildung


Nr. 39 | Städtebau


Nr. 40 | Umwelt


Nr. 41 | Autokraten



Nr. 42 | Drogen


Nr. 43 | Revolution


Nr. 44 | Ingenieure


Nr. 45 | China


Nr. 46 | Römisches Reich



Nr. 47 | Journalismus

Abonnieren Sie das Magazin «NZZ Geschichte» und erfahren Sie, welche historischen Ereignisse uns noch heute prägen.

Im Jahresabo lesen: go.nzz.ch/geschichte
Einzelausgabe bestellen: shop.nzz.ch/geschichte
(Nur solange Vorrat reicht)